

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Wittwoch, den 18. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die preußische Städteordnung.

I.

Die preußische Geschichte — oder genauer die preußische Geschichtsschreibung der herrschenden Klassen — gleicht einem betrunkenen Reiter, der an der einen Seite auf den Gaul hinausklettert, um auf der anderen Seite herabzuwurzeln.

Es gab eine Zeit, wo jeder liberale Bezirksverein und jede liberale Zeitung keine geeignete oder auch ungeeignete Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne den preußischen Junkern die „Schande von Jena“ um die Ohren zu schlagen, und die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung als das Muster einer friedlichen und gesetzmäßigen Reform zu preisen, als beschämendes Muster namentlich für das tumultuarische Auf-räumen der großen französischen Revolution. Dagegen war zu bemerken, daß umgekehrt der gründliche Reform, den die französische Nationalversammlung dem feudalen und künstlichen Jurat tanzte, ein beschämendes Muster war für das kümmerliche Flick- und Stückwerk der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung.

Nun aber ist die Zeit vorüber, wo die liberalen Bezirksvereine und die liberalen Zeitungen so fed waren, von den Junkern in despektierlicher Weise zu reden. Sie haben sich vielmehr zu Selbstgeigen des Junkertums gemacht, das dadurch so üppig geworden ist wie in den Tagen vor Jena, und sich demgemäß breitt, das Urteil der Geschichte über seine würdigen Ahnen zu revidieren. Echte und plattierte Junker, die v. d. Goltz und die v. Meyer, bemühen sich, in dieleibigen Worten nachzuweisen, daß die Junkerwirtschaft vor Jena eigentlich das Ideal einer gesellschaftlichen Organisation gewesen sei, das nur durch den dummen Zufall der Schlacht von Jena in die Brüche geraten und dann in trübseliger Weise von Stein und Hardenberg zurechtgerückt worden sei, die zum Beispiel den Städten nicht nur nicht neue Rechte verschafft, sondern ihnen manche Rechte genommen hätten, die das Allgemeine Landrecht den Städten gesichert habe. Wozu bemerkt werden muß, daß die Stein und Hardenberg immerhin noch großartige Werke waren, verglichen mit den Junkern von Jena.

Etwas ins Gedränge kommt diese Richtung durch die Jahrhundertfeier der preußischen Städteordnung von 1808, die auf den morgigen Tag fällt. Dies „königliche Geschenk der Hohenzollern“ gehört nun einmal zu dem eisernen Bestand der patriotischen Legende, obgleich der König Friedrich Wilhelm III. atemnißig mit dem Gesetze nichts zu tun gehabt hat, als daß er es unterschrieb, sobald es ihm Stein mit einigen Donnerworten vorlegte. Gefeiert werden muß das Jubiläum also, zumal da auch die Thronrede, die das Dreiklassenparlament vor einigen Wochen eröffnete, preisend davon sprach. Aber es ist possierlich zu sehen, wie sich namentlich der Bloßfreisinn dreht und wendet, das „königliche Geschenk der Hohenzollern“ und die berühmte „Selbstverwaltung“ herauszustrreichen, ohne doch bei seinen junkertischen Lehns-herrn anzustehen.

In der Städteordnung von 1808 steht der Satz: „(nämlich die Stadtverordneten) bedürfen weder einer besonderen Instruktion oder Vollmacht der Bürgerschaft, noch sind sie verpflichtet, derselben über ihre Beschlüsse Rechenschaft zu geben. Das Gesetz und ihre Wahl sind ihre Vollmacht, ihre Ueberzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Städte ihre Instruktion, ihr Gewissen aber die Behörde, der sie Rechenschaft zu geben haben.“ Diesen Satz hat Stein wörtlich aus einem französischen Revolutions-Gesetze übersteht, wozu der v. Meyer (Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert II, 321) naserümpfend bemerkt, das sei so ein „Phrosenartikel“, wie sie Bismarck schon in seinen Denkwürdigkeiten abgetan habe, ein „Importartikel“ von demselben Kaliber, wie der Artikel in der preußischen Verfassung: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Zu diesem Importartikel sagt nun wieder ein braver Magistratskassessor in der letzten Sonntagsnummer der „Vossischen Zeitung“: „Im, Om, freilich, freilich. Aber das war nun einmal „die der Epoche eigen-lümliche Gesetzespraxis“. Gewiß die Städteordnung von 1808 war in vielem ein Kind ihrer Zeit, sie litt an Mängeln mancher Art, aber wie herrlich weit haben wir es in der kurzen Spanne von hundert Jahren gebracht! Hierzu wäre zu bemerken, daß die grundlegenden Gedanken der Städteordnung seit hundert Jahren immer rückwärts revidiert worden sind, trotz des deutschen Bürgertums, das mit seiner „herrlichen“ Selbstverwaltung bekanntlich an der Spitze der deutschen Zivilisation marschiert.

Wenn man die Städteordnung von 1808 mit der heutigen Städteordnung vergleichen will, so muß man selbstverständlich die ökonomischen Umwälzungen dieses Jahrhunderts in-gelührenden Anschlag bringen. Damals gab es in der Kur-marck Brandenburg außer Berlin nur drei Städte mit mehr als 10000 Einwohnern, Potsdam, Frankfurt und Branden-burg; in Ost- und Westpreußen, für welche Provinzen die Städteordnung zunächst bestimmt war, sogar nur zwei Städte dieser Kategorie, Königsberg und Elbing, dazu acht Städte von 3500 bis 10000 Einwohnern, alle übrigen Städte waren kleiner. In allen diesen Städten überragte ein verrottetes und verflumpfes Junkerhandwerk; sie waren tatsächlich nichts anderes, als eine Art Domänen. Freilich hatte ihnen das All-gemeine Landrecht das Patronat über Kirchen und Schulen

gelassen, die Verwaltung des Kämmerer- und des Bürger- vermögens, die Polizei in weitem Umfange, die Justiz. Es gab einen Magistrat, der gewählt wurde, es gab Repräsen-tanten der Bürgerschaft, die Bürgerschaft, vertreten durch die Räte, hatte das Recht zu wählen, zu beraten und zu be-schließen, die Bürger schworen einen besonderen Eid und ver-pflichteten sich, städtische Ämter unentgeltlich zu besetzen. Alles das war aber die reine Fiktion, bis auf die wirklich autonome Justiz, die auch danach war, nämlich gänzlich verrottet. Die Stadtrichter waren miserabel bezahlt, eine Besoldung von 100 Thalern gehörte schon zu den Seltenheiten; sie halfen sich mit unerlaubter Gebühren-erhebung oder gar mit Eingriffen in die Depositen- und Mündelkassen.

Alles andere, was an städtischen Rechten durch das All-gemeine Landrecht verbürgt sein sollte, war eitel Schein. In die städtischen Ämter schob die Regierung — soweit die oben gekennzeichnete Rechtsprechung nicht studierte Juristen er-forderte — verabschiedete Soldaten, Offiziere und Mann-schaften, bei der damaligen langen Dienstzeit vollständig senile Invaliden, die, selbst wenn sie guten Willen mit-brachten, völlig unfähig waren, ihn zu betätigen. Damit aber noch nicht genug, so war der Garnisonchef in jeder Stadt der absolute Herr, vor dessen Mißhandlungen kein Bürger sicher war und gegen dessen noch so freche Ausschreitungen es nirgends im Staate eine Sühne gab. Rechtlich gestimmte Bürger weigerten sich überhaupt, städtische Ämter anzunehmen, wegen der unerträglichen Pladereien, denen sie dann durch die militärischen Vorgesetzten ausgesetzt waren.

In dieser scheußlichen Militärwirtschaft sahen Stein und seine Genossen die Hauptursache des Verfalls, namentlich auch auf dem städtischen Gebiete. Sie gründlich auszurotten, war ein und vielleicht das Hauptziel, dem sie mit ihrer Städteordnung nachtrachteten. Das ist ihnen zunächst einmal aus Verdrüßlichkeit zu schreiben. Der Königsberger Polizei-direktor Frey, der den größten Anteil an der Städteordnung von 1808 hatte, schrieb über diesen defekten Punkt:

Wir erwarten ganz vergebens, daß der Gemeingeist der Engländer, Franzosen und anderer bei uns erwachen werde, wenn wir nicht dem Militär die Schranken anweisen, die es in allen Ländern, wo Gemeingeist herrscht, nicht überschreiten darf. So lange das Militär nicht der allgemeinen Polizei und Justiz unter-worfen ist, oder so lange mit anderen Worten gegen das Militär gerade nur soweit Polizei und Justiz gehandhabt werden darf, als die Chefs aus gutem Willen gestatten, so lange ist keine auf innere Ueberzeugung und öffentliche Sitten gegründete Verfassung denkbar. Das Militär darf sich musterhaft betragen, aber so lange es sich als Gefälligkeit und Humanität annimmt, was die bloße Gerechtigkeit und die unbedingte Achtung gegen Drogen erfordert, so lange sind wir in der traurigen Alternative zwischen dem Inedlischen Sinn, der das als Geschenk annimmt, was ihm als Rechtsteil gebührt, und der peinlichen Vollkommenheit, die das Bewußtsein erzeugt, daß unsere Ruhe von bloßer Willkür abhängt, und in beiden Fällen ist auf unbefangene öffentliche Tätigkeit nicht zu rechnen.

Ueber diesen Punkt waren die Urheber der Städteordnung von 1808 bei manchen sonstigen Meinungsverschiedenheiten in seltener Einmütigkeit, und so lange wir nicht einmal den Oberbürgermeister von Berlin ebenso gegen den heutigen Militarismus sprechen hören, wie der Polizeidirektor von Königsberg gegen den damaligen Militarismus sprach, so lange können wir bescheidene Zweifel an den Fortschritten aufrechter und männlicher Gesinnung, die das deutsche Bürgertum seit einem Jahrhundert gemacht haben will.

## Der Sieg des Hausmeiers.

Die politischen Krisen Deutschlands zeigen einen eigen-artigen Charakter. Sie beginnen mit einem Skandal, führen zu großer Erregung und enden mit einem faulen Kompromiß. Es liegt eine gewisse Notwendigkeit in solcher Regelmäßigkeit. Skandale und Sensationen bilden die Einleitung, weil in der Krise offenbar wird, was sonst als sorgfältigstes Staats- und Hofgeheimnis bewahrt wird; daß ein Kampf der Claqueen um die Beherrschung des Staates entbrannt ist, in dem die Un-fähigkeit eines Bureaufürsten in nicht mehr zu veranschauer Weise offenbar geworden ist; der Waffengang im Kampfe um die Macht übertrifft das Gebot des Amtsgeheimnisses, und mit stannender Entrüstung erzählt die Dessenlichkeit, mit wieviel Verstand und wieviel Redlichkeit die deutsche Welt regiert wird. Sobald aber der Unwille sich gegen das System wendet, das solche Skandale mit Notwendigkeit er-zeugt, sobald Maßregeln gefordert werden, die gründlichen Wandel bedeuten und an Stelle des Absolutismus der Bureaukratie und der unumschränkten Gewalt ihrer Spitzen eine vom Volk kontrollierte und vom Volk durch seine Ver-tretung bestimmte Politik setzen, da erwacht die Solidarität der hadernden Claqueen gegen den gemeinsamen Gegner. Der Zwischenfall wird auf die eine oder andere Weise erledigt und unerschütterlich bleibt das System erhalten. Der großen Er-regung folgt der Katzenjammer und alles bleibt wie zuvor. So war es beim Skandal des Tauschprozesses, so bei den Pöbelski- und Kolonialskandalen, so bei der Eulenburg-kampagne und so soll auch die neueste Krise ausgehen: mit einem Kompromiß, das alles beim alten läßt. Denn in dem Momente, in dem das deutsche Bürgertum die Bureaukratie

einig sich gegenüber sieht, verläßt es aller Mut, und lieber erträgt es alle Nachschläge eines auch ihm schädlichen, in seiner Unfähigkeit gefährlichen absolutistischen Regiments, als daß es einen Konflikt wagen würde, einen wirklichen Kampf um die Erringung der Demokratie. Denn es weiß, daß die Demokratie auch die politische Macht des Proletariats zum Ausdruck bringen müßte, und ehe es seinem Gegner diese Machterweiterung zugestehen, eher verzichtet es auf sein poli-tisches Erstgeburtrecht.

So war es auch diesmal, und deshalb versagte der deutsche Reichstag so jämmerlich, deshalb weigerten sich alle bürgerlichen Parteien, die Nachfülle anzuwenden, die die Gunst der Stunde ihrem Parlament in die Hand gegeben hat. So völlig inhaltlos und nichtig die Erklärung Bülow's war, der Majorität bot sie Genüge. Von dem Reichstag hatte Bülow nichts mehr zu fürchten. Hier hatte der Absolutismus der Bureaukratie einen vollen Sieg erfochten. Der Ver-antwortliche, der nichts verantworten konnte, wurde nicht dabongejagt — er erhielt die Anerkennung und das Ver-trauen seiner Majorität. Aber von einer anderen Seite drohte Gefahr. Die Herrschaft der Bureaukratie ist nicht zu behaupten, wenn durch sie beständig die wichtigsten Lebens-interessen nicht der Volksmassen allein, sondern auch der herrschenden Klassen verlegt werden. Diese Gefahr aber drohte ihr seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. durch das Eingreifen des Herrschers in immer höherem Maße, und die Veröffentlichung des Kaiserinterviews machte sie akut. Sollte vom deutschen Bürgertum nochmals der Verzicht auf seine Selbstregierung, der Verzicht auf die Erweiterung der parla-mentarischen Macht errungen werden, so mußte Wandel ge-schaffen werden „gegen den Kaiser“. Die Kompromittierung des bürokratischen Absolutismus durch die selbstherrlichen Eingriffe eines Monarchen, dem das Augenmaß für die Wirkung fehlt, mußte aufhören. Und nachdem Bülow den Reichstag so leicht befiegt, mußte er den anderen, für ihn dank der Feinheit des deutschen Bürgertums schwereren, Kampf führen, den Kampf gegen den Kaiser.

Von Anfang an hatte Bülow diesen Kampf mit aller Sorgfalt vorbereitet. Schon die Erklärung in der „Nordd. Allg. Zig.“ tadelte ganz offen das Vorgehen des Kaisers, in seiner Reichstagsrede sprach Bülow von dem großen Schaden, den der Kaiser durch sein Interview angerichtet hatte und schwieg auf alle Angriffe aus dem Hause. Als die Reichstags-sitzungen vorbei waren, da machte die ganze ihm ergebene Presse Front gegen das persönliche Regiment, da berief Bülow das preußische Staatsministerium und den Bundesratsaus-schuss für auswärtige Politik ein, um zwar nicht als „Mandatar der Nation“ wie eines seiner Organe meinte, aber als Vertreter aller Regierungsgewalt von Wilhelm II. Bürgerschaft für künftiges Wohlverhalten zu fordern. Im Reichstag hatte er erklärt, daß ohne größere Zurückhaltung Wilhelms II. weder er noch einer seiner Nachfolger die Verantwortung tragen könne, ein Satz, durch dessen letzte Worte auch sein Nachfolger festgelegt und jeder Ausweg durch einen Minister-wechsel abgeschnitten werden sollte. Und gleichzeitig mit der Kampagne für Bülow und gegen den Kaiser legte eine unüffentlich schmutzige, für das Deutschland der Eulenburg-Standale so bezeichnende Kampagne zur Diskreditierung aller nur möglichen Nachfolger ein, und eine Bearbeitung der Hof-kreise, die bis zur Beeinflussung der kaiserlichen Familie ge-gangen zu sein scheint. So war der Tag vorbereitet, an dem der Kanzler dem Kaiser im Potsdamer Schloß endlich gegen-überzutreten konnte. Und der Erfolg?

Der amtliche Teil des „Reichsanzeigers“ enthält heut-folgende Kundgebung:

„In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte der Kaiser einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten v. Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Ver-öffentlichung des „Daily Telegraph“ im deutschen Volke hervorgerufene Stimmung und ihre Ursachen, er er-laubte ferner die Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen hatte. Der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund:

Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfun-denen Uebertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Demgemäß billigte der Kaiser die Ausfüh-rungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten v. Bülow seines fortwähren-den Vertrauens.“

Der Kanzler hat vorläufig gesiegt. Freilich ein halber Sieg. Von „größerer Zurückhaltung“ ist nicht die Rede. Aber immerhin hat der Kaiser öffentlich erklären müssen, daß er „die Wahrung der verfassungsmäßigen Ver-antwortlichkeiten sichern“ werde. Und man gibt ja kein solches Versprechen ohne das gleichzeitige An-erkennen, daß man bisher nicht so gehandelt. Auch hat der Kaiser die Ausführungen Bülow's im Reichstage ausdrücklich billigen müssen und damit zugegeben, daß der in ihnen enthaltene Tadel berechtigt war. Es will demgegenüber wenig besagen, wenn sich Wilhelm II. gegen die öffentliche Kritik verwehren zu müssen glaubt. Nur daß der Protest gegen die „ungerecht empfundenen“ (also nur so empfundenen, aber in Wirklichkeit nicht ungerechten) „Ueber-

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolon-nenbreite oder deren Raum 50 Bg., für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste fest-gesetzte Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.



Freibungen\* erkennen läßt, daß Wilhelm II. die wirkliche Stimmung des Volkes auch nach dem Vortrage noch immer nicht erkannt hat.

Aber nur ein halber Sieg ist es, weil Fürst Bülow gar keine ernste Garantie für die Zukunft erhalten hat. Bülow hat gesteuert, wie er eben nur steuern konnte. Als Hausmeister gegen eine erschütterte Königsmacht, nicht aber als konstitutioneller Minister, der der Kraft und dem Willen der Nation zum siegreichen Durchbruch verhilft. Er hat gesteuert infolge einer momentanen Schwächung des persönlichen Regiments, von dessen Gnade und gutem Willen er auch ferner völlig abhängig ist.

Bülow hat sofort alles getan, um seinen Sieg zu sichern. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet in ihrer heutigen Ausgabe:

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow hat alsbald nach seiner Rückkehr von Potsdam das preussische Staatsministerium zu einer vertraulichen Besprechung zusammenberufen, in der er über das Ergebnis seines Vortrags bei dem Kaiser Mitteilung machte. Unmittelbar hierauf wird der Reichskanzler den Präsidenten des Reichstages Grafen zu Stolberg zu einer längeren Besprechung empfangen. Gleichzeitig macht der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatsminister v. Bethmann-Hollweg den stimmungsfördernden Mitgliedern des Bundesrats im Auftrag des Reichskanzlers entsprechende Mitteilung.

Bülow will sich die Faktoren der Reichsregierung sichern und zugleich anzeigen, daß er die Fäden der Regierung mit fester Hand von neuem ergreift. Ministerium, Bundesrat und Reichstag sollen seine Stützen werden gegen jeden Eingriff des persönlichen Regiments. Besonders begierig darf man auf die Besprechung mit dem Reichstagspräsidenten sein. Offenbar beabsichtigt Bülow, dem Reichstag zur Festigung seiner neuen Position zu gebrauchen und nach den Erfahrungen, die er mit der Majorität gemacht hat, ist zu erwarten, daß diese sich bemühen wird, dem Siege ihres Herrn ihre Sanction zu geben. Es ist deshalb notwendig, daß man den Inhalt der Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten bald erfährt. Herr v. Stolberg wird jedenfalls im Reichstag Antwort zu geben haben, was für Ansinnen an ihn gestellt worden sind. Schon jetzt aber müßte dagegen protestiert werden, daß etwa Bülow nach dem Siege die Redefreiheit, die er vorher so zu schätzen wußte, wieder einzuschränken versuchte.

Als Hausmeister hat Bülow gesteuert. Stand am Beginn der Regierung Wilhelms II. der Kampf des Kaisers gegen die absolute Gewalt Bismarcks, der mit der Niederlage des Kanzlers endete, so ist jetzt die Macht des Kanzlers gegen die Kaiser Gewalt siegreich geblieben. Das ist der Kreislauf, in dem sich die Kämpfe um die Regierungsgewalt in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren abgespielt haben. Aber bei all diesen Kämpfen stand der deutsche Reichstag abseits, war er nur der müßig zuschauende Chor, der die Taten der Handelnden mit seinen Reden begleitete. Er selbst aber war stets ausgehalten und soll, wenn es nach dem Fürsten Bülow geht, auch weiter zu seiner passiven Rolle berufen bleiben. Wilhelm II. ist von Bülow besiegt worden, weil die Interessen der herrschenden Klassen der Junker und Großkapitalisten es so verlangten, und Bülows Erfolg ist ein interessantes Beispiel, wie sich Klasseninteressen durchsetzen, sei es durch, sei es gegen den Einzelwillen eines Herrschers. Aber die Leidtragenden in diesem Kampfe sind die breiten Massen des Volkes, die sich wieder um ihren Anteil an der Selbstbestimmung ihres Geschickes geprellt sehen. Die Volksvertretung geht leer aus, die Macht des Parlaments ist geringer als je, in demselben Moment, wo sie größer hätte werden können als je.

Der Absolutismus sucht sich nach der schweren Niederlage aufs neue aufzuraffen. Aber so einfach darf diese Krise nicht beendet werden. Ob Bülow oder ein Hohenzoller, das ist nicht die Frage. Gegen den Absolutismus der Bureaucratie, für die Macht der Volksvertretung muß der Kampf geführt werden. Die Kanzlerkrise mag für den Moment beendet sein, wenn wir auch glauben, daß Bülow sich seines Sieges nicht lange freuen wird. Für uns aber handelt es sich um die Verfassungskrise, um die Ermächtigung der Selbstbestimmung des Volkes gegen den Kanzler und gegen den Kaiser. Es ist eine Krise, die nicht gelöst wird von oben, sondern nur gelöst werden kann von unten, von dem Volke selbst und seiner Tat. Spürlos dürfen diese Tage nicht vorübergegangen sein und auch die Kämpfenden dort oben sind nicht unverwundet aus der Schlacht zurückgekehrt. Die Schäden und Gefahren des Absolutismus sind entthüllt. Die Schwäche unserer Gegner muß benützt werden. Von der deutschen Arbeiterklasse vor allem hängt es ab, ob sie die Lösung, die Bülow und Wilhelm II. gefunden haben, sanktionieren will. Bülows Sieg ist die Wiederaufrichtung und die Neubefestigung des alten Systems. An der Arbeiterklasse ist es, dieser Lösung ihrer Gegner ihre eigene entgegenzustellen. Die Unfähigkeit des Gegners hat die Frage der deutschen Verfassung endlich aufgerollt: Die deutschen Arbeiter müssen verhindern, daß sie anders beantwortet wird als durch die Erringung der Demokratie.

## Ein Einballamierter.

Der ehemalige Justizminister v. Schelling ist gestorben. Die Presse hat sein Ableben registriert, der „Vorwärts“ hat in seiner gestrigen Nummer die Karriere des Mannes kurz geschildert. Es ist die Karriere eines ordentlichen preussischen Justizbureaucraten, der es auf der Leiter der Hierarchie bis zur obersten Sprosse gebracht hat. Besonders Bedeutendes ist von ihm nicht zu berichten. So war er denn, als er sein Amt abgab, ein für die Öffentlichkeit toter Mann. Die heutige Generation schon wußte kaum noch etwas von ihm — die nächste kennt ihn nicht mehr.

Würde ihn nicht mehr kennen, wenn nicht ein Großer dafür gesorgt hätte, daß Schellings Name auch nach Generationen noch genannt werden wird. Er hat sich einst an einen Großen herangewagt und der hat ihm dafür die Unsterblichkeit verliehen. Es ist dem Herr v. Schelling ergangen, wie jenen winzigen Schriftstellerslein des 18. Jahrhunderts, die sich an Lessing heranwagten und von denen Heine in seiner „Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ sagt, daß Lessing ihre Namen durch seine Polemik der wohlverdienten Vergessenheit entzissen habe, indem er sie mit dem gestreichelten Spott, mit dem listigsten Humor gleichsam umspinnen, so daß sie sich in den Lessingschen Werken nun für ewige Zeiten erhalten, wie Insekten, die sich in einem Stück Bernstein verfangen haben.

Der Große, an den sich Schelling heranwagte, war Ferdinand Lassalle. Von dem damaligen Staatsanwalt v. Schelling war die Anklageschrift verfaßt und gezeichnet, die dem Prozeß zu Grunde lag, der gegen Lassalle am 16. Januar 1863 vor der IV. Deputation des Stadtgerichts Berlin verhandelt wurde, die An-

klage, die ihn beschuldigte, durch seine Rede „Ueber den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes“ (die erschien später unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ im Druck) im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt am 12. April 1863 die bestellten Klassen zum Hoch und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben.

In seiner glänzenden Verteidigungsrede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ hat Lassalle mit Herrn Schelling abgerechnet. Gleich Lessing ein Meister der Polemik, überlegte er wie dieser nie lange, ob auch der Gegner seiner würdig war. Die jämmerliche Anklageschrift des Staatsanwalts v. Schelling verdiente sicherlich nicht den Aufwand von Bist und Geist, die Lassalle in seiner Verteidigungsrede an sie verschwendet hat. Er hat den unglückseligen Gegner, der die Höhe der Klassenjustiz mit pseudowissenschaftlichem Blätter zu verdecken suchte und zu diesem edlen Zwecke die Wissenschaftlichkeit der infimierten Lassalleschen Rede anzutasten wagte, mit der ganzen Schärfe seiner durchdringenden Dialektik getroffen. Er übergoß ihn mit der ähnden Lauge seines erbarmungslosen Spottes und ließ Schelling den Sohn Ephekruten laufen durch die Worte Schellings des Vaters, des Philosophen. Es wäre eine Hinrichtung.

Ein Gericht allerdings über einen Abwesenden. Herr v. Schelling mochte erfahren haben, was ihm bevorstand. Er wählte der Tapferkeit besseren Teil und ließ sich im Kerker durch einen Substituten vertreten. Aber hinterher nahm er Rache, wie sie ein preussischer Durchschrittsbureaucrat zu nehmen pflegt. Er ließ Lassalle auf Grund seiner Verteidigungsrede wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft unter Anklage stellen und erreichte seine Verurteilung zu einem Monat Gefängnis. Womit natürlich für alle ordnungsliebenden Staatsbürger bewiesen war, daß die Argumente Schellings doch besser waren als die Lassalles.

Dem hatte auch das Meisterstück seiner Verteidigungsrede vor den Richtern der IV. Deputation nicht viel geholfen. Auf vier Monate Gefängnis lautete das Urteil, das sie auf die Klage Schellings fällten. Das Kammergericht als Berufungsinstanz indes setzte die Strafe auf 100 Taler Geldstrafe herab. Für diese Instanz schrieb Lassalle eine Verteidigungsrede nieder, die unter dem Titel „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klasse“ erschienen ist. Sie ist in der Verhandlung nur zum Teil gehalten worden. Aber sie hat die Schreiter, die Lassalle der deutschen Arbeiterklasse hinterlassen, um ein bedeutendes Werk bereichert. Zusammen mit der Verteidigungsrede vor der ersten Instanz stellt sie noch heute ein Waffenarsenal des kämpfenden Proletariats dar, das seiner unbereichtert verläßt. Es ist das ungewollte Verdienst des Staatsanwalts v. Schelling, durch seine Anklage die sozialistische Literatur um diese beiden wertvollen Stücke bereichert zu haben.

So lange die Werke Lassalles leben, so lange lebt deshalb auch das Andenken an Schelling, den preussischen Staatsanwalt, das Insekt, das sich verfangen hat in dem Lavaström Lassallescher Rede.

## Die Protestbewegung gegen das persönliche Regiment.

Stuttgart, 17. November. Eine Reihe von überaus stark besuchten Protestversammlungen gegen das persönliche Regiment fanden in Württemberg statt. Außer den von uns bereits gemeldeten Versammlungen in Cannstatt und Stuttgart fand am Sonntagabend eine Versammlung in Göppingen statt, die ebenfalls überfüllt war. In einer imposanten Demonstration gestaltete sich die Versammlung in Göppingen am Montagabend. Auch hier zeigte sich der große Saal als zu klein, die Menge zu fassen. Auch in diesen beiden Versammlungen referierte Genosse Ströbel. In allen Versammlungen wurde die Resolution der Leipziger Versammlung angenommen.

Am Montagabend tagte in Erfurt eine von 1000 Personen besuchte, von der sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung, in der Genosse Redakteur Hennig-Erfurt über das persönliche Regiment in der deutschen Politik und über die neuen Steuervorlagen sprach. Eine scharfe Resolution, die sich gegen die Schäden des persönlichen Regiments wendet und geeignete gesetzliche Vorforderungen zur Verhütung einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse fordert, wurde einstimmig angenommen.

In Gotha nahm eine außerordentlich stark besuchte Versammlung, in der Genosse Wilhelm Bod sprach, einstimmig eine Protestresolution gegen das persönliche Regiment und gegen die neuen Steuern an.

Versammlungen mit gleichem Zweck fanden in Brandenburg und Rastow statt; in beiden sprach Genosse Peus. Auch hier wurden Protestresolutionen angenommen. Eine für die Hinterbliebenen der Radobber Verunglückten veranstaltete Zellerammlung ergab rund 200 M.

## Der finnische Landtag.

Helsingfors, den 10. November.

Am 31. Oktober ist die Session des finnischen Landtags geschlossen worden. Nicht leichten Herzens gingen die Deputierten auseinander, denn die allgemeine Reichstagslage wird in stetig wachsendem Maße von der russischen Reaktion bedroht. Doch auf ihre Tätigkeit können die finnischen Volksvertreter — vor allem die Sozialdemokraten — mit Befriedigung zurückblicken: eine Reihe wichtiger Reformen sind in der verflochtenen Landtagsession arbeitsamer und beschlossen worden.

Wir wollen hier nur die bedeutendsten Gesetzesvorlagen hervorheben und nennen an erster Stelle das Arrende- oder Torparigesetz. Bekanntlich befindet sich die Landwirtschaft in Finnland noch auf einer ziemlich primitiven Entwicklungsstufe: der kapitalistische Großbetrieb mit rationaler Agrarkultur, mit Maschinen und Lohnarbeitern ist erst im Entstehen begriffen. Von den größeren Besitzümern sind Pargellen abgetrennt und Kleinbauern und Häuslern zur Ansiedelung angewiesen, die in gewisser feudaler Abhängigkeit vom Gutsherrn stehen und verpflichtet sind, die Arbeiten auf dem Gute zu verrichten. Solcher Kleinbauern und Häusler („Torpari“) zählt man in Finnland im ganzen auf 160 Tausend Familien. Ihre Lage ist elend genug: die Arrendbedingungen sind drückend schwer, die Frucht wird hauptsächlich in Naturalleistungen entrichtet und dem Fronbauer kann außerdem beim geringsten Anlaß gekündigt werden. Bei der Entscheidung der Torparifrage stellte die sozialdemokratische Fraktion als leitendes Prinzip auf: die Verteidigung der Interessen der ländlichen proletarischen Schichten und die Austräumung der feudalen Ueberreste, welche dem landwirtschaftlichen Prozeß im Wege stehen. Unter ihrem Drucke wurde dann auch im neuen Arrendegesetz die Hauptbestimmung aufgenommen, daß fortan die Pachtzins nur in Geld zu berechnen ist, und somit der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur kapitalistischen Landwirtschaft gesetzlich besiegelt. Der Willkür des Gutsherrn sind jetzt strenge Grenzen gezogen: die früheren

feudalen Herrenrechte aufgehoben und die Kündigung des Arrendekontrakts kann nur nach Bestimmungen des Gesetzes vor sich gehen. Die Arrendezeit wird auf 25 Jahre festgesetzt (bei neu zu errichtenden Pachtstellen auf unfruchtbartem Boden dauert der Arrendekontrakt 50 Jahre), wobei der Kleinbauer an seiner Scholle nicht gebunden ist und sie zu jeder Zeit mit Genehmigung der lokalen Arrendekommission einem anderen abtreten kann. Diese Arrendekommission besteht aus 5 Mitgliedern: 2 werden von den Grundbesitzern gewählt, 2 von den Kleinbauern und Häuslern, den fünften als Vorsitzenden bestimmt das Kreisgericht. Die Kommission hat den Arrendevertrag zu notieren, den Bodenwert einzuschätzen, die von den Kleinbauern ausgeführten Meliorationen zu taxieren und die Streitigkeiten zwischen Grundbesitzern und Torpari auf friedlichem Wege zu schlichten. Die Meliorationen werden wohl in Geld berechnet, aber dem Kleinbauern nicht bar ausbezahlt (wie das die Sozialdemokratie verlangte), sondern ihm durch Verlängerung der Pachtzeit und Herabsetzung der Pachtbedingungen vergütet. Außerdem wird eine Uebergangszeit von 9—14 Jahren anberaumt, während der die Torpari ihre jetzigen Pachtstellen noch innehaben können, falls der Gutsherr den Kontrakt nicht erneuern wollte; der Torpari wird außerdem für die in dieser Zeit ausgeführten Meliorationen entschädigt. Das ist in Hauptzügen das neue Gesetz, welches einen großen Fortschritt für die ökonomische und soziale Entwicklung Finnlands bedeutet.

Das zweite wichtige Gesetz war die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts für die Stadt- und Landgemeinden. Als im Jahre 1905 die revolutionäre Volkswegung den alten Ständelandtag bürste und die demokratische Volksvertretung eroberte, so war es für jeden hier im Lande klar, daß auch die Tage des plutokratischen Verwaltungsstems in Stadt- und Landgemeinden gezählt sind. Sogar die liberalnationalistische Partei der Altfinnen sah sich gezwungen, diese Forderung in ihr Wahlprogramm aufzunehmen. Doch als man in dieser Landtagsession an die Verwirklichung der Reform schreiten wollte, schwankten die Altfinnen um und wollten das Kommunalgesetz unter allerlei Ausflüchten auf eine spätere Zeit hinausschieben. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich im ganzen Lande, überall fanden Demonstrationen und Protestmeetings statt und die Möglichkeit eines Klassenstreiks wurde von der finnischen Arbeiterklasse ernstlich in Erwägung gezogen. Sogar im Lager der Altfinnen wurden unwillige Stimmen laut und so mußten die bürgerlichen Parteien nachgeben. Noch in letzter Stunde vor dem Schluß der Session wurde das neue Kommunalgesetz einstimmig fertig, welches dem finnischen Proletariat das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zusichert. Das Wahlrecht besitzen alle finnischen Bürger (sowohl Männer wie Frauen), welche 21 Jahre alt sind; die Wahlperiode ist auf 3 Jahre festgesetzt; die Wahlen gehen nach dem proportionalen System vor sich. Den Sieg des allgemeinen Wahlrechts konnte die Bourgeoisie nicht verhindern, aber sie suchte es doch teilweise einzuschränken. So besteht die Kommunalverwaltung nach dem neuen Gesetze nicht aus einem repräsentativen Körper, sondern die Funktionen sind zwischen zwei Ausschüssen geteilt. Der erste Ausschuss wird von allen Bürgern der betreffenden Gemeinde gewählt und entscheidet prinzipiell über alle Fragen des kommunalen Lebens. Der zweite verstärkte Ausschuss hat speziell die Finanzen der Kommune zu verwalten und über die Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen; hier nehmen an den Wahlen nur die steuerzahlenden Bürger teil. Es sei bemerkt, daß die Kommunalsteuer in Finnland verhältnismäßig niedrig ist (steuerpflichtig ist jeder, der ein jährliches Einkommen von 200—300 Frank auf dem Lande und 600—900 Frank in der Stadt hat), aber dennoch schließt diese Bedingung manche proletarische Elemente aus dem Wahlrechte aus. Doch das mußte die Sozialdemokratie mit in den Kauf nehmen, falls sie nicht die ganze Reform scheitern lassen wollte.

Am Ende der Landtagsession wäre die finnische Volksvertretung beinahe an eine gefährliche Klippe gerschlitt. Es war dies die Frage von den sogenannten „Rewamillionen“, eine Summe von 2½ Millionen Rubeln, welche die russische Regierung für den Bau einer Eisenbahnbrücke über die Rewa fordert. Diese Summe war schon im Jahre 1904 unter Vobelssoff verlangt worden und der damalige Senat hatte sie auch einspruchslos bewilligt. Doch nach dem Sturze der russischen Diktatur im Jahre 1905 stellte sich der neue „konstitutionelle“ Senat, sowie auch der zusammengetretene Landtag auf den Standpunkt, daß über finnische Staatsgelder die russische Regierung nicht ohne Einwilligung der finnischen Volksvertretung verfügen darf. Nun ist aber die Summe von 2½ Millionen schon in das russische Budget für 1908 aufgenommen und Nikolaus II. forderte die unbedingte Auszahlung der Rewamillionen. Der jetzige Koalitions-Senat gab nach und brachte nachher die Frage wieder vor den Landtag. Die Altfinnen wollten die Haltung des Senats ausdrücklich billigen, während einige radikale „Konstitutionalisten“ eine Resolution einbrachten, welche einen scharfen Protest aussprach und die strikte Verweigerung dieser Summe verlangte. Die Entscheidung dieser verhängnisvollen Frage hing von der sozialdemokratischen Fraktion ab und diese gab die Erklärung ab, daß der finnische Standpunkt nach den Beschlüssen des früheren Landtags in dieser Sache ganz klar ist und daß es deshalb seiner neuen Kundgebung seitens der finnischen Volksvertretung bedarf.

Es war für niemand ein Geheimnis, daß im Falle einer offenen Protesterklärung unversäglich von Petersburg der Befehl zu einer Auflösung des Landtags und zum Amtsrufe der jetzigen demokratischen Verfassung erfolgt wäre. Die finnische Sozialdemokratie hielt aber den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet und die Frage der Rewamillionen nicht für bedeutend genug, um einen offenen Krieg mit der russischen Regierung heraufzubeschwören. Die finnische Arbeiterpartei ist sich dessen wohl bewußt, daß sie unvermeidlichen Kämpfen entgegengeht, denn Stolpin und seine Helfershelfer schmieden fortwährend Pläne, wie die erlängten Rechte des finnischen Volkes zu zertrümmern seien. So kann wohl sehr bald der Moment eintreten, wo die finnische Sozialdemokratie die Pflicht hat, den Kampf anzunehmen, auch wenn sie auf dem Schlachtfeld bleiben sollte! Denn jetzt heißt es bei uns: für die Zukunft bereit sein. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November 1908.

### Wie der Kaiser reist

Ein badischer Abgeordneter schreibt uns: Am Sonntag fuhr der Hofzug mit der kaiserlichen Herrschaft von der Donauquelle nach der internationalen Bäderstadt Baden-Baden. Ich reiste zu einer Protestversammlung wider das persönliche Regiment in meinen Wahlkreis und fuhr auf dem Hin- und-Herweg jedesmal in Stationsabstand vom kaiserlichen Hofzug. Auf den badischen Bahnhöfen gab sich das bewaffnete Säuhengelantum nennigste Nähe, von dem vorbeiziehenden Hofzug eine Ovation abzuhallen. Kein Mensch dachte an eine solche Demonstration. Nur einige bunte Wimpel flatterten auf dem Stationsgebäude zu Offenbürg. Das reisende Volk auf dem Perron und innerhalb



der Anspitzer wurde genötigt, sich hinter die Mauern der Barke, fähig zurückzuziehen. Alle Fenster und Türen wurden hermetisch abgeschlossen, selbst die Restauration durfte nicht betreten werden, solange sich der Kaiserzug zur Depechenentgegennahme aufhielt.

Die Teilnahme des neugierigen Publikums zu Baden-Baden, das man in sichere Entfernung von den kaiserlichen Gästen des badischen Hofes hielt, war gegen früher fast; die Leute plagte nur die Neugier, wie „Er jetzt aussieht“. Und man fand eine große Veränderung an ihm.

Abends dampfte der mit zwei Lokomotiven bespannte Hofszug wieder durch das Ringtal auf die Höhe zurück, nicht nach Biel, weil der Tod des Generals von Hülsen-Häseler den Reiseplan Sr. Majestät durchkreuzt hatte. Als das reisende Publikum den Bahnhofsplatz zu Offenburg wieder betreten durfte, sah man Bahnbedienstete mit einer Reihlatte, womit die Eisenerungen einiger durch Kreidestriche auf dem Perron bezeichneten Merkmale geometrisch genau festgelegt wurden. Die Erklärung für diese Geometerarbeit wurde mir auf Befragen erklärt. Beim Aufenthalt des Hofzuges markierte man die Stellung der Lokomotiven und den Eingang in den kaiserlichen Wagen mit Kreidestrichen, um die nun mit der Reihlatte festgestellten Maße nach dem Bahnhof Donaueschingen telegraphieren zu können. Dort wurde wieder der Abstand auf dem Perronboden angekreidet, um den einfahrenden Hofszug genau so zu stellen, daß die Tür des Kaiserwagens mit jener des fürstlich-sachsenbergischen Wartesalons korrespondierte.

### Der bedrohte Hofszug.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt zu einer Meldung, daß auf dem Bahnkörper bei Station Mühlheim einige Stunden vor dem Passieren des kaiserlichen Hofzuges Patronen gefunden worden seien, folgendes mit: Sowohl am Sonntag wie am Montag wurden in dem von Hanau nach Frankfurt führenden Gleise in der Nähe der Station Mühlheim je eine Patrone gefunden, die sofort Sachverständigen zur Untersuchung auf ihren Inhalt übergeben wurden. Das Gleis war nicht dasjenige, das der Zug, in dem der Kaiser fuhr, zu passieren hatte, sondern ein Parallelgleis. Da der Vorfall auf heftigem Gebiete sich ereignete, hat die Darmstädter Staatsanwaltschaft die Untersuchung eingeleitet.

### Eine Demonstration für Bülow.

Aus Dresden wird vom 17. November gemeldet: In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer forderte Abg. Günther (Presl.) die sächsische Regierung auf, die Initiative zu ergreifen, damit der Bundesrat Garantien fordere, die eine Politik, wie sie bisher im Reich geführt worden sei, nicht mehr möglich machen. Staatsminister Graf Hohenthal erwiderte u. a.: Es muß näher überlegt werden, ob jetzt der geeignete Moment ist, aktiv vorzugehen. In der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten am vorigen Donnerstag hat Fürst Bülow in vierstündigem freiem Vortrage über alles eingehend Mitteilung gemacht, was sich in den letzten Jahren in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten begeben hat. Diese Mitteilungen waren streng vertraulich. Ich kann aber hervorheben, daß in der Aussprache, an der sämtliche Mitglieder des Ausschusses teilnahmen, festgestellt wurde, daß die Leitung der auswärtigen Politik in den allerbesten Händen ist (Allseitiges Bravo!), und daß der Reichsfanzler, wenn er, wie wohl schwerlich, sich entschlossen hat, in kritischer Stunde die Würde seines Amtes weiter zu tragen, dies aus reinem Patriotismus, Pflichtgefühl und Anhänglichkeit an den Kaiser getan. Was geschehen ist, läßt sich nicht ungeschehen machen; aber statt zu hadern, wollen wir lieber einen gesunden Optimismus pflegen; ich glaube gewiß, daß auch für Deutschland wieder bessere Tage kommen werden. (Beifall.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird künftig öfter in regelmäßigen Zwischenräumen zusammenzutreten; dann wird sein Zutritt auch nicht, wie es diesmal geschehen, als Sensation angesehen werden. (Lebhafter Beifall.) Abg. Opiß gab namens der Konferenz dem Wünsche Ausdruck, daß die jetzigen Ereignisse nicht mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow enden, sondern dieser bedeutende Staatsmann dem Reich auch für die Zukunft erhalten bleibe. Dem witzigen die Nationalliberalen und die Reformpartei bei. Minister Graf Hohenthal bemerkte noch, er habe eine Veränderung der Besetzung im jetzigen Augenblicke nicht für tunlich. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

### Die Hofe des Hausmeiers.

Ueber die Fahrt Bülows nach Potsdam erzählen bürgerliche Blätter:

Kurz nach 10 Uhr traf der Reichsfanzler vor dem Potsdamer Bahnhof ein. Fürst Bülow sah sehr blaß aus; die innere Erregung war seinem Gesicht anzumerken, aber er hatte sich völlig in der Gewalt und sprach auch noch mit gewohnter Liebenswürdigkeit einen Bekannten an, den er auf dem Bahnsteig bemerkte. Der Bekannte sagte dem Reichsfanzler, daß die herzlichsten Wünsche von ganz Deutschland ihn auf seinem schweren Gange begleiteten, worauf Fürst Bülow mit ernster Stimme die bedeutsamen Worte erwiderte: „Ich habe keinen anderen Gedanken, als dem deutschen Volke gegenüber meine Pflicht zu tun.“

Der Bekannte erwiderte, er hoffe, man werde in wenigen Stunden ruhen können; Hoch Reichsfanzler Fürst Bülow! Der Reichsfanzler drückte ihm lächelnd die Hand und bemerkte, man wisse nicht, wie es ausgehen werde.

Man sieht: die Erparnisse an der Stimmungsmache für Wilhelm II. sind in vollem Ausmaß dem Fürsten Bülow zugute gekommen.

### Preussische Volksschullehrerinnen.

Der Landesverband Preussischer Volksschullehrerinnen hatte zum Sonntag seine Ortsgruppen nach Berlin berufen, um in einer außerordentlichen Versammlung gegen die neue Lehrerbefolgungsvorlage zu protestieren. In zwei Referaten wurden die jetzigen Lehrerbefolgungsverhältnisse und die geplanten Gehaltsveränderungen geschildert. Die Lehrerinnen hätten, so wurde ausgeführt, besonderen Grund zur Klage, denn der Prozentsatz ihrer Bezüge sei gegenüber denen der Lehrer noch um eine Bedeutendes herabgedrückt. Die Versammlung forderte: Gleiches Grundgehalt für Lehrer und Lehrerinnen und Erhöhung des im Besonderen angelegenen Normallohn, 50 Proz. der Alters- und Ortszulagen der Lehrer und 75 Proz. der Alterszulagen der verheirateten Lehrerinnen. Betreffs der Bestimmungen über die Ortszulagen möge die Vorlage dahin geändert werden, daß alle Gemeinden berechtigt seien, solche Zulagen zu gewähren, daß ihre obere Grenze nicht festgelegt werde und daß die Summe des Grundgehaltes und die Ortszulage an keinem Ort hinter dem bis jetzt gegänglichen Grundgehalt zurückbleibe. Ferner müsse die Alterszulage bei der Pensionierung ungekürzt zur Anrechnung kommen. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

Die außerordentliche Versammlung des Landesverbandes Preussischer Volksschullehrerinnen legt Verwahrung dagegen ein, daß in der Begründung zu der Befolgungsvorlage der Satz des Grundgehaltes von 1850 Mark für Lehrer und 1050 Mark für Lehrerinnen als der Vorzug der Vorsehung der Lehrerschaft und der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramtes entsprechend bezeichnet wird. Vor allem aber protestiert die außerordentliche Versammlung auf das entschiedenste gegen die Bewertung der Arbeit der Volksschul-

lehrerinnen, welche in dem Normalgehalt von 1050 M. zum Ausdruck kommt. Diese Bewertung stellt die preussischen Volksschullehrerinnen auf gleiche Stufe mit den niedrigst besoldeten unmittelbaren Staatsbeamten und widerspricht der hohen kulturellen Bedeutung des Berufes, aber auch den vielen anerkannteren Urteilen, welche sowohl vom preussischen Kultusminister als auch von den Aufsichtsböhrden aller Kategorien über den unterrichtlichen und erzieherischen Wert der Arbeit der Volksschullehrerinnen gefällt worden sind. Den Volksschullehrerinnen aber nimmt dieses Grundgehalt die Möglichkeit ausreichender Ernährung; es verurteilt sie zu jahrelangem Entbehren und verkürzt endlich ihre Pension unter das Existenzminimum.

### Aus dem Meininger Landtage.

In der letzten Sitzung des Meininger Landtages kam es zu ausführlichen Erörterungen über das Meininger Domänenvergesetz. Unsere Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, von den Domänenüberherrschaften einen größeren Betrag als bisher der Landeskasse zuzuführen. Das Domänenabkommen vom 20. Juli 1871 bestimmt, daß die Ueberherrschaften je zur Hälfte in die Hof- und in die Landeskasse fließen. Die Einnahmen waren ursprünglich verhältnismäßig bescheiden, sind aber jetzt berart gestiegen, daß das Meininger Volk jährlich auf diese Weise für den Hof mindestens 1 200 000 M., z. B. 4 M. pro Kopf der Bevölkerung, aufbringen muß. Dieses Anwachsen der Domänenüberherrschaften sollte es eigentlich ganz selbstverständlich erscheinen lassen, daß das Domänenabkommen neu geregelt wird.

Die bürgerlichen Parteien sind dagegen einmütig der Meinung, daß diese Bestimmungen unantastbar bleiben müssen.

Umsonst wies Genosse Hofmann darauf hin, daß in den 40er Jahren ein Herzog sich mit der Verwendung aller Domänenüberherrschaften zu Landeszwecken einverstanden erklärt hatte und daß im Domänenvergesetz von 1849 die Domänen ausdrücklich als Staatseigentum bezeichnet werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde gleichwohl abgelehnt. Für ihn stimmten nur die Antragsteller.

### Eine Ordnungsstrafe des Bremer Senats.

Wie bereits gemeldet wurde, ist der bremische Lehrer und Schriftsteller Heinrich Scharrelmann vom Bremer Senat unter Verzicht desselben auf ein Disziplinarverfahren in eine Ordnungsstrafe von 1000 M. genommen worden. Gegen diese hohe Strafe hat nun Scharrelmann, wie wir erfahren, unter Hinweis darauf, daß das Gesetz dem Senat zu einer derartigen Maßnahme keinerlei Handhabe bietet, Protest einlegen lassen. Es fragt sich in der Tat, ob eine solche hohe Summe noch eine „Ordnungsstrafe“ im Sinne des bremischen Beamtengesetzes genannt werden kann. Es wäre ja z. B. der Fall denkbar, daß der Senat bei einem anderen Anlaß eine noch höhere Summe für angemessen erachtet, wodurch die „Ordnungsstrafe“ leicht empfindlicher werden kann, als selbst die schwerste dem Disziplinargericht zustehende Entscheidung: die Amtsentsetzung. Man denke sich z. B. einen Beamten, der vielleicht das Drei- bis Dreifache seines Jahresgehältes als „Ordnungsstrafe“ bezahlen sollte.

Eventuell will Scharrelmann gegen den Senat klagen wegen Anwendung ungesetzlicher Maßnahmen, wodurch sich ihm außerdem die Aussicht eröffnen würde, sein Material gegen die Schulbehörde auf dem Wege des Zivilprozesses an die Öffentlichkeit zu bringen.

### Der Strafvollzugsstempel von Elberfeld.

Ist, wie sich nachträglich herausgestellt hat, doch nicht ganz so arg, wie wir es gestern unter „Parteinachrichten“ dargestellt haben. Die Beschwerde des Genossen Hoffmann gegen die Verweigerung der Selbstbeschäftigung ist doch noch vor seiner Entlassung aus der zweimonatlichen Gefängnisstrafe erledigt worden — 10 Tage vor ihrem Ende traf der Beschuldete vom Minister des Innern ein, daß die Beschwerde für begründet erachtet werde, daß dem Beschwerdeführer die Selbstbeschäftigung zu gewähren sei. Der Minister hat aber der Auffassung der Vorinstanz, daß Genosse Hoffmann wegen seiner als Prüfländer erlittenen Vorstrafen der Selbstbeschäftigung unwürdig sei, daß er schlechter behandelt zu werden verdiene als der Major a. D. Graf Lynar im Gefängnis zu Siegburg, nicht beigetreten. Das ist mit Befriedigung zu konstatieren.

Aber der Strafvollzugsstempel ist nur beendet worden, um einem Skandal der preussischen Bureaucratie Platz zu machen. Nicht weniger als sechs Wochen Zeit hat die Erledigung der Beschwerde in Anspruch genommen! Sechs Wochen Zeit im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, der Telegraphen und Telephone! Wen wundert's angesichts dieser Leistung, daß ein Brief, in dem Genosse Hoffmann der „freien Presse“ zu Elberfeld die Gewährung der Selbstbeschäftigung meldete und den er acht Tage vor seiner Entlassung der Gefängnisverwaltung zur Zustellung übergab, gerade am Tage seiner Entlassung an seine Adresse gelangte!

Die Entlassung des Genossen Hoffmann gestaltete sich, wie unser Elberfelder Parteiblatt meldet, zu einer imposanten Demonstration. Als sich ihm am 16. Uhr die Gefängnistore öffneten, hatte sich dort eine tausendköpfige Menge eingefunden, die ihn mit einem braunen Hoch empfing. Ein bereitgestelltes Automobil nahm den entlassenen Verbrecher nebst seinen Familienangehörigen auf. In diesem Zuge begleiteten die Genossen, abwechselnd die Parteiführer, den Sozialistenmarsch und die Internationale singend, das Automobil. So ging es durch die ganze Hofstadt, über den Wall und Markt nach dem „Volkshaus“, wo natürlich nur ein kleiner Teil der Begleiter Platz fand. Die übrige Menge zerstreute sich in kurzer Zeit. Die Polizei hatte sich vernünftigerweise nicht bemerkbar gemacht.

### Die bürgerlichen Abgeordneten sind „verhindert“.

Am Sonntag nahm der Verein Dresdener Rigarenhändler Stellung gegen die neue Tabaksteuer. Diese Steuer würde zur Verminderung des Konsums, zu zahlreichen Arbeiterentlassungen und zur Vernichtung der kleineren Betriebe zugunsten einiger Großbetriebe führen. In dieser Versammlung waren Genosse Reichstagsabgeordneter Raben ebenso wie die Abgeordneten Stresemann, Wagner, Zimmermann und Heinze eingeladen. Die bürgerlichen Abgeordneten waren aber merklich abwesender als am Erreichen verhindert. Genosse Raben sprach sich scharf gegen jede Tabaksteuer aus und verlangte, daß die sächsischen Vertreter im Bundesrat gegen die Steuer wirken.

### Württemberg's Staatshaushalt.

Die Rechnungsergebnisse des württembergischen Staatshaushaltes vom Jahre 1903 sind heute im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht worden. Danach hat sich angesichts der steigenden Einnahmen statt des in Aussicht genommenen Fehlbetrages von rund 470 000 Mark ein Ueberschuß von 4 008 845 M. ergeben, der etwa zur Hälfte auf die Mehreinnahme bei der Einkommensteuer entfällt. Dem Eisenbahnerferienvonds konnten aus dem Ertrage der Eisenbahnen im ganzen rund 4 980 000 M. zugewiesen werden, was gegenüber dem im Etat angenommenen Betrage ein Mehr von 3 837 000 M. darstellt.

### Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Seute ist im Auswärtigen Amte ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich, sowie ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn über den gegenseitigen Schutz des gewerblichen Eigentums unterzeichnet worden.

### Soldatenshinderel.

Der Unteroffizier Föll vom Brandenburger Jäger-Regiment Nr. 35 ist einer jener Soldatenshinderel, wie sie unter dem gegenwärtigen Drillsystem und unter dem bestehenden Militärstrafrecht immer wieder entstehen. Er liefte einen Hülfiler, der aus Mangel an Zeit seine Stiefel nicht ordentlich gepußt hatte, hundertmal Anwebe machen und schlug einige Tage später denselben Mann mit einer angeblich nicht vorchriftsmäßig gereinigten Hufe ins Gesicht, worauf er ihn befehl, sich auf den Bauch zu legen und in dieser Stellung Übungen auszuführen. Endlich mußte der Soldat eine Viertelstunde lang mit einem Schmel Stredübungen machen, bis er ohnmächtig umfiel. Nun holte der Unteroffizier einen Heilgehilfen herbei, dessen Vermählungen es gelang, den Mißhandelten, dem Schaum vor dem Munde stand, wieder zur Besinnung zu bringen. Am anderen Tage hatte der Soldat noch starke Schmerzen und Bruststiche, an denen er vorher nie gelitten hat.

Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier zu zwei Monaten einer Woche Gefängnis und Degradation. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß nicht der geringste Anlaß zu einer Bestrafung des Soldaten vorgelegen hätte. Der Unteroffizier habe durch seine raffinierte Mißhandlung sich als untauglich für seinen Dienst erwiesen.

### Die Balkanreise.

#### Die österreichischen Rüstungen.

Wien, 17. November. Die Gerüchte von der Mobilisierung einiger Armeekorps und anderen militärischen Ausnahmemaßregeln entbehren, wie das hiesige A. K. Telegraphen-Bureau meldet, der Begründung. Die Oesterreichverwaltung fand sich lediglich bestimmt, das 15. Armeekorps, das sich aus Truppen verschiedener Ergänzungsbereiche zusammensetzt, auf den erhöhten Friedensstand zu bringen, was eine Vermehrung der Kompanie um 88 Mann ausmacht. Die übrigen vierzehn Armeekorps bleiben von dieser Maßregel unberührt. Die dadurch erzielte unbedeutende Erhöhung des Friedensstandes bei den Grenztruppen in Bosnien und der Herzegovina ist hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß die Grenzbevölkerung ein erhöhtes Sängbedürfnis empfindet, welches durch die immer heftiger auftretende Agitation in den südböhmischen Nachbarländern, insbesondere durch die bedrohliche Wandernbildung geweckt wurde. Um den aufreißenden Sicherheitsdienst ohne Ueberbürdung der Mannschaften versehen lassen zu können und der Bevölkerung das Gefühl unbedingter Sicherheit zu geben, erschien es nötig, derzeit eine unwesentliche Verstärkung der Truppen in den Grenzgebieten Bosniens und der Herzegovina einzutreten zu lassen.

### Oesterreich.

#### Zusammentritt des Reichsrats.

Wien, 17. November. (M. L. B.) Der Reichsrat wird am 26. November wieder zusammentreten.

### Schweiz.

#### Die Wahl Grealichs.

Büch, 16. November. (Sig. Ver.) An der gestrigen Nationalratswahl beteiligte sich nur eine Minderheit von Wählern, so daß Grealich ohne Gegenkandidat mit bloß 12 811 Stimmen gewählt wurde, während er im ersten Wahlgang deren rund 16 000 erhalten hatte. Man ersieht daraus die Interesslosigkeit der Wähler, auch der sozialdemokratischen, wenn es keinen Wahlkampf gibt. Mit Grealich sind nun sieben Sozialdemokraten in den Nationalrat gewählt.

### Frankreich.

#### Regelung des Bergbaues.

Paris, 17. November. Die von Minister Parthou ausgearbeitete Vorlage über die Abänderung der Bergbaugesetzgebung enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Konzeßionär kann zu der auch für seinen Nachfolger verbindlichen Verpflichtung angehalten werden, eine Fabrik zur Verwertung der Bergbauprodukte zu errichten, ferner zur Ausführung von Straßen, die für sein Unternehmen vorteilhaft sind, beizutragen und Wohlfahrtsanstalten zugunsten der Arbeiter zu unterstützen. Falls der Konzeßionär diesen Verpflichtungen nicht entsprechen sollte, kann er der Konzeßion verlustig erklärt werden. Das Gleiche ist für den Fall vorgesehen, daß der Konzeßionär die Ausführung der ihm vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen verweigert oder das Bergwerk länger als zwei Jahre ruhen lassen würde. Ferner kann ein Bergwerk ohne vorherige Ermächtigung weder veräußert noch verpachtet werden. Behufs Befreiung des Staates an dem Ertragnis des Betriebes wird eine provisorische Steuer auf das Reineinkommen der Bergwerke eingeführt.

Die zweite Vorlage, durch welche der Staat ermächtigt wird, unter gewissen Bedingungen und Bürgschaften die Bergwerkskonzeßionen einzulösen, bestimmt u. a., daß der genaue Einlösepreis vorher durch eine Schiedskommission festgesetzt werden soll, damit sich das Parlament über die ganze Tragweite der Verstaatlichung Rechenschaft ablegen kann.

### Belgien.

#### Für den Frieden.

Brüssel, den 17. November. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer sprach der Deputierte Paul Janson auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen und führte aus: „Es ist einige Tage her, daß wir am Vorabend eines Brandes zwischen zwei großen Völkern gestanden haben. Das Gewitter drohte auf unsere Häupter niederzugehen, aber die beiden Völker entschlossen sich, ihren Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Ich schlage der Kammer vor, diese beiden Völker, die ein so großes Beispiel gaben, zu beglückwünschen. Mögen alle Parlamente ein Gleiches tun! Mögen die Könige und die Völker endlich begreifen, daß der Krieg etwas Verabscheuungswürdiges ist.“ (Langanhaltender Beifall.) Der Finanzminister nahm von diesem Antrag, für den er seine Sympathie ausdrückte, in Vertretung des Ministers des Innern Kenntnis und erklärte, daß er ihn dem Minister des Innern übermitteln werde.

Im weiteren Verlaufe der Debatte über den Antrag Janson erklärte der sozialistische Deputierte Vandervelde, daß am besten der Kammerpräsident Frankreich und Deutschland den Dank für ihre Friedensliebe ausdrücke. Woeste (Radikal) widersprach diesem Vorschlage. Eine kleine Nation, wie Belgien, habe sich nicht in die Angelegenheiten fremder Staaten zu mischen. Damit wurde der Gegenstand verlassen.

### England.

#### Die Flottenpolitik.

London, 16. November. (Unterhaus.) Der Liberale Byles stellte in der heutigen Sitzung eine Frage bezüglich der Erklärung des Premierministers Asquith über den Zweimächte-Standard und regte an, Großbritannien möge bereit unter Führung des jetzigen Stärkeverhältnisses darauf bedacht sein, den anderen Seemächten Eröffnungen zu machen, die auf eine gegenwärtige proportionale Verringerung der sich anbietenden Ausgaben für die Verteilung zur See abzielen. Der Premierminister erwiderte, die anderen Seemächte seien über die Ansichten, denen die britische Regierung bezüglich der überflüssigen, den Steuerzahlern durch die einander überbietenden Ausgaben für Schiffbauten auferlegten Lasten mehr als einmal Ausdruck gegeben habe, wohl unter-



richtet Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte Lonsdale (Konserwad) eine Anfrage, in der er die Notwendigkeit des sofortigen Baues weiterer Kriegsschiffe ersten Ranges betonte, damit der Standard, von dem Alaska gestrichen habe, aufrecht erhalten werde. Lonsdale fragte, ob die Regierung beabsichtige, außer den bereits vor Schluß des Finanzjahres bewilligten Schiffen noch andere auf Stapel zu legen. Der Premierminister antwortete, nach Ansicht der Admiralität bestände eine Notwendigkeit hierfür nicht, und die Regierung habe nicht die Absicht, das für das Finanzjahr bereits sanktionierte Programm abzuändern.

## Perisien.

### Stimmungsmaße für eine Intervention.

Teheran, 17. November. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Am 11. November plünderten Karadschadareiter Sam Khan das dem russischen Unterthanen Adil Khan Karabai gehörige von Armeniern bewohnte Dorf Jimguschbar, das 6 Werst von Tadzris entfernt liegt. Weiderseits gab es Tote und Verwundete. Der materielle Schaden Karabais beträgt 75 000 Rubel. Der Generalgouverneur Kim ed Daulsch lehnte die Verantwortung für das Verkommen ab, da er nicht über die nötigen Kräfte zur Verhinderung der Ordnung verfüge. Der russische Geschäftsträger und der englische Gesandte in Teheran richteten auf vorkommende Ereignisse ihre ernste Aufmerksamkeit und machen die persische Regierung verantwortlich für dergleichen Vorfälle der Truppen des Schahs.

## China.

### Die Politik des Regenten.

Peking, 17. November. Obwohl der Regent anscheinend gewillt ist, Reformen zu gewähren, wird er doch nicht als ein harter Mann betrachtet. Die Herrschaft über die Truppen in Tschili ist geteilt. Eine Division ist unter der Gewalt des Thrones, zwei Divisionen werden kommandiert von dem Kriegsminister Tschiang, der Quanshilais bester Gegner ist. Dies macht es für den Regenten Tschun schwierig, sich auf Quanshilai zu stützen. Unter den Revolutionären geht das Gerücht, daß einige ihrer Führer sich nach Peking zurückgeben.

### Erregung im Volke.

Peking, 16. November. In Befürchtung eines Anwachsens der revolutionären Bewegung hat der Regent Tschun die Fäden der Regierung mit fester Hand ergriffen, so daß die Aufrechterhaltung des Friedens wenigstens für einige Zeit gesichert ist. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um ein Wiederholungs der revolutionären Vorgänge vom April und Mai zu verhindern, und besondere Abteilungen chinesischer Truppen bewachen die Zugänge zu den Gesandtschaften. Gestern herrschte ein lebhafter Aufruhr auf den Banken; vierzehn einheimische Bankinstanzen wurden geschlossen. Unter der eingeborenen Bevölkerung herrschte große Erregung, die Polizei drängte die Menge von den Bankgebäuden zurück.

Die Ursachen des Todes des Kaisers und der Kaiserin-Witwe sind noch unbekannt. Obgleich eine Anzahl Langer, für den Fremden unverständlicher Verdächtigungen ausgesprochen worden ist, und obgleich andererseits die Gerüchte von unaufgeklärten Mordanschlägen weit verbreitet sind, hat man keinen Grund für die Annahme, daß die beiden Todesfälle anderen als natürlichen Ursachen zuzuführen seien. Man fürchtet, daß die Reformpartei sich gegen die Regierung zu erheben beginnt, und daß die Aufrechterhaltung des Friedens wenigstens für einige Zeit gesichert ist. Es sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um ein Wiederholungs der revolutionären Vorgänge vom April und Mai zu verhindern, und besondere Abteilungen chinesischer Truppen bewachen die Zugänge zu den Gesandtschaften. Gestern herrschte ein lebhafter Aufruhr auf den Banken; vierzehn einheimische Bankinstanzen wurden geschlossen. Unter der eingeborenen Bevölkerung herrschte große Erregung, die Polizei drängte die Menge von den Bankgebäuden zurück.

## Amerika.

### Traktatfragen.

Frankfurt a. M., 17. November. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus New York meldet, verlagte die Bundesregierung den Zuckertraktat auf Zahlung von 3024 000 Dollar wegen betrügerischer Gewichtsangaben bei der Besteuerung für die letzten zwei Jahre. Der frühere Vertrag ist verjährt.

## Gewerkchaftlichen.

### Die Buchdrucker und der „Post“-Prozess.

In der gestrigen Nummer des „Korrespondent“ kommt Herr Reghäuser auf die Versammlung des „Verbands Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer“ zu sprechen, die sich mit seiner Person beschäftigte. Das sachliche Referat Rassinis nennt er einseitig und zum Teil wahrheitswidrig und wirft ihm vor, er habe so gesprochen um des Beifalls der Massen willen und „um die Rechnung im Falle Rasse zu begleichen“. Das Ganze krönt der Treppensatz: „Er darf wohl jetzt im sozialdemokratischen Vorleibebureau den Aufzug für Herrschaften benutzen“. Hoffen wir in Reghäuser's Interesse, daß die „Post“ sich nicht des Vergnügens leistet, ihn abermals als Zeugen zu benennen für die Tatsache etwa, daß der sozialdemokratische Vorleibebureau einen hochgradigen „herrschastlichen“ Aufzug nach seinem Bureau habe.

Ein Gutes hat die Berliner Versammlung aber schon gesagt: Reghäuser gibt dem Genossen Rahn nun wenigstens eine Ehrenentlassung. Gewohnheitsweise nicht, ohne dabei irgend eine Unwahrheit zu verzapfen. Er sagt nämlich, er habe der „V. Z.“ am Montag von Leipzig aus eine Verächtigung geschickt, und fährt fort: „Wenn die „V. Z.“ am Montag diese Verächtigung nicht gebracht hat, was wir erst aus dem Versammlungsbericht erfahren, so hat sie unanständig gehandelt.“ Die Versammlung war am 12. November, den Bericht hat Herr Reghäuser am 14. gelesen, am 17. konstatiert er das öffentlich. Am 7. November aber — 10 Tage vorher — schreibt er: „Al in Berlin: Ich habe sofort der „V. Z.“ am Montag eine Verächtigung geschickt; wenn sie keine Aufnahme gefunden hat, können Sie mich doch nicht verantwortlich machen.“ Der Existenz dieser Briefkastennotiz zum Trost behauptet jetzt der eisensternige Reghäuser, er habe, was er vor zehn Tagen wollte, erst jetzt erfahren! In der Berliner Versammlung war übrigens die Verächtigung vom 7. November bekannt. Aber man hatte eine so hohe Meinung von den Fähigkeiten Reghäuser's, daß man überzeugt war, er könne eine Verächtigung verfassen, deren Aufnahme auf Grund des Preßgesetzes erzwingbar sei.

Die Berliner Versammlung ist übrigens mit ihrem Votum über Reghäuser's Verhalten in der Buchdruckerwelt bis jetzt allein geblieben. Durch drei Nummern schon vermochte Herr Reghäuser Berichte mit Vertrauensumgebungen für ihn zu veröffentlichen. So allein Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

in der letzten Nummer aus den Ortsvereinen: Biele, Summersbach, Herloh, Landoberg, Siegnitz, Bissa, Raumburg, Oepeln, Rudolfszell, Saarbrücken, Weida i. Th. und Zeig.

Herr Reghäuser fürchtet, das Votum der Berliner Buchdrucker erkläre sich daraus, daß sie den „Korrespondent“ zu wenig lesen. Von den 10 000 Mitgliedern würden nur etwa 3000 Exemplare abonniert. Wir können leider keine Gegenrechnung anmachen, wieviel Summersbacher, Herlohner, Bissauer, Rudolfszeller usw. Buchdrucker den „Vorwärts“ lesen. Herr Reghäuser kennt aber ja wohl die Verhältnisse im Buchdruckerberuf besser als wir. Und wenn das Votum der genannten Ortsvereine ihm maßgebender erscheint als das des Berliner, dann müssen wir uns bescheiden. Und die Berliner Buchdrucker werden den Dünkel fahren lassen müssen, daß sie den angesehensten Gau in der Buchdruckerbewegung bilden. Herr Reghäuser will es nicht!

## Berlin und Umgegend.

### In die organisierte Arbeiterschaft von Groß-Berlin!

Unterzeichnete Organisation der Bierabzieher ist genötigt, sich wegen des unter den Kollegen herrschenden Indifferentismus an die Arbeiter von Groß-Berlin zu wenden. Da viele Kollegen der Organisation noch fernstehen, erjuden wir die Arbeiterschaft, die doch größtenteils aus Konjunktur des Reichs besteht, sich die Mitgliedsarten, welche für das vierte Vierteljahr von weißer Farbe sind, von den Bierabziehern zeigen zu lassen und, wo eine solche Karte nicht vorgezeigt werden kann, darauf hinzuweisen, daß der betreffende Bierabzieher sich der Ortsverwaltung III (Bierabzieher) des Verbandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen anschließen. Mitgliedsausnahmen finden jeden Donnerstag nach dem 15. jedes Monats, abends 7 Uhr, im Verbandsbureau, Gr. Hamburger Straße 18/19, statt. Auch erfragen wir alle Schankwirte und Bierfahrer, nur organisierte Bierabzieher zu beschäftigen.

Alle über Groß-Berlin vertriebenen Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck ersucht. Die Ortsverwaltung III (Bierabzieher) des Verbandes deutscher Gastwirtschaftsgehilfen.

## Wohltätigkeit in der A. E. G.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte am Montagabend die Hilfsarbeiter aus den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Brunnens- und Voltastraße sowie Adler- und Schlegelstraße zu einer Versammlung eingeladen, die im „Südwärter-Gesellschaftshaus“ stattfand. Auf der Tagesordnung stand ein Referat von Karl Fromke über das Thema: „Unsere Stellung zu der von der Generaldirektion zum 1. Januar 1908 in Aussicht genommenen Gründung einer Alters- und Pensionskasse“. Der Referent stellte die Kassenprobleme der A. E. G. in Vergleich mit den erbärmlichen Löhnen, welche die Gesellschaft den Arbeitern zahlt. Am 5. November wurde in der Versammlung der Aktionäre der Gesellschaftsbericht besprochen und der Generaldirektor Rathenau gab seiner Verbitteigung Ausdruck, daß im laufenden Geschäftsjahre der Gewinn sich gegen das Vorjahr noch um 1 068 036 M. erhöht habe. Eine kleine Zusammenkunft von den Geschäftsabteilungen der letzten sechs Jahre legt ein berechnetes Zeugnis ab:

Geschäftsjahr	Reingewinn	Erhöhung des Reingewinns gegen d. Vorjahr	Erhöhung des Reingewinns seit dem Jahre 1903
1902/03	5 624 385		
1903/04	8 506 623	2 882 238	2 882 238
1904/05	10 954 678	2 388 053	5 270 291
1905/06	12 888 952	1 934 278	7 204 567
1906/07	14 898 175	1 779 223	9 983 790
1907/08	15 931 211	1 033 036	10 906 826

Daraus kann jeder sich am besten ein Bild machen, welchen Wert die Gesellschaft aus den 30 000 Arbeitern, die sie jetzt beschäftigt, herausziehen versteht. Die Aktionäre sind sämtlich schwerkverdienende Leute, denn unter 6000 M. werden keine Aktien ausgegeben.

An Dividenden wurden in den 6 Jahren ausgezahlt 1903: 8 Proz. 1904: 9 Proz. 1905: 10 Proz. 1906: 11 Proz. 1907: 12 Proz. 1908: 12 Proz.

Betrachten die Hilfs- und Transportarbeiter (um die handelt es sich hier für den Deutschen Transportarbeiterverband) dagegen ihre Löhne, so ergibt sich ein Jammerbild. Im Jahre 1903 war der Anfangslohn 80 Pf. pro Stunde, und der Höchstlohn, der aber erst nach 8 bis 10 Jahren Tätigkeit erreicht werden konnte, 45 Pf. pro Stunde. Jetzt, im Jahre 1908, beträgt der Anfangslohn 88 Pf. und der Höchstlohn, der nur wenigen Leuten gezahlt wird, 62 Pf. pro Stunde. Und nun bedenke man die Steigerung der Mieten, der Lebensmittel und der Steuern seit 1903! Man bedenke, daß diese kleine Erhöhung des Stundenlohnes nicht etwa freiwillig gegeben, sondern von den Arbeitern erkämpft wurde! Man denke an die vielen Abzüge, an Strafgebühren usw., und ferner daran, daß andere Betriebe bessere Löhne bezahlen wie die A. E. G., nämlich 40 Pf. Anfangslohn. Und dann vergegenwärtige man sich, welche Wirkung es auf die Arbeiter ausübt, wenn die A. E. G. mit ihrer „Wohltätigkeit“ gegenüber den Arbeitern prahlt! — Die Arbeiter wollen von allen Wohlfahrtsmaßnahmen der A. E. G. nichts wissen, sie sind der Meinung, daß diese Einrichtungen nur auf den äußeren Glanz der Firma berechnet sind. Aus der beabsichtigten Gründung der Alters- und Pensionskasse zum 1. Januar 1908 haben sie mit dem größten Mißtrauen gegenüber und wollen von vornherein lieber darauf verzichten. Entgegen den ablehnen müßten sie aber, wenn etwa noch Beiträge zu der neuen Einrichtung von ihnen gefordert werden. Sie haben genug von den Klassen, die viel einnehmen, aber nichts herausgeben, wie die Strafgebühren in der jetzt 90 000 M. angekauft sind. Vor kurzem hat sich erst eine Versammlung damit beschäftigt, daß alte Arbeiter bei der A. E. G. einfach die Entlassung bekommen anstatt der Pension, obgleich in der Pensionskasse schon fünf Millionen liegen sollen. Die Arbeiter werden gut tun, sich die Bedingungen dieser neuen Kasse genau anzusehen und sofort zu verlangen, daß ihnen die Kasse auch übergeben werde, daß der Arbeiterausschuß allein darüber zu bestimmen habe. Das beste wäre freilich, die Direktion verhöhnt die Arbeiter mit ihrer Wohltätigkeit, an die kein Mensch glaube, und bekümmert sich um eine Erhöhung der Hungerlöhne, die jetzt gezahlt werden.

In der Diskussion erfuhren die Ausführungen des Referenten von allen Rednern Befürchtung. Man traut den Wohlfahrtsmaßnahmen nicht und verlangt nur sein gutes Recht als Arbeiter. Gewarnt wurde auch davor, daß sich die Arbeiter als Statisten des Generaldirektors, die in einigen Wochen statufinden.

Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Hilfs-, Hof-, Transport-, Packer- und Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft erklärt, daß die Direktion der Werke mit ihren Wohlfahrtsmaßnahmen wohl die Dankschuldigkeit zu beschäftigen weiß, daß aber die Arbeiterschaft in diesen Einrichtungen keinerlei Nutzen erblicken kann. Die Arbeiter verpflichten sich auch nicht, von der jetzt angekauften Pensions- und Alterskasse und verzichten gern auf alle von der Direktion protegierten Wohlfahrtsmaßnahmen. Sie sind der Ansicht, daß die beste Wohlfahrtsmaßnahme für sie in einer glücklicheren Regelung der Verhältnisse von Lohn und Arbeitszeit besteht.“

Fromke wies zum Schluß noch auf die Notwendigkeit einer starken Beteiligung an den Gewerkschaften hin.

Achtung, Lithographen und Steinbrucker! Bei der Firma Alfred Silbermann-Berlin (Marquardt) drohen wegen Nichtanerkennung der Abmachungen vom August 1906 Differenzen auszubrechen. Die Kollegen werden dringend ersucht, dieses strengstens zu beachten. Die Verwaltung.

Th. Glock, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

## Beschlechterung der Arbeitsverhältnisse des technischen Bühnenpersonals.

Laut Beschluß der Theaterleiter Berlins soll der Theaterbeginn wegen des Schluß-Ladenstillstandes auf 8½ Uhr verschoben werden. Ob dieser Beschluß den Handlungsgehilfen und der Theaterkasse die erhofften Vorteile bringt wird abzuwarten sein. — Wenn die Geschäfte um 8 Uhr schließen, ist es doch wohl nur im Interesse der Halle möglich, die Vorstellung, die man sehen will, pünktlich zu erreichen. Oder man müßte das nächstgelegene Theater wählen, und dann sieht man schließlich halt „Julius Caesar“ vielleicht „Charles Tante“. Die Herren Bühnenleiter wollen aber den Handlungsgehilfen nun einmal ihr gutes Herz zeigen. Sie wollen ihnen und auch sich Vorteile bieten, aber leider auf Kosten der Bühnenarbeiter, die es mit ihrer ohnehin beschränkten Nachtruhe zahlen müssen. Denn wie sieht es in den Theatern aus? Es gibt wohl keinen Beruf, in dem in der kürzesten Zeit so große Arbeit geleistet werden muß wie hier. Morgens um 8 Uhr beginnt die Arbeitszeit des technischen Bühnenpersonals. Es muß in zwei Stunden (die Probe fängt nämlich um 10 Uhr an) diese und die Abendvorstellung eingerichtet werden. Da arbeiten dann 15—20 Personen in einem solchen Tempo, wie es sich der Augenblickende gar nicht vorstellen kann. Während der Probe wird, da die Dekorationen in den Theatern meist selbst hergestellt werden, kräftig an diesen gearbeitet, und da die Premieren sich drängen, wird nach der Probe mit einer einstündigen Mittagspause weitergearbeitet, bis zum Schluß der Vorstellung, der heute schon in die Zeit zwischen 11 und 12 Uhr nachts fällt.

Dann muß noch die Bühne abgeräumt werden, denn dies ist Polizeivorschrift und Verlangen der Feuerwehr. Die übliche festgesetzte Arbeitszeit ist, wie schon bemerkt, von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags, dann von nachmittags 6 Uhr bis Schluß der Vorstellung. Da nun aber in den meisten Fällen die Ruhepause von 2 bis 6 Uhr durch Ueberstunden ausgefüllt wird, ferner auch noch nach der Vorstellung einige Nachstunden geleistet werden müssen, so ergibt sich für den Bühnenarbeiter eine tägliche Arbeitszeit von 15 bis 17 Stunden. So kann es kommen, daß ein Familienvater seine Angehörigen so gut wie gar nicht zu sehen bekommt.

Der Lohn für die getragene Arbeitszeit schwankt zwischen 90 und 120 M. monatlich.

Wie steht es nun noch mit den Ruhezeiten? Ein geschlicher Ruhezeit besteht für das technische Bühnenpersonal außer dem Ruhetage und Karfreitag nicht. Und diese beiden Ruhetage werden dem Bühnenarbeiter unter Umständen durch Veranstaltung von Vereinsvorstellungen illusorisch gemacht. Durch die Eingabe der Theaterdirektionen beim Polizeipräsidenten um Verlängerung der Spielzeit bis nach 12 Uhr nachts wird die langausgedehnte Arbeitszeit noch um ein beträchtliches verlängert und somit die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter noch mehr herabgesetzt.

Wenn aber die Saison zu Ende ist, so finden, wie in jedem anderen Beruf Entlassungen statt und es müssen sich diejenigen freuen, die zu Beginn der nächsten Saison ihren alten Platz wieder einnehmen können.

Aus Anlaß all dieser Mißstände protestiert das technische Bühnenpersonal gegen die Verlängerung der Spielzeit bis nachts 12 Uhr.

## Deutsches Reich.

Außerordentliche Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit forderte eine von zirca 1500 Personen besetzte Arbeitslosenversammlung in Frankfurt a. M. von den städtischen Körperschaften. Nach den Feststellungen des Referenten Härtmann beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Frankfurt a. M. mindestens 3000. Staat und Gemeinde hätten die Pflicht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. In einer angenommenen Resolution rufen die Arbeitslosen an die städtischen Körperschaften das Ersuchen, den Anträgen der sozialdemokratischen Stadtwortführerfraktion und des Gewerkschaftsausschusses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Schäden zuzustimmen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der „gefährdete“ Hofzug.

Offenbach, 17. November. (B. H.) Die Untersuchung der bei der Station Rülbeim gefundenen Patronen hat ergeben, daß es sich um ganz verwitterte Dynamitpatronen handelt, die aus dem nahen Steinbruch herrühren. Der Umstand, daß der Sonderzug des Kaisers gestern abend auf freiem Felde gehalten, hat mit dem Patronenfunde nichts zu tun. Das Halten ist lediglich auf einen Blockfehler zurückzuführen. Nach der Meinung von Sachverständigen kann von einem Attentat gegen den kaiserlichen Zug keine Rede sein, denn die aufgefundenen Patronen hätten, selbst wenn sie auf den Schienen gelegen hätten und der Zug darüber gefahren wäre, wegen des völlig unbrauchbar gewordenen Dynamits keinen Schaden angerichtet.

### Ein gemäßigter Professor.

Darmstadt, 17. November. (B. H.) Der ordentliche Professor an der technischen Hochschule, Geheimrat Oberberggraf Dr. Richard Lepsius ist von der ihm übertragenen kommissarischen Besetzung der Amtsgeschäfte eines Mitgliedes für geologische Angelegenheiten der Abteilung des Ministeriums der Finanzen für Forst- und Kameralen-Verwaltung entbunden worden. Die Enthebung von seinem Posten steht mit der freimütigen Kritik, die Professor Lepsius kürzlich in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ an dem Projekt der Neufassung der Sprudel in Bad Nauheim übte, in Zusammenhang.

### Reiseexplosion.

Flauen i. Sogtl., 17. November. (B. H.) Wie die „Neue Wogeländische Zeitung“ meldet, explodierte in der Spinnfabrik Richard Kranz heute ein Kessel. Der Arbeiter Hermann Guth aus Priesen in Oesterreich wurde vollständig zerschmettert; eine Frau sowie ein anderer Arbeiter wurden leichter verletzt. Das Raucereck sowie die Fensterheben des Raumes, wo die Explosion stattfand, sind vollständig zertrümmert.

### Deutsche Luftschiffer in Frankreich.

Paris, 17. November. (B. H.) „Echo de Paris“ stellt eine ziemlich lange Liste deutscher Luftballons und ihrer Insassen zusammen, die während der letzten Monate über die Ozeane kamen und in Frankreich landeten. Aus der Tatsache, daß sich unter den Luftreisenden fast regelmäßig aktive Offiziere befinden und daß wiederholt mehrere Ballons gleichzeitig aufgestiegen waren, schließt das genannte Blatt auf die Absicht militärischer Spionage und kündigt an, daß die Regierung strenge und wirksame Maßnahmen ergreifen werde.

### Explosion in einer Pulvermühle.

Lorient, 17. November. In der Pulvermühle St. Michel wurden heute durch Explosion einer Granate drei Arbeiter getötet.



# Die Katastrophe von Radbod.

### Was die Arbeiter sagen.

In einer am Sonntag in Hamm abgehaltenen Versammlung erörterte Genosse Pokorny an Hand der von Arbeitern vorgebrachten Klagen die Verhältnisse auf der Radbod-Grube. Wenn es richtig sei, was Minister Delbrück glaubte verkünden zu müssen, nämlich, daß die Verwaltung und deren Beamten keine Schuld treffe, dann sei eben die Bergbehörde die Alleinschuldige, dann müsse sie die gräßlichen Mißstände nicht nur geduldet, sondern direkt begünstigt haben. Unbedingt notwendig sei die Einführung der Arbeiterkontrollreure. Die Wasserleitung in der Grube war in Unordnung, Deutschland paradiere mit der Unfallziffer im Bergbau an erster Stelle. Zu der Verwaltung hätten die Arbeiter längst kein Vertrauen mehr, auch nicht zur Bergbehörde. Unbedingt müsse gefordert werden: Schaffung eines Reichsberggesetzes und die Verstaatlichung der Gruben.

Genosse Reichstagsabgeordneter Sachs teilt mit, daß mehrere Beileidstelegramme eingegangen sind. In ergreifenden Worten gedachte er der toten Kameraden, die noch in der Grube liegen und schilderte das Elend der hinterlassenen Witwen und Waisen. — Die Bergbehörde sei nicht von der Schuld an diesem Unglück freizusprechen; es sei notwendig, die Schuldigen an den Pranger zu stellen. (Lebhafte Beifall.)

Eine Resolution, die die Zustände im Bergbau scharf verurteilt, fand einstimmige Annahme.

In der Diskussion kritisierte Genosse Pilgrim scharf die bürgerlichen Presseberichte, die es versuchen, die Bergleute, die den Prinzen empfangen haben, als eine wilde Horde hinzustellen.

Die Versammlung ehrte das Andenken der Verunglückten durch Erheben von den Plätzen. —

Bezeichnend für die Zustände im Ruhrrevier ist das Verhalten der Geistlichkeit, die bei der Beerdigung der Toten von Radbod mit salbungsvollen Worten und Hinweis auf — höheren Willen die Hinterbliebenen der durch das System Gemordeten zu trösten suchten. Wie uns nämlich mitgeteilt wird, haben Geistliche in Hamm versucht, die Abhaltung der Versammlung zu hintertreiben. Es war das erstemal, daß den Arbeitern dort ein Lokal zur Verfügung stand. Die „frommen“ Versuche, für welche das Kapital dankbar sein dürfte, hatten diesmal nur den Erfolg, daß die Versammlung nicht zur angelegten Zeit eröffnet werden konnte.

### Neue Anklagen!

„Von vertrauenswürdiger Seite erfahren wir,“ so schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“, „daß ganz kurz vor der Katastrophe die in beträchtlicher Zahl dem Verginsspektor Hossänder erklärt haben sollen, sie könnten die Verantwortung für die Veriefelung nicht mehr übernehmen!!! Trotzdem duldet die Bergbehörde die Fortsetzung des Betriebes!!!“

Von anderer, wohlunterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, wenn die Rettungsmannschaften sofort und reichlich Wasser zur Verfügung gehabt hätten, würde höchst wahrscheinlich der unterirdische Brand gelöscht worden sein, bevor die Katastrophe ihre entsetzliche Ausdehnung hätte gewinnen können!!! Die Rettungsmannschaften mußten notdürftig mit Eimern hantieren, eine starkstromige Wasserleitung war eben nicht vorhanden!!! So wird uns vertrauenswürdig berichtet. Um dies nach Gebühr würdigen zu können, muß man wissen, daß in dieser Grube eine schnell austrocknende Hitze herrschte! Dadurch auch nur kann die rasende Eile, mit der das Feuer um sich gegriffen hat, erklärt werden.“

## Kleines feuilleton.

**Das Königstreue Kof.** Im „Figaro“ veröffentlicht seit einigen Wochen G. Clément-Simon eine Artikelserie über die Memoiren der Gräfin de Galon. Diese Dame hat in der legitimistischen Partei, die in den hiesigen Jahren des vorigen Jahrhunderts den Grafen von Chambord zum französischen König machen wollte, eine große Rolle gespielt. Für die geistige Verfassung dieser Kreise ist ein Brief bezeichnend, den einer der Kaiserlichen „Heinrich V.“ an die Gräfin gerichtet hat. Er lautet wörtlich: „Berehrte Frau. Erst heute habe ich die eingeworfene und freudbare Nachricht des Legationsprinzipals in seiner ganzen Stärke kennen gelernt. Hören Sie! Mein Kutscher kam ganz erschrocken zu mir und berichtete, daß mein Gaul seit 1 Uhr die Rahmungsaufnahme verweigere. Ich fragte ihn nach der Ursache und er meinte, daß ich ihn am Morgen auf dem Markt von Paris nach Versailles zu sehr abgebeugt hätte. Ich fragte weiter. Und was glauben Sie, verübten Sie, das ich ertrage! Daß dieses Pferd, ein Veteran, der in Profordorf (dem Wohnort des Grafen von Chambord) heberbergt worden war, heute mit zwei Koffen des Herrn Gambetta zusammen eingepferret worden war. Es hat sich geweigert, mit ihnen aus derselben Kasse zu fressen. Ich frage mich, ob ein republikanisches Pferd die gleiche Delikatesse gezeigt hätte. Niemand! Erwarten wir also alles von der Kraft unseres Prinzipals. Es lebe der König! Und nochmals: Es lebe der König! Und zum drittenmal: Es lebe der König! Ich bin kein Diener und der 30-jährige Dumas d'Hauteport. — Gedruckt in Versailles des großen Königs Ludwig XIV. und in Wäldchen Heinrich V., am 28. Juni 1870.“ — Es ist tröstlich zu wissen, daß in einer Zeit, wo sich die Königstreue bei den Menschen immer mehr verflüchtigt, auf die Köhler noch einiger Verlaß ist. Gut beraten Monarchen sollten sich darum an dieses tote Tier halten, statt gemüthlos Autos zusammenzulassen oder gar auf unzuverlässige Lustschiffe ihre Hoffnung zu setzen. Ein loyales Hof hat, scheint, noch mehr dynastisches Bewußtsein als ein Agrarier, der ja seiner viel schwerer zu einem Hungerstreik für Gott, König und Vaterland zu bewegen wäre.

**Bürgerinn und Kunstinteresse der Arbeiterschaft.** Die Gewerkschaften Kopenhagens haben ihrer Stadt ein großes, kunstvoll gearbeitetes Bronzebrunnen geschickt, das um die Freitreppe des Rathauses steht. Entworfen und modelliert wurde es von dem Rathausbaumeister Nyrop und dem Bildhauer S. Chr. Petersen. Das Brunnengebäude über 1000 Hilo, es hat eine Höhe von ungefähr anderthalb Metern und der Durchmesser am oberen Rande beträgt zwei Meter. Ringsherum um das Becken hängen sich in zwei breiten Reihen die Wappen der 99 Gewerkschaften, auf der einen Seite vom Stadtwappen anlaufend, auf der anderen vom Wappen des „Weiblichen Hochverbandes“, auf dem man zwei Arbeiterinnen sieht, die einander die Hand reichen. Das Kunstwerk hat 6000 Kronen gekostet, die durch freiwillige Sammlungen von der Arbeiterschaft aufgebracht wurden. Wie es dasieht, wird es jahrbundertlang zeugen von der Einmütigkeit und Kulturhöhe der Arbeiterschaft unserer Zeit, von ihrem Kunstgefühl und Bürgerinn in einer Stadt, in der dem Arbeiter wenigstens so viel Bürgerrechte gewährt sind,

### Strefährung.

Die Verhaltung von Radbod findet anscheinend im H. L. B. einen freundlichen Helfer bei den Versuchen der Veriefelung. Es wird folgende Meldung verbreitet:

Hamm, 17. November. Die Rohrleitung von der etwa 1/2 Kilometer von der Grube Radbod vorüberfließenden Lippe zur Grube ist so weit fertiggestellt, daß schon heute mit dem Einpumpen des Wassers in die Grube begonnen werden wird. Inzwischen ist aber schon durch die Veriefelungsanlage andauernd Wasser in den Schacht geleitet worden. Die Verwaltung hofft, in etwa vierzehn Tagen so viel Wasser der Grube zugeführt zu haben, daß die zweite und dritte Sohle unter Wasser gesetzt sein wird, während die erste Sohle, die als Wettersohle dient, trocken bleiben soll. Ausdamm wird das Einpumpen der Grube ungefähr zehn Tage dauern, so daß nach Ablauf dieser Fristen mit der Bergung der Leichen beziehungsweise mit den Vorarbeiten dazu begonnen werden kann.

Wie kommt es denn, daß nun die Veriefelungsanlage „andauernd“ Wasser liefert? Zur Veriefelung des Kohlenstaubes hat es doch vielfach an Wasser gefehlt. Soll diese Tatsache etwa durch die obige Mitteilung verschleiert werden? Man kann nur sagen: Die Schuld beweise häufen sich!

343 Tote, 28 Verletzte.

Hamm, 16. November. Wie die Verwaltung der Grube Radbod nunmehr festgestellt hat, waren in der Unglücksnacht angefahren 380 Arbeiter und sechs Beamte. Es wurden getötet oder starben in den Krankenanstalten 40 Personen. Die Zahl der unverletzt zutage Geförderten beträgt 17. In den Krankenhäusern liegen zurzeit noch 26. Somit sind noch in der Grube 303.

### Ein unbequemer Zeuge.

Ein Bergmann der Grube Radbod hatte einem Verlecherstatter mitgeteilt, daß Montag und Dienstag voriger Woche kein Tropfen Wasser in der Grube zu sehen war. Der Kohlenstaub habe fuhhoch gelegen. Die Wetterstrecke sei stellenweise schlecht und so klein gewesen, daß man nur auf dem Wauche kriechend durchgekommen wäre. Die Grubenverwaltung hat sofort eine Belohnung von 100 M. für die Ramphastmachung dieses Zeugen ausgesetzt. — Der betreffende Bergmann hat sich nun gemeldet und dürfte demnächst gerichtlich vernommen werden.

### Die Interpellation des preussischen Abgeordnetenhauses

über das Grubenunglück wird am nächsten Freitag auf die Tagesordnung gesetzt. Wann im Reichstag die gleiche Angelegenheit behandelt wird, steht noch nicht fest. Es ist kaum anzunehmen, daß die auf zehn Tage berechnete erste Lesung der Reichsfinanzreform um deswegen unterbrochen wird.

### Kritische Betrachtungen.

Ein Bergtechniker schreibt uns: Wenn man sich an der Hand der Berichte über den Umfang und die Schwere dieser schrecklichen Katastrophe die Frage vorlegt, wie dies überhaupt bei dem heutigen Stande der Technik und praktischer Wissenschaft möglich ist, so kommt der unparteiische Sachmann zu dem Urteil: Die Grube Radbod muß ein Raubbau allerersten Ranges gewesen sein. Hier scheint man tatsächlich nach dem Grundbaue verfahren zu haben: „Alles für das tote Material — nichts für die Lebenden!“

Die technischen Schutzvorrichtungen, die wir heute besitzen, bringen uns wahrlich in die Lage, Katastrophen, wenn auch nicht gänzlich zu vermeiden, so doch auf ein Maß zurückzuführen, daß die Arbeit im Bergrevier mit nicht größeren Gefahren verknüpft sein dürfte als im gewöhnlichen Fabrikbetriebe. Freilich, die Herstellung solcher Vorrichtungen kostet Geld und steht dem Halten der Unternehmern nach Verstand und Reichtum hindernd im Wege. Das wird niemand bestreiten wollen, daß die mangelhaften bergbaulichen Einrichtungen und die ungenügenden Rettungsmittel hauptsächlich

dadurch seinen Einfluß auf die Verwaltung geltend machen, daß er eine gewisse Liebe zu dem Gemeinwesen empfinden kann, für das er wirkt und schafft.

**Der Komet mit den fünf Schweifen.** Der nach seinem Entdecker Morehouse benannte Komet, der auch nach der Reihenfolge seiner Entdeckung als dritter in diesem Jahre die Bezeichnung 1908 o erhalten hat, hält die astronomischen Beobachter fortwährend in Bewegung, man könnte sagen, in Erregung. Hat dieser neue Himmelskörper auch die Erwartungen, daß er sich zu einer Erscheinung von großem Glanze entwickeln könnte, bisher nicht erfüllt, so sind seine Eigenschaften doch merkwürdig genug, und ein so erfahrener Himmelsforscher wie Professor Barnard, der ihn seit dem 2. September ununterbrochen verfolgt und schon bis Mitte Oktober in dreißig Nächten je eine oder mehrere Photographien von ihm aufgenommen hatte, bezeichnet ihn als einzigartig. Ebenso haben die französischen Astronomen diesen Kometen als einen der interessantesten Besucher erklärt, die in letzter Zeit vom Weltraum her in das System der Sonne eingetreten sind. Vortrefflich hat auf Grund von Photographien die höchst merkwürdigen Veränderungen in der Form und der Ausdehnung des Schweifsystems veranschaulicht, das den Kometen auszeichnet. Am 20. September zeigte er einen Schweif mit zwei Ästen, von denen einer gradlinig, der andere gekrümmt verlief. Am 23. September hatte der Doppelschweif eine Länge von fünf Grad erreicht; am 2. Oktober waren schon drei Schweife vorhanden, die aber wesentlich kürzer waren. Die photographische Platte vom 3. Oktober zeigte dann gar fünf Schweife, deren einer über einem Fixstern stand und diesen etwas verdeckte, woraus zu schließen wäre, daß der Stoff, aus dem dieser Schweif bestand, etwas dichter war, als es sonst bei der äußerst zarten Kometenmaterie der Fall zu sein pflegt. Auch der Astronom Rabourdin, der an altberühmten Observatorium zu Meudon bei Paris beobachtet, stellte große Veränderungen an dem Kometen fest. Auf mehreren Platten hatte der Schweif einen sonderbar welligen Verlauf. Barnard, der in der Herles-Sternwarte den größten Refraktor der Erde zur Verfügung hat, legt großes Gewicht auf die Photographien, die er am 20. September und 1. Oktober erhalten hat, weil sie Zeugnis von einer geradlinig wunderbaren Umformung ablegen. Auch das Spektrum des Kometen ist sorgfältig geprüft worden. Während der Komet für die Beobachtung mit dem Auge in der Helligkeit eines Stern sechster Größe gleichkam, wirkte er auf der photographischen Platte erheblich stärker. Die spektroskopischen Untersuchungen haben die Erklärung dafür gegeben, indem sie einen ungewöhnlichen Reichtum an den auf die photographische Platte wirkenden blauen und ultravioletten Strahlen nachwiesen. Höchst auffällig ist ferner der Umstand, daß keine Spur von Kohlenwasserstoffverbindungen, die sonst bei Kometen gewöhnlich sind, erkennbar war. In dem ultravioletten Teil des Spektrums zeigten sich auch einige Linien unbekannter Ursprungs, die aber schon früher beim Dankeischen Kometen wahrgenommen worden sind.

### Humor und Satire.

#### Die Sündenböcke.

Erst sah das Manuskript Herr Jonisch; Anstößig soll das sein? — ich seß nicht!

sind an den großen Dimensionen, die die Bergwerkungslücke jetzt so häufig annehmen. Man glaubt mit einigen Tragbahnen und einem Rettungsapparat für Hunderte von Verletzten keine Schuldigkeit ausreichend getan zu haben. Wäre nicht der allgemeine Betrieb gefährdet, so wären Sicherheitsvorrichtungen, Sicherheitslampen, Fangvorrichtungen, Dammwären, Ventilatoren, Wetterluchten usw. überflüssige Faktoren.

Es ist behauptet worden, daß in Radbod lediglich eine Schlagwetterkatastrophe vorgelegen habe; dagegen sprechen aber alle Begleitumstände. Eine reine Schlagwetterkatastrophe hat stets einen lokalen Charakter; sie äußert sich in ihrer weiteren Umgebung nur durch die vernichtende Wirkung der giftigen Nachschwaden. Die davon betroffenen Arbeiter werden ohnmächtig und erliegen, wenn nicht gleich Rettung zur Stelle ist, den Tod durch Vergiftung. Nun haben aber alle in Radbod zu Tage geförderten Toten gräßliche Verblutungen und Brandwunden aufgewiesen. Damit ist der Beweis geliefert, daß es sich um die gefährlichste Form, nämlich eine Vereinigung von Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion gehandelt hat. Dies wird auch durch den kolossalen Umfang der Katastrophe vollumfänglich bestätigt. Die Grubendirektion soll behauptet haben, daß der Charakter der dort abgebauten Kohle eine Staubbildung nicht zulasse. Dieser Einwand zeigt sich bei genauer Prüfung als vollständig hinfällig. Der Kohlenstaub bildet sich vorzugsweise und immer beim Vorhandensein schnelllaufender Kohlenförderungsmitel; er zieht sich also in erster Linie durch alle Stollen, die von den Transportbahnen durchzogen werden. Hier muß in erster Linie für die Beseitigung des verhängnisvollen Staubes gesorgt werden, mögen auch Veriefelungseinrichtungen noch so teuer und umständlich sein. Geradezu lässlich muß in Radbod die Anordnung der Wetterzüge gewesen sein. Eine genaue Unterweisung in dieser Hinsicht hat doch die Katastrophe von Courrières gegeben. Daß man in Radbod schon am zweiten Tage zum letzten Mittel der Grubenräucherung greifen mußte, bricht dem ganzen Anordnen den Stempel der Mangelhaftigkeit und Fehlerhaftigkeit auf.

Nun möchte ich hier zwei weitere Fragen aufwerfen, die seit Vermeidung derartiger Katastrophen von einiger Wichtigkeit erscheinen:

1. Hat man in Radbod schon etwas gewußt von dem explosionsfreien Sprengverfahren, d. h. ohne Verwendung von Pulver und ähnlichen entzündbaren Stoffen?

2. Hat man in Radbod den Angaben der meteorologischen Stationen jemals einige Beachtung geschenkt?

In Betracht gezogen hat man beide Punkte jedenfalls nie. Das explosionsfreie Sprengverfahren beruht auf der Ausnutzung hydraulischer Kraftwirkung. Es besteht in der direkten Druckübertragung der mittels einer einfachen Handpumpe erzeugten hydraulischen Energie auf den Arbeitsstoß vermittelt einer Reihe von kleinen Preßkolben, die aus einem in ein Bohrloch eingeschobenen Stahlgylinder herausgedrückt werden. Mit dem nur aus wenigen Teilen zusammengesetzten handlichen und widerstandsfähigen Apparat kann ohne jede geringste Gefährdung des die Sprengung bewirkenden Arbeiters eine gewaltige Kraftübertragung eintreten. Die Einführung dieses Verfahrens würde auf dem Gebiete der Unfallverhütung einen wesentlichen Fortschritt bedeuten.

Wie steht es nun mit der Bedeutung der meteorologischen Stationen in ihren Angaben für den Bergbau? Hierüber ist schon so viel geschrieben worden, daß man meinen möchte, die Bergbehörden müßten mit der Nase darauf stoßen. Noch in Erinnerung ist die Katastrophe auf der Saarlofengrube „Reeden“. Gleichzeitig mit dieser traten Explosionen schlagender Wetter in Widdin (Frankreich) und Charlestown (England) auf und zwar nicht nur auf jenen Tagen, sondern fast zur gleichen Stunde. Daß hier eine gemeinsame Ursache vorhanden war, die in dem Einflusse der feismatischen und atmosphärischen Erscheinungen begründet ist, liegt auf der Hand. Schon seit 30 Jahren hat man nachgewiesen, daß Erdbeben und niedriger barometrischer Druck einen Einfluß auf die Entzündung von Gas in den Gruben ausüben. Es soll

Dann legte es der Herr von Müller;  
„Ja Jenisch soll, bin ich noch stücker!“  
Und schließlich kriegte es Herr Klehmet;  
„Det wird gedruckt, id übernehm et!“  
Herr Valentin wird erscheinen,  
Den Großen gilt's nicht, bloß den Kleinen;  
Die kleinen Püntcher fangen will er,  
Den Jenisch, Klehmet und den Müller!

— Was die Anguren erspähen. Die Zeitungen melden: Bei der Zusammenkunft in Eckardau wurde am Himmel eine Schwar Wildenten erblickt, die als glückbedeutende Figur eines W bildeten. Ähnliches wurde überm Berliner Schloß beobachtet. Dort ließ das Gedervieh sogar ein W-Geschrei ertönen. („Pustige Wätter.“)

### Notizen.

— Musikchronik. Das Schiller-Theater veranstaltet am Freitag, abends 8 Uhr, in jedem seiner beiden Säuler ein Konzert. Im Charlottenburger Hause wirkt der Berliner Lehrergesangsverein mit.

— Ein falscher Rembrandt. Die Kunst der Nachahmung genießt eines hohen und sprichwörtlichen Rufes. Sie wird aber doch noch von der Kunst der Wilderfälschung übertraffen. Die Gründe liegen nahe. Die Echtheit eines alten Bildes über jeden Zweifel hinaus festzustellen, ist sehr schwer. Die besten Meister haben manchmal Stunden gehäut, außerdem haben sie häufig Schüler mitarbeiten lassen und selbst nach ihrem Tode haben Schüler ihre Art fortgesetzt. Ferner sind sehr früh schon von manchen Werken Kopien angefertigt worden. Und die Künstler, die spä er auf ihrer Höhe unerkennbar ihre Eigenart entwickelt haben, sind in ihren Anfängen mit anderen leicht zu verwechseln. So ist denn für Jertümer eine weite Bahn frei. Die hervortragendsten Kunstgelehrten und Kenner haben sich denn auch zu wiederholten Malen aufs gründlichste getäuscht, aber das wäre noch zu ertragen. Aber da gibt es nun Leute, reiche Leute, die absolut einen Rembrandt, einen Hals, einen Goya haben wollen. Weiss Mode ist. Die Museen sind in derselben Lage. Der Handel, der dazu da ist, vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen und neue zu wecken, ist flugs bei der Hand. Es gibt ja genug alte Schwarzweisse, die sich herrichten lassen, und genug arme Schlucker, die ihre Bilder nicht abbringen können, aber geschickt genug sind, alte Kollegen nachzubilden. So werden denn besonders den Amerikanern, die mit berühmten Namen prozen wollen, die schandbarsten Schindeln zu lächerlich hohen Preisen aufgehängt. In Kunsthandlertreibern werden freilich Bescheidene transportiert, daß ähnliches auch berühmten Galleriedirektoren gern mal passiert. Zu welcher der hier möglichen Kategorien der Rembrandt gehört, der dieser Tage in Berlin in der Gesellschaft für Literatur und Kunst angekauft für 200 000 M. verkauft wurde, ist nicht sicher. Aber daß es kein echter alter Rembrandt ist, darüber sind sich die Sachverständigen inzwischen einig geworden. Auch andere Bilder dieser Auktion werden angezweifelt. Von den Kunsthistorikern, die als Sachzeugen für die Echtheit genannt wurden, will es keiner gewesen sein. Der glückliche Käufer aber — falls er überhaupt existiert — wagt angestrichelt sein Anagnostis,



nicht behauptet werden, daß jede Abnahme des barometrischen Druckes Ausströmungen hervorruft, aber die Vorbedingung einer Katastrophe ist immer ein rasches Fallen nach einem langanhaltenden hohem Druck.

Es ist verschiedentlich von Fachblättern darauf hingewiesen worden, daß der Explosion in Courrières ein andauernd hoher Druck und ein hierauf folgendes rasches Fallen voranging. Die Tage, die der Reeben-Katastrophe vorangingen, der 10. bis 26. Januar, stunden unter einem gleichmäßig hohen Druck von 774 bis 790 Millimeter. Kurz vor der Katastrophe fiel das Barometer auf 764 Millimeter. Das ist das kritischste Moment, wonach die Betriebsleiter gewarnt und alle Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden mußten. Die Zahlen an jenem verhängnisvollen Tage galten — anderwärts als derart typisch und wiesen derart auf eine Gefahr hin, daß alle Betriebsleiter der belgischen Steinkohlenwerke und an der französischen Grenze den Befehl erhielten, sämtliche Arbeiten in den schlagwettergefährlichen Gruben einzustellen. Sofort wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Beobachtungen verschärft, behufs Entfernung der Gase die Leistungen der Ventilatoren vergrößert und die Arbeit in den durch gefährliche Gasentwicklung bekannten Abbauen eingestellt! Diese Maßregeln wurden solange befolgt, bis neue Mitteilung von dem Vergange der Gefahr einlief. In Deutschland aber wurden solche Vorsichtsmaßregeln nicht getroffen. Dafür böhnten auf der Höhe „Reeben“ 150 Knappen das Leben ein.

Die natürliche Folge der Lektion von Courrières war, daß man in Frankreich, wie auch in Belgien, die Perioden hohen atmosphärischen Drucks kritisch verfolgt und besonders Aufmerksamkeit dem Moment der folgenden Depression schenkt.

In Deutschland genigte die derbe Lehre noch nicht, da mußte zunächst noch eine gründlichere nachkommen. Und die ist denn auch nicht ausgeblieben. Wie lagen jetzt die atmosphärischen Verhältnisse? Ein lange anhaltender hoher Druck hatte vorgeherrschet, dann plötzliches Fallen des Barometers; die Seismographen konstatierten allenthalben Erdbeben und der Grube „Maddob“ wurde die fürchtbare Explosion befeuert.

Es kann gar nicht oft genug betont, nicht eindrücklich genug gesagt werden: Eine Katastrophe von dem Umfange wie die auf der „Maddob“-Grube muß bei den heute gegebenen technischen Hilfs- und Sicherheitsmitteln vollständig unmöglich sein.

Die Einwände, die bis jetzt von der Grubenverwaltung erhoben wurden, können nicht im geringsten als stichhaltig anerkannt werden. So ist behauptet worden, die Ursache sei auf einen ausfallenden Schutz, einen sogenannten Hochpfeiler zurückzuführen, und die Mannschaften hätten die Umgebung des Sprengschusses nicht ausreichend angeleuchtet.

Selbstverständlich scheint mir die Sache, wer hat das gemeldet, wo ist das Vermägen, das solchen Frevel der Arbeiter veranlaßte? Aber wenn es so war, wie die Vergherren mit Eiferigkeit behaupten, wer trägt die Schuld?

Die Arbeiter sind durch die ungünstigen Arbeitsbedingungen geradezu zu solchen Vernachlässigungen gezwungen. Die Sache geht hundertmal gut ab, bis schließlich beim hundertsten Male die Katastrophe da ist. Aber auch in solchem Falle konnte die Explosion nur eine lokale sein, der bei ordnungsmäßigem Betriebe vielleicht 4—5 Mann zum Opfer gefallen wären. Aber da lag die ganze Stollen entlang zu allen Schächten hin der feine niederländische Kohlenstaub; Luftdruck und Flamme haben ihn erfasst, das Riesenschiff war da. Eine andere Möglichkeit zu derartiger enormer Ausdehnung von Katastrophen ist ganz ausgeschlossen.

Noch ein Wort über die Rettungsversuche! Unter den Bergleuten gibt es ein Sprichwort, das lautet: „Wo der Bergmann hin kann, da kann auch die Rettungsmannschaft hin folgen.“ Das ist aber in Maddob nicht zugefallen. Sag das an den Fähigkeiten der Rettungscolonne oder an ungenügenden Apparaten? Die heute auf den Markt gebrachten Rettungsapparate sind so vorzüglich, daß man an ihnen mit dem besten Willen nichts aussetzen kann. Und tüchtige, aufopferungsbereite Männer haben sich noch immer gefunden, wo es galt, den Kameraden in höchster Not Rettung und Hilfe zu bringen. Auch in Maddob! Daß sie hier nichts ausrichten konnten, das kann nur an einer ganz verfehlten Anlage der Wetterzüge (wie eingangs erwähnt), dann aber jedenfalls auch in der Mangelhaftigkeit der zur Ermöglichung der Rauchabzüge gegebenen Dispositionen gelegen haben. Hier muß eine rücksichtslose Untersuchung einsehen, die sachliche Unterlagen zutage fördert, sonst war eben Maddob nur eine Episode in einer endlosen Reihe ähnlicher Katastrophen.

### Sammlungen und Kundgebungen.

Frankfurt a. M., 17. November. Die Sammlung der „Frankfurter Zeitung“ für die Hinterbliebenen der auf der Höhe Maddob verunglückten Bergleute hat bis heute 17 900 Mark ergeben.

Halle a. S., 16. November 1908. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden für die Hinterbliebenen der Verunglückten auf der Höhe Maddob 3000 M. bewilligt. Auch die hiesigen Zeitungen haben Sammlungen eingeleitet.

Charlottenburg. Dem Vernehmen nach wird auch die Stadt Charlottenburg einen Betrag von mehreren tausend Mark stiften. Die Anregung ging von allen Parteien der Stadtverordnetenversammlung aus.

Rom, 16. November. Der italienische Konsul in Köln ist, wie die „Agenzia Stefani“ meldet, von Minister Tittoni angewiesen worden, sich nach Hamm zu begeben, um den Familien der verunglückten Italiener Hilfe zu bringen. Tittoni hat dem Konsul zu diesem Zweck 5000 Fr. zur Verfügung gestellt.

### Sympathiekundgebung der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs an die deutschen Bergleute.

Genosse Djeante teilt im Auftrage der sozialistischen Gruppe der französischen Deputiertenkammer dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit, daß die französische sozialistische Kammerfraktion in ihrer Sitzung vom 13. November — auf das tiefste betroffen durch das Unglück, welches so grausam zahlreiche Familien westfälischer Bergleute traf — dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei alle ihre Sympathien übermittelt nebst dem Ausdruck des Beileides für die Familien der durch schlagende Wetter getöteten deutschen Genossen mit dem Wunsche, diese Kundgebung den Bergarbeiterverbänden bekannt zu geben.

## Behördlicher Terrorismus.

Die Verteidigungsschrift des Bürgermeisters Schädling, die soeben im Verlag der „Hilfe“ erschienen ist, bedeutet eine neue schwere Anklage gegen die preussische Regierung. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle auf den ganzen Inhalt des Buches, das sich mit Recht eine Sammlung von Dokumenten zur Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens nennt, näher einzugehen. Kufs neue wird dadurch bewiesen, wie wenig sich die preussische Polizei oft an die klaren Gesichtsbestimmungen lehrt, wie für sie das Reichsgesetzgesetz fließend auf dem Papier steht, wie sie

Ermittelungen darüber anstellt, ob Militärpflichtige in der sozialdemokratischen Bewegung tätig gewesen sind, wie sie auch sonst die schärfste Gefinnungsschnüffelei treibt. Gang und gäbe sind die Gefinnungsermittlungen bei Lehrermeldungen, bei Befähigungen zur Schuldeputation und zum Schulkollegium. Als notorisch bezeichnet es Schädling, daß die Reaktion stets den Versuch gemacht hat, die Gerichtshöfe zu korrumpieren, und in verständlicher Entrüstung darüber, daß ihm der Preußische auch wegen des Vorwurfs gemacht wird, daß die Behörden vielfach sozialdemokratische Agitationskalender konfiszierten, regt er an, durch den sozialdemokratischen Parteivorstand eine ganz genaue Statistik über rechtswidrige Beschlagnahme sozialdemokratischer Kalender in Preußen aufstellen zu lassen.

Aber all das, so interessant es auch ist, will nicht besagen gegenüber den Beweisen, die Schädling für den behördlichen, bei Wahlen geübten Terrorismus anführt. Er hält seine Behauptung aufrecht, daß die preussischen Wahlmännerwahlen nicht selten in einer Weise beeinflußt sind, die nur noch in weniger zivilisierten Ländern möglich ist. Als Niquel noch der Kanalabstimmung gefragt wurde, ob der Landtag nicht aufgelöst werden sollte, erwiderte er, das sei völlig weislos, konservern Landräte und die übrigen Verwaltungsbeamten würden dafür sorgen, daß ein Landtag mindestens in derselben Zusammensetzung wiederkehre. Im Jahre 1886 erklärte der Oberpräsident von Steinhilber in Schleswig einem jetzigen Reichstagsabgeordneten, daß für die Beurteilung der Tüchtigkeit von Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten der Ausfall der Wahlen in ihrem Bezirk maßgebend sei. Ja, die amtliche Wahlbeeinflussung nimmt in Preußen sogar bestimmte bürokratische Formen an. Neben der Wahlbezirksgemeinde, die schon 1850 der Minister von Bismarck im Abgeordnetenhaus unter dem lauten Beifall der Konservern energisch befürwortet hatte und die auch noch bei den letzten Landtagswahlen geübt wurde, äußert sich der Terrorismus der Behörden namentlich in der Festlegung des Wahltermins für die dritte Abteilung auf die denkbar ungünstigste Zeit. Treffend bemerkt Schädling, daß es sich bei dem Dreiklassenwahlgesetz mehr um ein Gesetz gegen die für das Wählen handelnden, und mit seiner Ironie fragt er die Anklagebehörde, warum sie denn nicht seine Behauptungen über die Behandlung von Wahlprotesten infrimiert habe. Seine Kritik über das preussische Wahlrecht hält Schädling nicht nur aufrecht, sondern er verschärft sie noch, indem er von einer Wahlkomödie spricht und die in Preußen übliche Einmischung des amtlichen Apparates in die Wahl als direkt der Wahl abträglich bezeichnet. Berücksichtigt man ferner die zahllosen Beispiele von Saalabstreibungen und baulicheilichen Schikanen mancher Gemeindevorsteher, so hat man eine Uebersicht über den behördlichen Terrorismus in Preußen, einen Terrorismus, der dadurch gekrönt wird, daß der Mann, der gegen ihn zu Felde zieht, kurzer Hand in den Anklagezustand versetzt wird.

Wenn Herr Hübner im preussischen Abgeordnetenhaus die angekündigte Berechnung mit den Sozialdemokraten über Terrorismus halten will, dann möge er sich vorher die Schädling'sche Schrift durchlesen; sie wird ihm zeigen, an welche Adresse er sich zu wenden hat, wenn er dem Terrorismus wirklich zu Leibe gehen will und wenn es ihm um mehr als um einen Wutausbruch gegen die Sozialdemokratie zu tun ist.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlen.

Zu dem Siege in Ronneburg (S. A.) wird uns noch gemeldet, daß unsere Genossen 40 Stimmen gewonnen und die Gegner 33 Stimmen verloren. Solches Stimmenverhältnis ist in Ronneburg lange Zeit nicht zu verzeichnen gewesen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dessau unterlag unsere Partei am Montag gegenüber den vereinigten Gegnern. Die isolierten bürgerlichen Parteien erhielten 4998, auf die sozialdemokratische Liste fielen 3510 Stimmen. Sämtliche 13 Mandate fielen den Gegnern zu.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Jwidau und in Plauen i. B. machte unsere Partei gute Fortschritte. In Jwidau beträgt der Stimmenzuwachs 9 Proz., in Plauen 35 Proz.

In Crimmitschau gelang es uns, bei der Stadtverordnetenwahl zwei unserer Genossen wieder durchzubringen, und zwar mit einer viel größeren Majorität als das vorige Mal, obwohl die Gegner alles angeduldet hatten, um uns die Mandate zu entreißen. In Waldheim i. S. einer Stadt mit zahlreicher Beamtenbevölkerung, errangen wir bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen einen großen Erfolg. Wir eroberten drei Mandate, während wir bei der vorigen Wahl nur 1 Mandat erlangten, und zwar dadurch, daß wir auf einer bürgerlichen Liste standen.

Unsere Toten. In Leipzig starb, wie jetzt gemeldet wird, am 13. November ein Veteran der Arbeiterbewegung, der Genosse L. Gahert im Alter von fast 88 Jahren. Gahert war noch einer von der alten Garde, den jüngeren Genossen zwar kaum dem Namen nach bekannt, aber die älteren Mitglieder des Leipziger Arbeiterbildungsvereins aus den sechziger und siebziger Jahren, bis 1873, konnten sich den Namen ohne Gahert nicht denken. Gahert war der reichste Lehrer des Vereins. Komte aus irgendeinem Grunde ein Vortrag haltender Lehrer nicht erscheinen. Gahert trat an seine Stelle. Besonders 1870 und 1871, wo dem Verein alle Lehrer untreu wurden, ersetzte Gahert eine rege Tätigkeit. Er war Lehrer an einer Bürgerschule; nach allgemeinem Urteil war er sogar ein tüchtiger Lehrer, aber in seiner Ansehenklasse sollte er nach der Meinung des Direktors in der deutschen Geschichte nicht genug Patriotismus entwickelt haben. Deshalb wurde er zu einer mittleren Mädchenklasse versetzt. Aber auch hier wurde er mehr wie üblich beauftragt. Gahert quittierte diese Maßregelung mit dem Abschied. Er ging an eine deutsche Schule nach Prag. Nach kurzer Zeit sagte er auch diesem Wirkungskreis Valet und nahm eine Lehrstelle im Altemischen Institut in Dresden an. Nach Auflösung dieses Institutes ging er nach Paris, wo sein Schwiegersohn, unser Parteigenosse Dr. Karl Hirsch, ein Korrespondenzbureau hatte. Als Hirsch wieder nach Deutschland ging, kam auch Gahert wieder nach Leipzig. Seit dieser Zeit lebte er, treu dem alten Ideale, zurückgezogen in Gehalt. Nur Sonntags sammelte sich ein kleiner Kreis aller Freunde um ihn, zu denen auch der im August d. J. verstorbenen Rechtsanwalt Puttrich, dessen Tod ihm sehr nahe ging, gehörte. Nur drei Monate später folgte er ihm nach. Ehre seinen Enden!

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Reparierte Offizierschule. Nicht weniger als das gesamte preussische Offizierskorps und im speziellen einen Oberleutnant Meyer in Bochum und den Referententant Karpenmühlen soll Genosse Steinamp vom Bochumer „Vollblut“ beleidigt haben. Herr Karpenmühlen ist Witinhaber des „unparteiischen“ Bochumer Anzeigers, der ein sozialdemokratisches Wahlinsulat aufgenommen hatte. Sofort wurde R. aufgefordert, sich über des mehrfache Verleumdung zu äußern. . . . Karpenmühlen antwortete: Er habe keine Kenntnis gehabt, er hätte es sonst verhindert, es solle nicht wieder vorkommen usw. Die schriftliche Erklärung wurde dem Offizierskorps zur Entscheidung vorgelegt und fand Gnade vor den Augen der Herren Kameraden.

Diesen in der Verhandlung festgestellten Tatbestand hatte unser Bochumer Blatt festgenagelt und entsprechend glossiert. Effekt: Strafantrag des Kriegsministers. Das Gericht war staatsanwaltlicher als der Staatsanwalt (der 600 M. Geldstrafe beantragte): es verhängte über Steinamp nicht weniger als zwei Monate Gefängnis!

Schwer errungen hat sich das Darmstädter Gewerkschaftshaus seine Konzessionen. Der Kreisauschuss hatte das Konzessionsgesuch abgewiesen. In der Berufungsinstantz (Provinzialauschuss) ließ die Polizei ihre Anträge aufmarschieren: Hausbesitzer und Privatiers: Der Betrieb soll „eine Verfestigung für die Nachbarschaft“ mit sich bringen. Von welchem Kaliber diese Zeugnisse waren, geht daraus hervor, daß ein Herr Reuten erklärte: sein Schlag sei durch die nächsten, aus dem Gewerkschaftshaus dringenden — Quarrufe gestört worden! Die nachgesuchte Erlaubnis wurde erteilt.

Die Polizei in Gießen verbot das Anschlag von Plakaten für eine auf Sonntag angelegte Versammlung mit dem Thema: „Wilhelm und seine Handlanger“.

## Aus Industrie und Handel.

### Deutschlands Außenhandel im Oktober 1908.

Die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Uebersicht über den Spezialhandel Deutschlands im Oktober d. J. und in den ersten zehn Monaten d. J. läßt erkennen, daß die Einfuhr nach wie vor beträchtlich hinter der vorjährigen zurückbleibt. Während im Vorjahre im Oktober 60 189 600 Doppelzentner Waren eingeführt wurden, gelangten in diesem Oktober nur 57 000 808 Doppelzentner zur Einfuhr, also 3 078 792 Doppelzentner oder 5 Proz. weniger. In den ersten zehn Monaten d. J. sind 603 600 008 Doppelzentner gegen 548 808 544 Doppelzentner in dem Zeitraum Januar bis Oktober 1907 eingeführt worden, so daß jetzt die Abnahme der Einfuhr 54 791 464 Doppelzentner oder 9,2 Proz. beträgt. Fast bei sämtlichen wichtigen Artikeln ist eine bedeutende Mindereinfuhr zu verzeichnen. Die Ausfuhr ist dagegen, wie schon in den letzten drei Monaten, stärker als die vorjährige gewesen. Es sind nämlich 41 244 328 Doppelzentner gegen 37 421 000 Doppelzentner ausgeführt worden, das sind 3 823 328 Doppelzentner oder fast zehn Prozent mehr. In der Zeit vom Januar bis Oktober d. J. sind 379 827 080 Doppelzentner gegen 370 700 917 Doppelzentner im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgeführt worden. Die Zunahme der Ausfuhr beträgt also in diesem Jahre bis jetzt etwas über neun Millionen Doppelzentner oder 2,6 Proz.

### Die Erträge deutscher Wäldungen.

Trotzdem manche Leute einen förmlichen Wutsturm vor dem geringsten Befehl von bergeshöflichen resp. verstaatlichten Eigentümern an Grund und Boden haben, sehen sie es doch alle Jahre sehr gern, wenn in den Staatsverträgen angenehme abgerundete Summen als Betriebsüberschüsse verzeichnet sind. Interessant ist es nun, einmal zu prüfen, in welchem Verhältnis die Einnahmen, Ausgaben und Überschüsse in den staatlichen Betrieben stehen. Die beistehende Tabelle gibt darüber Auskunft.

	Reichseinnahme	pro Hektar	pro Hektar	pro Hektar	pro Hektar	pro Hektar	pro Hektar
	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902
Staatsforsten Preußen	118 294 739	40,07	6,58	9,83	41	24,21	69
Kronforsten Preußen	2 144 075	29,22	4,25	5,82	33	19,05	65
Staatsforsten Bayern	42 631 672	45,49	8,86	11,01	46	24,60	54
„ Sachsen	14 617 928	81,39	12,40	19,43	39	49,56	61
„ Württemberg	19 921 240	104,58	9,67	25,87	34	69,51	66
„ Baden	8 160 306	85,86	8,03	26,05	40	51,76	60
„ Hessen	181 185	48,73	8,03	15,18	48	25,50	52
Kronforsten Hessen	4 239 663	60,69	7,99	24,00	54	28,10	46
Staatsforsten Westfalen-Schlesien	4 097 688	37,51	6,37	10,53	45	20,34	64
Domänenforsten Baden-Schwaben	411 530	49,01	5,36	13,59	39	29,35	61
Staatsforsten Westfalen-Schlesien	1 258 689	39,85	4,08	6,81	33	19,55	67
Staatsforsten Oldenburg	379 775	21,23	5,48	5,03	43	13,75	67
Hamburg	19 797	21,51	13,83	16,62	141	-3,92	-41
	376 293 655						

Charakteristisch ist der Unterschied in den finanziellen Resultaten der Staats- und der Kronforsten. Die Berechnung der Personalausgaben auf den Hektar ergibt ein sehr gutes Bild für die Bezahlung der Arbeitskräfte, da ja für jeden Hektar ein gewisses Normalquantum von Arbeit zu leisten ist. So weist diese Berechnung die auch schon anderweitig festgestellte Tatsache nach, daß in den Kronforsten beschäftigte Arbeitskräfte noch schlechter bezahlt werden als die der Staatsforsten. Beachtenswert erscheint auch, daß der Ertrag der preussischen Kronforsten bedeutend höher ist als der der Staatswaldungen. Wird die Qualität beider Arten von Forsten gleichgelegt, so erscheint der größere Reingewinn eigenständig, wird angenommen, daß die Qualität der Kronforsten als besser, also ertragsreicher anzusehen ist. So ist die Annahme an sich schon genügend, um ebensolche Verspekulativen zu eröffnen. Daß der Freistaat Hamburg unrentable Forsten besitzt, ist erklärlich. Auf dem relativ kleinen Staatsgebiet grenzen die Waldungen so nahe an die Stadt Hamburg, daß sie mehr oder weniger den Charakter von Parks erhalten, die ihre Ausgaben naturgemäß nicht durch ihre Einnahmen decken können.

20 Proz. Spritdividende. Die Breslauer Spiritusfabrik schlägt nach reichlichen Abschreibungen und erheblichen Verstärkungen der Reserven 20 Proz. Dividende vor. Die gleiche Dividende wurde für das Vorjahr ausgeschüttet.

### Umwandlung der Industrie.

Die (Luer)-Waggl'sche Alliengeellschaft äußert sich zu dem Antikraftfeuer-Gesetzentwurf in ihrem Geschäftsbericht mit dem Inhaltsverzeichnis der Uebersicht eines großen Teiles ihres Betriebes. Sie schreibt:

„Mit den neuen Steuerprojekten ist sowohl eine direkte Besteuerung der Selbstkosten als eine indirekte durch Erhöhung des Betriebes verknüpft, die sich auf den Abnehmer im Auslande keineswegs abwälzen läßt. Da nun der größere Teil unserer Produktion im Auslande abgesetzt wird, und zwar unter schwierigen Konkurrenzverhältnissen, so fürchten wir, daß es sich bei dem Inkrafttreten derartiger Steuerprojekte nicht vermeiden lassen wird, den größeren Teil unserer Produktion nach dem Auslande zu verlegen, um dort konkurrenzfähig zu bleiben. Für die Gesellschaft selbst würde dies finanziell vielleicht keine so erheblichen Konsequenzen haben, da wir schon jetzt im Auslande Produktionsstätten unterhalten und es sich nur um erhebliche Ausdehnungen derselben handeln würde. Dagegen würde mit einer Verlegung ins Ausland in erster Reihe unser Arbeiterkennnis betroffen werden. Wir beschäftigen in Berlin über 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Bei einer Verlegung der Produktion ins Ausland würde eine Reduktion um mehrere Tausende von Arbeitern in Aussicht zu nehmen sein, deren Verdienst den ausländischen Arbeitern zufallen würde.“

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Gefahren der Freiheit in Liebe und Ehe.

Die Beschäftigung mit erotischen Problemen, die in Anbetracht des sexuellen Elends unserer Zeit nicht ernst und nicht gründlich genug betrieben werden kann, scheint so etwas wie eine Mode-



Tage geworden zu sein, der man sich auch in Berlin W. nicht entziehen zu können glaubt. So hatte sich am 18. November ein sehr elegantes Publikum im Saale der „Gesellschaft der Freunde“ eingefunden, wo Dr. Helene Stöcker vom „Bunde für Mutterschutz“ einen Vortrag über „Die Gefahren der Freiheit in Liebe und Ehe“ hielt. Ihre Ausführungen lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen:

Wenn wir auch angeblickt in der Neuzeit leben, so besteht das Mittelalter doch weiter auf dem Gebiete der sexuellen Moral, deren Bankrott freilich längst offenkundig ist. Das hat sie bewiesen gegenüber der Prostitution und ihren Begleiterscheinungen, gegenüber der heutigen Ehe, in der zahlreiche Männer und Frauen Nebenwege gehen, gegenüber der unehelichen Mutter. Eine Pseudostillfährigkeit hat sie gezeugt, die den Mann zwar die Verantwortung für sein Verhalten, nicht aber für sein uneheliches Kind tragen läßt. Diese „Ordnung“, die doch nichts als ein Gewaltakt der herrschenden und beständigen Klassen und Geschlechter gegenüber den Nichtbestehenden ist — die Alimentation des Kindes nach dem Stande der Mutter ist eine ungeheure Bevorzugung der Besitzenden — diese Ordnung soll den Gipfel und Endpunkt aller Stillschicktheit darstellen? Das können wir nicht begreifen. Wenn Stillschicktheit gleichbedeutend ist mit Verantwortlichkeit für unsere Handlungen, dann verdient nur die Stillschicktheit den Namen, die den Mann dazu erzieht, die volle Verantwortung auf sich zu nehmen, gleichviel, ob sein Kind ehelich oder unehelich ist. Lobredner der alten Hygiamoral sagen zwar: der beste Mutterschutz ist die Ehe. Aber sie vergessen, daß alles, was außerhalb dieses Schutzes vor sich geht, um so schuldloser aller Willkür preisgegeben ist. Diese alte Ethik setzt das tiefste Mißtrauen in die Natur des Mannes voraus. Sie verlangt von der Frau, daß sie immer mißtrauisch sein soll, wenn sie nicht den Ring am Finger trägt. Und doch widerpricht Mißtrauen dem Wesen der Liebe, das in höchstem gegenseitigen Vertrauen bestehen soll. Auf der anderen Seite preisen dieselben Anhänger des Alten, Ueberlebten die „Willensmacht“ der irdischen Moral, und doch hat diese im Laufe von vielen Jahrhunderten völlig versagt, denn die Natur des Mannes ist durch sie nicht geändert worden. Jener alten Weltanschauung entspricht auch die barbarische Ueberhöhung der physischen Jungfräulichkeit; Reinheit ist gleichbedeutend mit Jungfräulichkeit. Wir aber sehen die Reinheit in der Einheit von Sinnen und Seele, wir wollen keine Unterdrückung der Natur, sondern die Harmonie aller geistigen und körperlichen Kräfte. Wir bekämpfen deshalb das alte Eherecht und die alte Stillschicktheit, welche die Hälfte aller gesunden Frauen von der Möglichkeit höchsten Lebensglücks ausschließt, sie zu Prostituierten oder unehelichen Müttern oder zu Ehefrauen macht. Das legitime Eherecht kann längst nicht mehr den modernen Bedürfnissen der Volksgemeinschaft genügen. Wir müssen darum zu einer Umwandlung der wirtschaftlichen und damit der rechtlichen Zustände kommen.

Nachdem die Referentin sich so mit den Gegnern der neuen Ethik auseinandergesetzt, wies sie eingehend nach, welche Bedeutung der Innenseelen, welche Auslösung wundervoller Kräfte den Frauen zukommt werden kann, die den verschiedenen Anschauungen mutig trotzen und sich auch ohne Garantien dem Manne ihre Liebe hingeben. Auch dann, wenn sie in ihren Erwartungen getäuscht werden sollten oder gar die schwere Last einer unehelichen Mutterschaft zu tragen haben würden. Ihre Eingabe sei ebenso rein, ebenso stilllich wie die der Wohlbehüteten. Die Gefahren der Freiheit in der Liebe sind schließlich nicht größer als die Gefahren des Lebens überhaupt. Keine Gefahr aber ist größer als die, am Leben vorbeizugehen. Die Entschlossenheit als solche ist kein sittliches Gut und kann keine Besserung in den als unzulänglich erkannten Zuständen herbeiführen. Kämpfen wir gegen die alten Formeln zugunsten eines höheren inneren Gehalts und werden und pflegen wir den Friede zur Tugend. Lassen wir uns nicht um der Konvention willen um unermeßliche Lebenswerte betrügen. Lieber ein Leben der großen Erschütterungen als ein leeres Leben. Denn im Leben schon ist zu sein, das ist doch die Gefahr aller Gefahren.

Die Rednerin sprach schließlich den Wunsch aus, es möchten sich geistig vornehmere Naturen finden, welche sich entschließen können, den von ihr entwickelten Theorien nachzugehen und diesen Entschluß kein Hineinreden des Staates in ihre heiligsten Beziehungen zu dulden, öffentlich zu bekunden.

Der am Schluß von den Zuhörern aufgewendete spärliche Applaus stand im umgekehrten Verhältnis zu der Stärke des bürgerlichen Radikalismus in den Ausführungen des Vortrages.

### Lesende.

Achtung, Genossen! Freitag abend 8 1/2 Uhr finden die Lesend- und Diskussionsabende statt, und zwar in

1. Kreis: Seydelstr. 30 im Restaurant, früher Engel.
  2. Kreis: bei Kemp, Urbanstr. 170 und bei Habel, Bergmannstr. 5-7.
  3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 15, linker Seitenflügel III.
  5. Kreis: 1.-2. Abteilung bei Kauf, Wilmstr. 12; 3.-7. Abteilung im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.
- In allen Lesenden werden Mitglieder für die Wahlvereine aufgenommen.

Die Lesende der Frauen des 6. Wahlkreises finden am Freitag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, an folgenden Stellen statt:

1. Adl. del Klaustr. Schönhauser Allee 156.
2. „Kraus, Dunderstr. 8.
3. „Schäde, Kopenhagener Straße 74.
4. „Leppin, Brunnstr. 30.
5. „Häbner, Wilmstr. 7.
6. „Schädel, Wilmstr. 12.
7. „Hamprich, Wilmstr. 10.
8. „Stark, Waldstr. 8.
9. „Funks, Triftstr. 63.
10. „Laws, Liebenwalder Straße 4.
11. „Kraus, Wilmstr. 27.

### Der Vorstand.

Gras-Küsterfeld. Freitag, 20. November, 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“, Arnoaldplatz 1: Vortrag. Genosse Stöcker: „Kindererziehung“.

Weihenfer. Freitag, 20. November, 8 Uhr, bei Ulrich, Wilhelm- und Straußstr. 6-8.

## Gerichts-Zeitung.

### Folgen einer Schülermißhandlung.

Die Schülertagodie aus dem Sophien-Realgymnasium, die seinerzeit zu öffentlichen Erörterungen Veranlassung gegeben hat, beschäftigt gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Anger. Unter der Anklage, als Beamter in zwei Fällen in Ausübung seines Amtes sich der Körperverletzung schuldig gemacht zu haben, hatte sich der Oberlehrer Hermann Faubel aus Charlottenburg zu verantworten. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Riee, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Balkow. Der 31 Jahre alte Angeklagte gab in der Sekunda des Sophien-Realgymnasiums französische Unterricht. Einer seiner Schüler, Walter Matthäus, hatte am 20. November einen Konflikt mit dem Angeklagten, der dahin führte, daß der Lehrer dem Schüler ein Paar Ohrfeigen gab. Der Angeklagte hat über Veranlassung und Verlauf des Konflikts dem Ordinarius und dem Direktor Mitteilung gemacht, dabei aber zunächst verschwiegen, daß er dem M. ein paar Ohrfeigen gegeben hatte. Infolge dieser einseitigen Darstellung hatte der Direktor der Anklage vom dem Schüler verlangt, daß er dem Angeklagten Abhilfe leisten sollte. Dies bekam M. nicht anders Deutlich, sein Ehrgefühl war durch die ihm tobefahrene Behandlung dermaßen verletzt, daß er sich in der Wohnung seiner Eltern das Leben nahm, indem er sich an einem Kronleuchter erhängte. Außer der Verletzung seines Ehrgefühls war für den Selbstmordentschluß wohl auch die Furcht maßgebend, daß er infolge dieses Vorganges die Schule verlassen müsse. M. hat einen Brief an seine Mutter zurückgelassen, in welchem er das Motiv zu seiner Tat darlegte. Auch einen Brief an seinen Ordinarius hat der Verlorene hinterlassen, in welchem

es hieß: Herrn Oberlehrer Faubel wünsche ich, daß dieser durch meine Tat veranlaßt wird, auf ein paar Monate in eine Heilanstalt zu gehen und später sein Verhalten den Schülern gegenüber zu ändern.

Es wurden in der Verhandlung

### zwei verschiedene Vorgänge.

erörtert, die sich nach den Befundungen der vernommenen Mitschüler des Verstorbenen wie folgt abgepielt haben sollen: Am 23. September hatte die Sekunda französisches Unterricht. Fünf oder zehn Minuten vor Schluß der Stunde sollte gelesen werden. Da wurde aus den Reihen der Schüler gerufen: „Etwas anderes machen!“ Der Angeklagte wollte darauf nicht eingehen, Matthäus rief aber: „Wir wollen gar nichts machen!“ Dabei lachte M., es wurde ihm dies vom Angeklagten unterfangen, er lachte aber wieder und bekam deshalb vom Angeklagten ein Paar Ohrfeigen und der Angeklagte soll dabei gesagt haben: „Ich schlage Sie noch tot!“ Dann soll der Angeklagte erklärt haben, daß er den Vorgang bedauere und M. erklärte sich damit zufrieden. Der zweite Vorfall, der einen so traurigen Ausgang gehabt hat, spielte sich am 29. November ab. In jenem Tage war es in der Klasse sehr laut. Als Oberlehrer Faubel einzutreten wollte es still. Es war französische Lesüre angelegt, aber es sollte Grammatik gelehrt werden. Matthäus hatte seine Grammatik vergessen und wandte sich zu seinem Nebenmann herüber. Da rief Oberlehrer Faubel: „Matthäus einen Tadel wegen Sprechens!“ M. soll darauf geantwortet haben: „Ich habe nicht gesprochen!“ und sich etwas ungebührlich hingewandt haben, so daß ihm der Angeklagte zurief: „Sehen Sie sich anständig hint! Als Matthäus dann lachte und sagte: „Ich weiß nicht, was Sie von uns wollen,“ wies ihn der Angeklagte hinaus. Matthäus nahm seine Kappe und seinen Hut und wollte in schmerzlichem Gange hinausgehen, Oberlehrer Faubel wies ihn jedoch an, die Sachen dazulassen. Dies tat Matthäus, ging zur Tür, indem er etwas murmelte und schlug etwas heftig auf die Türflanke. Der Angeklagte soll ihm darauf zugerufen haben: „Eine Stunde Arrest!“ Darauf soll M. gesagt haben: „Weshalb habe ich Arrest bekommen? Was wollen Sie eigentlich von mir?“ Der Angeklagte ließ dem Schüler dann nach und gab ihm auf dem Korridor ein Paar Ohrfeigen.

Von einzelnen Schülern wurde bekundet, daß der Angeklagte dem Matthäus mehrfach wegen seines Betragens zu ermahnen Veranlassung hatte. Der Angeklagte wurde von den Schülern als ein gutmütiger Lehrer geschilbert, dessen Gutmütigkeit von den Schülern ausgenutzt wurde. Andererseits wurde von zwei Schülern bekundet, daß der Angeklagte sie in der Tertio auch einmal mit Ohrfeigen bedacht habe.

Der Angeklagte selbst gab den Vorgang in der geschilberten Art im allgemeinen zu und entschuldigte sich damit, daß er durch das Verhalten des M. in eine gereizte Erregung verwickelt worden sei. Das Betragen des M. sei unerschöpflich gewesen und da habe er sich dazu hinreichend lassen, dem Jungen ein Paar Ohrfeigen zu geben. Er glaube nicht, daß er das ihm zuteilgewordene Jüchtigungsrecht überschritten habe und es sei ihm nicht bekannt, daß körperliche Jüchtigungen gegen Sekundaner verboten seien. Das Provinzialschulkollegium habe ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet, welches mit seiner Verurteilung zu 90 M. Geldstrafe abschloß.

Der Zeuge Feig Matthäus, der Bruder des Verstorbenen, bekundete: Kurz vor dem Tode des Bruders habe er noch mit diesem gesprochen. Er sei aber über die Vorgänge völlig schweigsam gewesen, auch der Mutter gegenüber. Der Bruder habe sich erst erhängt, nachdem er versucht hatte, sich mit einem Revolver, den er sich gekauft hatte, zu erschießen. Der Bruder habe ihm bezüglich des ersten Vorganges gesagt, der Angeklagte habe ihm nicht nur Dankschreiben gegeben, sondern ihn geschlagen, wofür er ihn getroffen und sei über Tische und Bänke ihm nachgesetzt. — Der Angeklagte bestritt dies mit aller Entschiedenheit.

### Gutachten über Jüchtigungsrecht.

Als Sachverständiger wurde der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums für die Provinz Brandenburg, Mager, gutachtlich über die Frage vernommen, ob nach der Dienstinstruktion das Schlagen von Schülern der höheren Lehranstalten verboten und auch das Schlagen mit der Hand an die Wände gegenüber einem Sekundaner nicht zulässig ist. Er bekundet: Nach diesem Vorfall sei eine Ministerial-Instruktion erlassen, die bestimmte Vorschriften über die Jüchtigung von Schülern enthält. In dieser Instruktion stehen ziemlich bestimmte Weisungen über diese Frage. Derartige Instruktionen bestanden bis dahin nicht. Es sei nur einmal eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums zu Danzig aus dem Jahre 1906 zur Nachachtung mitgeteilt worden. Vor vielen Jahren, als sich das Oberverwaltungsgericht mit der Frage der Strafverfolgung von Jüchtigungen der Schüler durch Lehrer zu befassen hatte, sei es zu einem Konflikt zwischen den beiden Behörden gekommen. Früher wurde die Entscheidung durch das Kompetenzgericht entschieden und da seien im allgemeinen körperliche Jüchtigungen nicht verfolgt worden. Nach Einführung der neuen Justizgesetze haben die Gerichte darüber verschiedene geurteilt. Für die Schulverwaltung war immer die Kabinettsorder vom Jahre 1885 maßgebend: daß eine Jüchtigung eines Schülers durch einen Lehrer nur dann strafbar wird, wenn die Gesundheit des Schülers geschädigt wird. Neben dieser Kabinettsorder bestanden eine Masse Vorschriften. Die Gerichte setzten sich auf den Standpunkt, daß wenn ein Lehrer von dem Jüchtigungsrecht Gebrauch macht in einer Weise, die gegen eine dieser vielen Instruktionen verstößt, nicht nur disziplinarisch, sondern auch kriminell gegen den Lehrer vorzugehen ist. Sämtliche Instruktionen seien aufgehoben worden, nicht um den Lehrern freie Hand zur beliebigen Handhabung des Jüchtigungsrechts zu lassen, sondern um den Gerichten die Möglichkeit zu entstehen, einzugreifen. Die Schulverwaltung habe noch keinen Fall erlebt, daß wenn nicht der Fall einer gesundheitlichen Schädigung vorgelegen, dann gegen den Wunsch der Behörde eine Anklage erhoben worden wäre. Dieser Fall sei der erste, wo dies geschehen. Er stehe als Schulbeamter auf dem Standpunkt: Die Schule habe die rechtliche Befugnis, ihre Schüler unter Umständen zu jüchtigen, und wenn nicht Mißhandlungen vorliegen, dann müsse es der Schule überlassen bleiben, Stellung zu der Jüchtigung zu nehmen. Mißbräuche, die über die von der Kabinettsorder gezogenen Grenzen hinausgehen, mache die Schulverwaltung mit den Lehrern ab. Die Verwaltung halte den Standpunkt der Jüchtigung nicht für richtig; sie könne nicht anerkennen, daß es sich um ein Vergehen handle, das kriminell zu bestrafen sei. Badenstreiche, die in Sekunda ausgeübt werden, seien nicht gerade gewöhnlich, kommen aber doch mitunter auch vor; den Lehrern werde natürlich eingeschärft, in Bezug auf Jüchtigungen recht zurückhaltend zu sein.

Der Direktor Dr. Rosenow vom Sophien-Realgymnasium bekundete unter anderem: Der Angeklagte habe das Auftreten des Schülers doch für einen so großen Eingriff in seine Autorität betrachtet, daß er meinte, er müsse das konsilium abends (Nat. die Schule zu verlassen) gegen ihn beantragen. Der Zeuge habe darauf hingewiesen, daß das konsilium nur durch die Konferenz erstellt werden und auch der Schüler erst gehört werden müsse. Nach einer Besprechung mit dem Ordinarius und mit dem Angeklagten sei man zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Schüler bei der Schwere des Falles zunächst mal auf einen Tag aus der Schule verwiesen werden sollte. Der Schüler Matthäus sei ihm nach jener Besprechung auf dem Flur begegnet; er sei sehr aufgeregt gewesen, habe gleich geweint und auf seine Frage zugegeben, daß er jene Worte gebraucht habe, die den Angeklagten erregten. Der Zeuge hat ihm dann gesagt: „Dann haben Sie sich eines schäneren Vergehens und grober Ungehörigkeit schuldig gemacht, das müssen Sie doch einsehen. Wenn ein Schüler das einseht, so kann es für ihn doch nicht Besondere sein, wenn er den Lehrer um Entschuldigung bittet. Für heute müssen wir Sie aus der Schule ausschließen, denn Sie haben sich vor der ganzen Klasse gegen Herrn Oberlehrer Faubel vergangen.“ Die Einzelheiten des Vorganges sind bei dieser Gelegenheit mit dem Matthäus nicht erörtert worden; daß er eine Ohrfeige bekommen, wußte der Zeuge noch nicht. Beschränken über M. hat der Zeuge sonst nicht entgegenzunehmen

Veranlassung gehabt. Die Tatsache, daß Matthäus in seinem letzten Zeugnis die Jüchtigung „Betragen lobenswert“, erklärt der Zeuge dahin, daß die Jüchtigung schon vor diesen Vorgängen geschrieben waren.

Professor Dr. Schaffhäußer, der Ordinarius der Sekunda: Er hat den M. als Schüler sehr gern und zu Klagen über ihn keinen Anlaß gehabt. Er war ein lebhafter Schüler, aber einer von denen, die im Auge behalten werden mußten. Solche temperamentvollen Schüler hat man gern. Von anderer Seite ist manchmal über ihn geklagt worden und er hat noch einige Tage vor der Anklage durch einen anderen Lehrer einen Tadel erhalten.

Prof. Dr. Johannessen bestätigte auf Befragen des Verteidigers, daß im Anschluß an die Vorgänge eine ganze Reihe von Konferenzen stattgefunden hat, in denen über das Jüchtigungsrecht der Oberlehrer verhandelt worden ist. In einer solchen Konferenz habe es sich herausgestellt, daß eine allgemeine Unterscheidung über die Grenzen des Jüchtigungsrechts des Oberlehrers herrsche.

Staatsanwalt Riee führte u. a. aus: Die hier in Frage stehenden Jüchtigungen seien nach dem Allgemeinen Landrecht zu beurteilen. Der II. Teil des Allg. L.R. enthält nur Bestimmungen über die Schulzucht in den Elementar- und Gemeindefschulen und bezieht sich nicht mit den höheren Schulen. Man darf aber daraus nicht den Schluß ziehen, daß nur für die höheren Schulen die Jüchtigung als Iudicium der Lehrer gelassen werden solle. Mit dem Reichsgericht müsse daran festgehalten werden, daß eine körperliche Jüchtigung sich in den Grenzen einer mäßigen und vernünftigen Schulzucht halten und durch die konkrete Sachlage gerechtfertigt erscheinen müsse. Oberfeigen gegen Untersekundaner stimmen mit einer vernünftigen Schulzucht nicht überein. Junge Leute, die mit „Sie“ angesprochen werden und eine den Erwachsenen entsprechende Behandlung im allgemeinen erfahren, und ferner im Nebengangsstudium sich befinden, wo die Empfindlichkeit besonders fein ausgebildet ist, müssen vom pädagogischen Standpunkt mit großer Vorsicht behandelt werden. Es könnte ja einmal ein Ausnahmefall vorkommen, wo der Lehrer gezwungen ist in der Notwehr zu einer körperlichen Jüchtigung überzugehen. Hier liegt der Fall aber doch nicht so, sondern es handelt sich um eine Unbillmäßigkeit eines Schülers, wie sie doch in dem Rahmen des Üblichen liege. Der Angeklagte sei über die Grenzen einer vernünftigen Schulzucht weit hinausgegangen, er habe sich von seinem Temperament hinreichend lassen und sich der Körperverletzung im Amt schuldig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Balkow machte geltend, daß der Angeklagte von dem Inhalt der Verordnung und der Unwendbarkeit der Strafgesetze nichts gewußt habe. Er habe also das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht gehabt. Eventuell würde nur eine geringe Geldstrafe am Plage sein, denn eine Freiheitsstrafe würde dem Angeklagten den Lebensabend völlig abschneiden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung im Amt in zwei Fällen zu 100 Geldstrafe evtl. zehn Tage Gefängnis. In der Begründung hieß es u. a.: Daß Matthäus nicht aufgepaßt hat und den Tadel verdient, könne in keiner Weise festgestellt werden. Es sei erklärlich, daß der Verlorene sich im Äger über den ungeredeten Tadel nicht so vernommen haben könnte, wie er sollte und es sei nicht gerechtfertigt, daß der Angeklagte eine Disziplinarstrafe auf die andere häufte. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts müssen solche Jüchtigungen nach der konkreten Sachlage des Einzelfalles und nach den Grundregeln einer mäßigen und vernünftigen Schulzucht beurteilt werden. Diese habe der Angeklagte durch sein eigentlich kaum verständliches Benehmen weit überschritten. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit habe er gehabt, er habe in vollem Bewußtsein gehandelt. Zweifelloß habe er sich in seiner Verweigerung gekränkt gefühlt und Rache nehmen wollen. Er habe wissen müssen, daß ein Sekundaner doch anders zu behandeln ist, wie ein Schüler niedriger Klassen. Nach Ansicht des Gerichts sind die Fälle aber nicht dazu angetan, auf Gefängnisstrafe zu erkennen, welche den Angeklagten, der leicht verletzbarer Natur ist und es nur an der nötigen Selbstbeherrschung habe fehlen lassen, für immer im Lehramte unzulässig machen würde. Deshalb sei, wie gefordert, erkannt.

### Das auffallendste aus der Verhandlung ist das Gutachten

des Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums. Danach sind also vom preussischen Kultusministerium Instruktionen, die geeignet gewesen wären, Jüchtigungen einzudämmen, a u s Furcht vor strafrechtlicher Ahndung der übermäßig jüchtigen Lehrer aufgehoben. Andere, auch deutsche Länder besitzen derartige Instruktionen, die unter anderem jeden Schlag gegen den Kopf und das Gesicht mit Recht jedem Schüler gegenüber, auch dem der Volksschule, verbieten. Ein Lehrer, der solche Schläge vornimmt, mißhandelt und erweist sich unfähig zur Erziehung. Preußens Volksschulwesen steht auf einer so tiefen Stufe, daß leider in der Volksschule die größten Mißhandlungen gang und gäbe sind und deren Urheber leider in der Regel durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts dem Strafrichter entzogen werden. Nicht die Frage, ob der Angeklagte zu bestrafen war, sondern die, wann endlich die schmachvolle Prügelpädagogik aus den preussischen Volksschulen schwinden wird, ist das die Allgemeinheit interessierende. Kein Staat dürfte einen gleichen Verteidiger der Prügelpädagogik aufzuweisen haben, wie es die oberste Schulbehörde in Preußen nach dem abgegebenen Gutachten ist. Sie hat dadurch von neuem bewiesen, daß von ihr leider nicht die Förderung der Ausbildung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten der der Schule anvertrauten Kinder zu erwarten ist, sondern die Förderung der Knechtseligkeit von Kindern und der Robheit von Lehrern.

### Verein ehemaliger Berliner (Abteilung B). Heute abend 6 Uhr

bei Borchert, Brunnstr. 3. Gäste willkommen.

Der Verein der sozialistischen Partei (genannt P. S. S.) hält heute abend 8 Uhr im Lokale des Genossen K u m a c z e w s k i, Stallstraße 63, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Gäste sind willkommen.

### Kunstler Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über

den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag, 19. November, Markttag, Geschäft allg. Preise unverändert. Bild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Vieh: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beständig. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise zum Teil etwas ansehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas reger, Preise fast unverändert.

### Witterungsübericht vom 17. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 0-10 m	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. 0-10 m
Emmende	765	0	0	0	3	Darabanda	746	III	0	0	3
Kandara	764	0	0	0	3	Petersburg	755	0	0	0	3
Berlin	767	0	0	0	3	Seibitz	771	0	0	0	3
Frankfurt	769	0	0	0	3	Übersee	759	0	0	0	3
München	770	0	0	0	3	Barts	780	0	0	0	3
Wien	775	0	0	0	3						

Wetterprognose für Mittwoh, den 18. November 1908.

Etwas wärmer, veränderlich, etwas wolfig mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden.



# A. WERTHEIM

## PORZELLAN

<i>Weiss</i>		Teekannen	35 Pf.
Speiseteller	def 18 Pf., hoch 12 Pf.	Milchtöpfe 6, 10 Pf.	Tassen 10 Pf.
Dessertteller	8 Pf.	<i>Bunt</i>	
Kompotteller	6 Pf.	Tassen	20, 23, 25, 32 Pf.
Bratenschüsseln	oval 20 bis 75 Pf.	Dessertteller	10, 12, 15, 18 Pf.
Terrinen	1.50	Kuchenteller	35, 58 Pf.
Kartoffelnäpfe	60, 75 Pf.	Kabarette 2-teilig	1 Mk.
Saucieren	40 Pf.	Butterdosen	38, 55, 95 Pf.
Salatieren	18 bis 45 Pf.	Satztöpfe 3 Stck. 40, 6 Stck. 95 Pf., 1.50	
Salz- u. Pfeffergefäße	5 Pf.	Handleuchter	22 Pf.
Kaffeekannen	45 Pf.	Konfektschalen	28 Pf.

Kaffeesevice  $\frac{\text{für 2 Personen}}{1.35, \text{ mit Tablett}}$   $\frac{\text{für 2 Personen}}{2.40, 9 \text{ teilig}}$   $\frac{\text{für 6 Personen}}{2.50 \text{ bis } 4.75}$

Tafelservice  $\frac{\text{für 12 Personen}}{30 \text{ teilig } 23, 26 \text{ Mk. teilig}}$   $\frac{\text{für 12 Personen}}{60 \text{ teilig } 49 \text{ Mk. teilig}}$   $\frac{\text{für 12 Personen}}{78 \text{ teilig } 62, 66 \text{ Mk.}}$

<i>Ein</i>	}	Flache Speiseteller	Dtz. 70 Pf.
<i>Posten</i>		Dessertteller	Dtz. 50 Pf.
<i>Steingut</i>		Kleine Schüsseln	Dtz. 25 Pf.

## STEINGUT

Speiseteller	blau Zwiebelmuster, tief und flach	10 Pf.	Handleuchter	28 Pf.
Dessertteller	blau Zwiebelmuster	9 Pf.	Salat-u. Kompottschüsseln	5 b. 30 Pf.
Kompotteller	blau Zwiebelmuster	8 Pf.	Küchengarituren	22 teilig 16.50
Satz-Salatieren	6 Stück, weiss	95 Pf.	Teekannen	dekoriert, engliach 80 Pf. bis 1.25
Satz-Salatieren	6 Stück, blau	1.40	Milchtöpfe	dekoriert 45 Pf. bis 1 Mk.
Satz-Töpfe	dekoriert, 6 Stück	1.35	Zuckerschalen	dekoriert 75 Pf.
Majolika-Obstteller		8 Pf.	Zuckerdosen	dekoriert 1.20
Kaffeetassen	weiss	10 Pf.	Teekannen	glatt, schwarz 45 bis 70 Pf.
			Tassen	glatt, schwarz 25 Pf.

### Ein Posten Wasch-Garnituren

Steingut, dekoriert, grosse moderne Formen  
5 teilig 4.90, 5 teilig dekoriert 6.50, 6.90 Mk.

Weiss Porzellan grosse Kanne und Schüssel 1.75 Mk.  
Kindergarnituren bunt oder mit Gold dekoriert 3.25 Mk.

## GLASWAREN

Salat- und Kompottschalen	geschliffen 25, 48, 60, 75, 85 Pf.	Rumflaschen	geschliffen 28, 55 Pf.
Kompotteller	geschliffen 18, 22 Pf.	Sturzflaschen	geschliffen 38, 45 Pf.
Bierbecher	mit Goldrand 7, 10 Pf.	Käseglocken	geschliffen 80 Pf., 1.25
Bierbecher	mit Bordüre 12, 20 Pf.	Ein Posten bemalter Bowlen	mit 6 Gläsern 2.90
Teebecher	mit Bordüre 12 Pf.	mit 12 Gläsern 4 Mk.	
Wasserbecher	gepresst 5, 6 Pf.	Ein Posten glatter Kristall-Gläser	
Wasserbecher	geschliffen 18 Pf.	Rotwein-Kelche	28 Pf.
Groggläser	gepresst 11 Pf.	Bowlen-Kelche	30 Pf.
Groggläser	geschliffen 22 Pf.	Römer-Kelche	55 Pf.
Römer	18, 25, 33, 38, 45 Pf.	Bierbecher	25 Pf.

Ein Posten gravierter Kristall-Trinkgläser mit geschliffenem Stiel	
Rotwein-Gläser	48 Pf.
Madeira-Gläser	40 Pf.
Likör-Gläser	36 Pf.
Bowlen-Gläser	50 Pf.
Selterbecher (Sektbecher)	25 Pf.
Biertulpen	60 Pf.
Ein grosser Restposten	
Kompott- u. Salatschüsseln	gutes Fabrikat, zu besonders billigen Preisen.

Pressglas „Gloria“ Diamantschliff-imitation	
Salatieren	rund 20 bis 50 Pf.
Salatieren	schlg 14 bis 57 Pf.
Salatieren	oval 25, 42, 50 Pf.
Kuchenteller	20, 35, 50 Pf.
Kompotteller	6 und 7 Pf.
Konfektschalen	mit Fuss 60 Pf.
Konfekteller	eckig 45 Pf.
Fruchtschalen	mit Fuss 1.35
Zuckerschalen	18, 23 Pf.

## EMAILLIERTE GESCHIRRE

Schmortöpfe	ohne Ring 6 Grössen 45 Pf. bis 1.20	Bratpfannen	rund 4 Grössen 50 bis 90 Pf.	Menagen	3 teilig, mit Bügel 4 Gröss. 1.75 bis 3 Mk.
Schmortöpfe	mit Ring 5 Grössen 65 Pf. bis 1.35	Fischkocher	oval 4 Grössen 2.25 bis 5.25	Tassen mit Untertassen	Paar 30 Pf.
Kasserollen	ohne Ring 6 Grössen 28 bis 90 Pf.	Teller	hoch und tief 3 Grössen 15 bis 24 Pf.	Salz- u. Mehlkonsolen	hellblau 1.20, marmor. 1.40
Kasserollen	mit Ring 5 Grössen 65 Pf. bis 1.10	Bratenschüsseln	5 Grössen 40 Pf. bis 1.75	Marktkörbe	1.90
Gaskochertöpfe	m. Deck. 4 Grössen 90 Pf. bis 1.50	Gemüeschüsseln	10 Grössen 20 Pf. bis 1.10	Seifnäpfe	12, 15, 25 Pf.
Wasserkessel	für Gas 6 Grössen 60 Pf. bis 1.50	Kuchenschüsseln	def 8 Grössen 50 Pf. bis 1.20	Toiletteneimer	mit Deckel, 4 Grössen 2 Mk. bis 3.25
Wasserkessel	mit Absatz 4 Grössen 90 Pf. bis 1.75	Schüsseln	hoch 15 bis 90 Pf.	Wannen	oval 5 Grössen 1.60 bis 4.25
Bratpfannen	lang 6 Grössen 1.30 bis 2.60	Näpfe	3 Grössen 20 bis 32 Pf.	Wassereimer	Durchm. ca. 28 cm grau 65, hellblau 85 Pf.

Ein Posten Ofenvorsetzer in verschiedenen Ausführungen, 8 Sorten 1.25 bis 10 Mk.

In der Lebensmittel-Abteilung: **Ananas** Pfund **63** Pf.

IN DIESER WOCHE

# SPIELWAREN-AUSSTELLUNG



### Berlin beim Erlaß der Städteordnung von 1808.

Durch die preussische Städteordnung vom 10. November 1808, deren Hundertjahrfeier in diesen Tagen begangen wird, wurde für die ganze Monarchie Preußen die Verwaltung der Städte neu geordnet. Die damals für die Städte bestehenden Verwaltungszustände, denen durch die Einführung einer neuen Städteverfassung ein Ende gemacht werden sollte, waren von ganz besonderer Art in der Landeshauptstadt Berlin. Eine eingehende Darstellung hierüber finden wir in der Festschrift „Die Städteordnung von 1808 und die Stadt Berlin“, die im Auftrage des Magistrats vom Stadtarchivar Dr. Clauswitz zur Hundertjahrfeier herausgegeben worden ist.

Berlin hatte im wesentlichen die aus alter Zeit übernommene Verfassung der märkischen Städte gehabt, die hienieden von dem entfernt war, was man heute Selbstverwaltung nennt. Die Vertretung der Stadt war der Magistrat, er war selbständig gegenüber der Bürgerschaft, verwaltete allein die Angelegenheiten der Stadt und ergänzte sich durch eigene Wahl. Es gab keine etwa aus Wahlen der gesamten Bürgerschaft hervorgegangene Vertretung, die neben dem Magistrat bestanden und ihm gegenüber gestanden hätte. Die Ränke, die damalige politische Organisation der Bürgerschaft, wurden vom Magistrat nur befragt, wenn es ihm paßte. Allmählich mußten aber die Stadtmagistrate sich in ihrer Selbständigkeit immer mehr beschränken lassen, nicht etwa durch die Bürgerschaft, sondern durch die Landesregierung, die ihnen ihre Rechte zu kürzen suchte und oft sogar selber die Magistratsmitglieder ernannte. Am weitesten gingen diese Beschränkungen in Berlin, und hier waren sie auch am erfolgreichsten. Der „Vorzug“ Berlins, Landeshauptstadt zu sein, führte dazu, daß die Landesherren den Magistrat ihrer Residenz seiner wertvollsten Rechte beraubten. Wichtige Zweige der Gemeindegewalt blieben den Staatsbehörden vorbehalten, der Magistrat war zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, und die von der Teilnahme an der Verwaltung ohnedies ausgeschlossen Bürgerschaft stand hier den Angelegenheiten der Kommune vielleicht noch gleichgültiger als in anderen Städten Preußens gegenüber.

In diesem Zustand befand sich die Verwaltung von Berlin bei dem Zusammenbruch der preussischen Monarchie im Jahre 1806. Als dann Ende Oktober Napoleon in Berlin eingezogen war und vor ihm die Staatsbehörden das Hofenpanier ergrieffen hatten, stand die Bevölkerung Berlins, die daran gewöhnt war, in all ihren Angelegenheiten von „oben“ bevormundet zu werden, hilflos da. In der Eile war eine Reorganisation des Magistrats versucht worden, man hatte ihn durch Hilfskräfte aus Mitgliedern höherer Staatsbehörden erweitert, in seine Hände wurde die ganze obrigkeitliche Gewalt gelegt, und die meisten der ihm vorerhaltenen Zweige der Gemeindegewalt wurden ihm zurückgegeben. Doch Napoleon hatte sich vorgenommen, der von ihrem König im Stiche gelassenen Landeshauptstadt eine neue und besondere Verfassung zu geben. Der Magistrat mußte 2000 der wohlhabendsten Bürger benennen, diese hatten aus ihrer Mitte 60 Personen zu wählen, die die Generalverwaltungsbefugnisse der Stadt bilden sollten, und auf diesen wieder wurden 7 Personen ausgewählt, die die eigentlichen Verwalter der Stadt waren. Der Ausschuss der Sieben sollte in wichtigen Angelegenheiten mit dem Rat der Sechzig beraten, es ist aber niemals hierzu gekommen. Die Einwohnerschaft oder vielmehr nur die wohlhabendere Klasse der Bevölkerung hätte schon damals in dem Rat der Sechzig so etwas wie eine Bürgervertretung

haben können, durch die sie an der Gemeindegewalt teilnehmen durfte, aber das blieb eine Bestimmung auf dem Papier. Die neue Verwaltungsbehörde wurde Comité administratif genannt. Ihre Hauptaufgabe war freilich die, zur Befriedigung der maßlosen Ansprüche des Eroberers die Gelder herbeizuschaffen. Daneben nahmen auch die Mitglieder des alten Magistrats noch an der Verwaltung teil und erledigten weiter ihre früheren Geschäfte, um die das Comité administratif sich wenig kümmerte, das Kammerwesen, die Gewerksachen usw. Ueber zwei Jahre amtierte diese von Napoleon geschaffene Behörde. Als dann im November 1808 der Erlaß der Städteordnung kam, schickten die Franzosen sich eben an, die Stadt zu räumen, die in den zwei Jahren unter dem Druck der kaum erschwinglichen Kontributionen gesenkt hatte und eine ungeheure Schuldenlast hatte aufhäufen müssen. Das Comité administratif bestand zunächst auch weiter, es nannte sich aber jetzt „Stadtverwaltungsbehörde“. Es löste sich erst auf, als im Frühjahr 1809 mit der Einführung der neuen Städteordnung die Reorganisation der Gemeindebehörden sich vollzog.

Auch ohne den Erlaß dieser Städteordnung wäre es schwer zu denken gewesen, daß man in Berlin die frühere Städteverfassung wieder einzuführen versucht hätte. Im Jahre 1805 hatte Berlin 155 706 Einwohner (ohne das Militär) gehabt, darunter waren aber nur 12 862 „Bürger“. Sollte der damalige Unterschied zwischen „Bürgern“ und „Ermierten“ (Adel, Beamtentum, Angehörigen der französischen Kolonie, Privilegierten aller Art, die sich der Bürgerpflicht entziehen durften) zurückkehren? Unter der Verwaltung des Comité administratif war dieser Unterschied verschwunden, alle Einwohner Berlins hatten gleichmäßig nach ihren Kräften die Lasten tragen und sich den Anordnungen der Stadtbehörden fügen müssen. Gerade in Berlin mußte der Entschluß, durch eine neue Städteordnung die gesamte Bevölkerung zur Mitarbeit an der Verwaltung der Städte heranzuziehen, als eine Notwendigkeit erkannt werden.

Die Einführung vollzog sich natürlich nicht ohne Schwierigkeiten. Schon die Aufgabe, für die Wahl der nun neben dem Magistrat zu schaffenden Stadtverordnetenversammlung die fähigen Bürger nach Maßgabe der neuen Bestimmungen festzustellen, war nicht ganz einfach. Die Stimmberechtigung nichtangehender Bürger war in Berlin an den Nachweis eines Reineinkommens von jährlich 200 Talern gebunden, die Ermittlungen hierüber ließen bei der Kürze der Zeit sich nur mangelhaft ausführen. Von der Selbstverwaltung der Stadt durch die gesamte Bürgerschaft, die durch die neue Städteordnung angebahnt werden sollte, blieb — wie man sieht — die Unbemittelten ausgeschlossen. Doch hatte die Städteordnung von 1808 vor der heute geltenden von 1853 immer noch das voraus, daß sie die Einteilung der Wählererschaft in drei Klassen nach Maßgabe ihrer Steuerleistung nicht kannte. Viel Nähe wurde verursacht durch die erstmalige Berechnung des ganzen Stadtgebietes in 102 Wahlbezirke; schon damals wurde für Berlin die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten auf 102 bemessen, und sie blieb so bis nach der im Jahre 1861 vorgenommenen Erweiterung des Stadtgebietes. Der Wahl mußte eine gottesdienstliche Handlung vorausgehen, so wollte es die Städteordnung. Das wurde so aufgeführt, daß die Wahl überhaupt in die Kirchen zu verlegen sei. Da in Berlin damals nur 23 Kirchen vorhanden waren, so mußte fünf Tage hindurch gewählt werden, bis jeder der 102 Bezirke seine Wahl vollzogen hatte. Vor der Wahl wurden die Glocken geläutet, und an den Kirchentüren standen Bürgergarbisten — zur Erhöhung der Feierlichkeit. Die Beteiligung an der ersten Wahl soll sehr groß gewesen sein, doch fehlen zahlenmäßige Nachweise hierüber.

Die erste Stadtverordnetenversammlung fand statt am

25. April 1809 im damaligen Palais des Prinzen Heinrich, dem jetzigen Heim der Universität. Nachdem dann von den Stadtverordneten der neue Magistrat gewählt worden war, wurden am 6. Juli 1809 Magistrat und Stadtverordnete in einem besonderen Festakt, der in der Nikolaikirche sich abspielte, in ihr Amt eingeführt.

### Resultate der Betriebszählung in Preußen 1907.

Die amtliche „Statist. Korresp.“ veröffentlicht die Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Auch diese Betriebszählung ist, ebenso wie die früheren, keine Statistik der gewerblichen Unternehmungen, sondern eine Statistik der Betriebe in dem Sinne, daß jeder selbständige oder vom Unternehmer als solcher angegebene Teilbetrieb einer gewerblichen Unternehmung als Betrieb gezählt worden ist. Dementsprechend muß die Steigerung der mitgeteilten Betriebe nicht als absolute Steigerung, sondern im Sinne der gewerblichen Konzentration verstanden werden.

Festgestellt wurden am 12. Juni 1907 2 201 366 Betriebe mit 8 332 912 am Zählungstage gewerblich tätigen Personen. Dieselben Feststellungen ergaben 1895 1 900 250 Betriebe mit 5 815 543 Personen. Die Steigerung der Betriebe betrug von 1892—1905 1,79 Proz.; 1895—1907 10,60 Proz. Die Personenzahl stieg im ersten Zeitraum um 37,67 Proz., im zweiten um 43,29 Proz.!

Bedenklicherweise ist die Steigerungszahl nicht ganz korrekt ausgedrückt, weil die formalstatistische Veränderung der Zählung die Ziffern etwas beeinflusst hat. Trotzdem bleibt die rasche Steigerung besonders der im Gewerbe tätigen Personen im Verhältnis zu der der Betriebe als wirtschaftliche Ursache bestehen. Es zeigt die Entwicklung der Gewerbe zum Großbetriebe.

Die Gewerbebetriebe zerfallen statistisch in Haupt- und Nebenbetriebe. Für diese Unterscheidung ist nicht die Beschaffenheit und der Umfang des Betriebes maßgebend, sondern lediglich das Vorhandensein von Personen. Zur Vermeidung mehrfacher Zählung kann eine in mehreren zusammenhängenden Betrieben tätige Person nur einmal da gezählt werden, wo sie hauptsächlich tätig ist. Die Hauptbetriebe haben sich von 1895—1907 um 8,73 Prozent vermehrt, dagegen die Nebenbetriebe um 23,88 Proz. Darin drückt sich wohl hauptsächlich die Konzentrierung aus, die eine „vorindustrielle“ genannt werden kann und darin besteht, daß insbesondere in den kleineren und mittleren Städten zahlreiche Kleinbetriebe sich ein Nebengewerbe angliedern, nebenbei ein Verkaufsgeschäft unterhalten usw. Die eigentliche „industrielle“ Konzentration drückt sich darin aus, daß die Zahl der Kleinbetriebe (das heißt Betriebe ohne Hilfspersonen oder Motoren) von 951 642 (1895) auf 784 197 (1907), also um 17,60 Proz. gesunken, während die Zahl der Mithilfsbetriebe, Maschinen- und Motorenbetriebe von 791 694 auf 1 111 800, also um 40,37 Proz. gestiegen ist!

Sehr unterschiedlich ist der Wechsel der Zahl der Kleinbetriebe in der Berichtsperiode für die einzelnen Industrien. So ist besonders die Textilindustrie, an der schon Marx die industrielle Revolution nachwies, in ihren Ergebnissen beachtenswert. Die Zahl der Kleinbetriebe ging von 63 629 auf 24 217, also um 62 Proz. zurück, die Zahl der Beschäftigten stieg von 441 885 auf 445 452, um 0,81 Proz. Als Ursache kommt dabei in erster Linie in Frage, daß es gerade die Textilindustrie ist, die ihre riesige Produktionssteigerung den die menschlichen Handreichungen vervielfältigenden Maschinen zu verdanken hat.

Die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Zelle, Seifen, Oele und Firnisse verringerte die Zahl ihrer Kleinbetriebe

weiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu einem großen Bruderbunde zu vereinigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung.

Das klingt ja einigermassen „doktrinär“, aber nur deshalb, weil es der zusammenschließende Schlußsatz des „motivierten Votums“ war und solche zusammenschließende Schlußsätze, aus dem Zusammenhang gerissen, immer etwas „doktrinär“ erscheinen. Die entscheidenden Sätze der Erklärung aber lauteten:

Der gegenwärtige Krieg ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse der Dynastie Bonapartes, wie der Krieg von 1870 im Interesse der Dynastie Hohenzollern. Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil das ein Vertrauensvotum für die preussische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebenfalls können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften Politik Bonapartes aufgefaßt werden.

Diese Sätze unterschlägt Herr v. Gerlach, was zwar nicht christlich, aber begreiflich ist. Denn da heute allgemein bekannt ist, wer den Krieg von 1870/71 angezettelt hat, so könnten am Ende auch die liberalen Philister, für die Herr v. Gerlach schreibt, aus ihnen erkennen, was es mit der „nationalen Würdigkeit“ auf sich gehabt hat.

Den Gipfel der Schrift bildet das Kapitel: *Webel in Dresden*. Herr v. Gerlach erzählt, wie die Partei in eine tiefere Tiefe geschmettert worden, als durch den Parteitag in Dresden, und der Hauptschuldige an diesem jähen Sturz von ragender Höhe in dunkle Tiefe sei Webel. Er sei sehr geschickt bearbeitet worden; man habe ihn „sachlich scharf gemacht“ durch den Hinweis auf die revisionistische Mehrheit in der neuen Reichstagsfraktion, dazu sei „informativ persönliche Hezerie“ gekommen, die sich gegen Wolfgang seine gerichtet habe, so habe Webel Georg Bernhardt, Ely Braun, Bruno Vorhards, Paul Köhne abgeschlachtet, nicht sachlich kritisiert, sondern persönlich verunglimpft, kein gemacht, verächtlich, in den Schmutz gezogen, die Parteileitung in eine Art Naserei versetzt, die radikalen Instinkte der Unteroffiziere der Partei gegen ihre Generale entfesselt, den größten Parteistandal angezündet, den die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte je erlebt habe, alles aber zu dem Zwecke, die Taktik der Partei durch den Parteitag festlegen zu lassen.

Diese Darstellung ist wieder nicht christlich, aber begreiflich ist auch sie. Herr v. Gerlach probiert in der unqualifizierbarsten Weise, weil er dadurch am ehesten eine Nichtbilligung hervorzurufen hofft, die nach seiner Meinung den Zweck seiner Schrift, Bänkereien in der Partei herbeizuführen, erfüllen könnte. Aber er hat die Karten zu die aufgetragen, als daß es nicht genügen sollte, sein Pamphlet niedriger zu hängen, dessen einziger Verdienst darin besteht, die Frage anzupopen, ob das Bündnis der andernhalb Demokraten à la Gerlach wirklich solcher zwar unschädlichen aber ökonomisch und politisch gleich häßlichen Attentate auf die Einheit der Partei wert sei.

F. M.

### Ein mißglückter Versuch.

Herr v. Gerlach ist ein geschickter Tagesjournalist, vielleicht sogar der geschickteste, den die bürgerliche Presse augenblicklich besitzt. Aber zum Biographen und Historiker hat ihn Gott nur in seinem Borne geschaffen. Und indem er nach Vorbeeren trodelt, die für ihn unerreichbar sind, hört er auf, ein geschickter Tagesjournalist zu sein. Sein „biographisches Essay“ ist nichts als ein plumper Versuch, Bänkereien innerhalb der Partei anzustiften, was ihm nun freilich nicht gelingen wird.

Herr v. Gerlach beginnt damit, *Webel als Bourgeois* zu schildern. Um sich von vornherein als überlegenen Historiker zu legitimieren, hebt er seine Geschichtsliteratur an wie folgt: „August Webel wurde am 22. Februar 1840 als der Sohn eines Unteroffiziers geboren. Sein Vater stammte aus Ostrowo in der Provinz Posen, war aber kein Pole, wie Wehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie irrtümlich annimmt, sondern gehörte einer aus Süddeutschland eingewanderten Familie an.“ Nun hat Wehring allerdings in der ersten Auflage seiner Geschichte Webers Vater einen „geborenen Polen“ genannt, irrig geleitet durch biographische Notizen über Webel, die Guido Weich seinerzeit in der „Wage“ veröffentlicht hat, von denen Wehring annahm, daß sie von Webel selbst herrührten. Aber in den späteren Auflagen seines Buches hat Wehring das Irrtum längst berichtigt, was Herrn v. Gerlach so wenig hindert, nach jetzt das Versehen zu korrigieren, wie es ihn hindert, die nächsten Seiten seines „biographischen Essays“ aus Wehring abzuschreiben, ohne die „irrtümliche“ Quelle seiner Weisheit zu nennen.

Nach charakteristischer Offenheit sich das Quellenstudium des Herrn v. Gerlach an einer anderen Stelle. Vor langen Jahren hat einmal Genosse Depner in der „Neuen Zeit“ einen kleinen Scherz veröffentlicht, worin er unter anderem erzählt, wie Liebknechts ältestes Baby Theodor durch sein mächtiges Stimmorgan die Redaktion des „Vollstaates“ gestört habe, die sich in Liebknechts Wohnung befand. Herr v. Gerlach hält es für angezeigt, Depners Scherz wörtlich in seine 64 breitgedruckten Seiten aufzunehmen, nur daß er aus Liebknechts ältestem Baby Theodor das älteste Baby Karl macht. An sich ist die Sache natürlich völlig gleichgültig, aber sie kennzeichnet den bürgerlichen Journalisten, der immer „plänt“ sein muß und selbst ein Attentat auf die Naturgesetze nicht verschmäht, weil heute der Name Karl Liebknechts mehr in den Mäulern der Philister ist, als der Name Theodor Liebknechts.

Somit über den Quellenforscher Gerlach. Sein Eigenstes dagegen ist sein Bemühen, den Genossen Webel als einen „prachtvollen Kerl“ zu schildern, der immer aus praktische gerichtet sei, und zugleich als einen unheilbaren Konfusionsrat, der niemals wisse, was er wolle. „Was er heute zum Teufel wünscht, das erhebt er nach ein paar Jahren in den Himmel. Den einen Tag tritt er auf als der doktrinäre Marxist reinsten Wassers, und den nächsten

Tag huldigt er so goldiger, praktischer Weisheit, daß ihm jeder Revisionist den Vrudertuh aufdrücken kann.“ Das kommt aber davon, daß Webel bei „seiner doch immerhin nur mittelmäßigen wissenschaftlichen Durchbildung“ theoretisch nie er selbst gewesen ist, sondern immer in der Wanne fremder Meinungen gestanden hat. Wer ihm als der korrekteste Interpret des Marxismus erscheint, der ist seine Autorität. Einst war es Liebknecht. Jetzt ist es Kautsky.

Wir müssen es natürlich dem Genossen Kautsky überlassen, falls er es für nötig halten sollte, sich mit diesem angenehmen Widerspruch abzusindem. Hier nur ein paar Worte über Liebknecht, der ja leider nicht mehr selbst sprechen kann. Ohne den unvergeßlichen Verdiensten des Alten irgendwie zuzuhilfen zu treten, so muß doch gesagt werden, daß er am Ende der 60er Jahre durch die „Geschlossenheit“ seines wirtschaftlich-politischen Systems unmöglich den jüngeren Webel in den Vann fremder Meinungen gezwungen haben kann. Im „Demokratischen Wochenblatt“ und im „Vollstaats“ wurde der Marxismus keineswegs in „doktrinärer“ Form vertreten, ganz im Gegenteil! Herr v. Gerlach selbst weiß auf derselben Seite zu erzählen, daß Liebknecht, „überzeugter Marxist und theoretischer Revolutionär“, doch nicht „mit der Tür ins Haus gefallen sei“, was dann freilich nach der anderen Seite hin reichlich schief ausgeht.

Sicherlich hat Webel — und er selbst wird es am wenigsten bestreiten — von Liebknecht gelernt, ebenso wie von Kautsky, ebenso wie von Marx, Engels, Lassalle und anderen. Aber seine theoretische Bildung hat er sich durchaus selbstständig erworben, was jedem in die Augen springt, der mit einigem Fleiß und einigem Verstande Webels geistigen Entwicklungsgang verfolgt. Wenn Herr v. Gerlach Webels erste Schrift: *Unsere Ziele* „den ins Weibliche übersehene Lassalle“ nennt, so war sie vielmehr, wenn man sich der Gerlachischen Ausdrucksweise bedienen will, der „ins Weibliche übersehene Lassalle“, und gerade von Lassalle wollte Liebknecht nie viel wissen. Geradezu grotesk wird Herr v. Gerlach, wenn er behauptet, Webel habe es im Sommer 1870 der nationalen „Würdigkeit“ Liebknechts gleichzutun wollen und sich deshalb bei der Beratung der Kriegsanleihe der Abstimmung enthalten. Tatsächlich wollte Liebknecht die Kriegsanleihe verweigern, was auch vollkommen berechtigt und keine nationale „Würdigkeit“, sondern Wahrung der nationalen Ehre gewesen wäre, wenn man damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, daß nämlich Bismarck die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern in freivolster Weise angezettelt hatte. Da aber Bismarck schamlos log, er habe von dieser Thronkandidatur keine Ahnung gehabt und ihm zunächst der Gegenbeweis nicht geführt werden konnte, so siehe gerade Webel die Stimmhaltung durch.

Um nun diese ehrenvolle Tat zu verkleinern und sie als einen Ausfluß nationaler „Würdigkeit“ darzustellen, in der Webel mit Liebknecht zu weitersuchen gesucht habe, teilt Herr v. Gerlach das motivierte Votum, das beide zu den Akten gaben, in folgender Form mit:

Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Ar-

H. v. Gerlach: August Webel. Ein biographisches Essay. Erstes bis fünftes Tausend. Albert Langen, Verlag für Literatur und Kunst, München 1900. 64 Seiten. Preis 60 Pf.











# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Lebensmittel

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend  
Soweit Vorrat

Cervelatwurst Pfd. 1.10	in Fett-darm Pfd. 1.25	Leberwurst ff. .... Pfund 1.00	Rotwurst I ..... Pfund 80 Pf.
Salamiwurst ..... Pfund 1.10		Landleberwurst ..... Pfund 85 Pf.	Rotwurst II ..... Pfund 48 Pf.
Teewurst ..... Pfund 1.20		Zwiebelleberwurst Pfund 48 Pf.	Schinkenspeck ..... Pfund 1.00
Thür. Knoblauchwurst Pfd. 1.10		Mettwurst Braunschweiger Art... Pfund 95 Pf.	Nuss-Schinken ..... Pfund 1.15

**Deutscher Kakao**  
..... Pfund 80 Pf.

**Leber- od. Blutwurst** Hildesheimer Art ..... Pfund 70 Pf.

Kognak ..... 1/2 Flasche 1.00, 1.50	Sortierte Tafel-Liköre ca. 1/2 Ltr. Flasche 68 Pf.
Rum Verschnitt ..... 1/2 Flasche 1.00, 1.50	Halb u. Halb ..... Flasche 95 Pf.
Suppenhühner Stück 1.75, 1.95	Zucker ..... 5 Pfund 98 Pf.

**Kaffee**  
Mischung I II III IV  
Pfund 80, 95, 1.10, 1.30

## Kasseler Rippespeer Pfund 75 Pf.

**Schweizer Käse** Pfd. 70 Pf.  
**Tilsiter Käse** ... Pfd. 65 Pf.

**Tafel-Aepfel** 45 Pf.  
..... 5 Pfund

**Gänse** 60, 64 Pf.  
..... Pfund

**Brech- und Schneidebohnen** 28 Pf.  
..... 1/2 Dose

### Hermann Meyer & Co. A.-G.

Wattstraße 11/12.

#### Fabrik feiner Tafelliköre.

**Ermäßigte Preise**  
bei unveränderter vorzüglicher Qualität:

Alpenkräuter	a Fl. M.	0,80
Stoussdorfer	"	0,75
Halb und Halb	"	0,85
Berliner Getreidekummel	"	1,00
Süße Liköre, alle Sorten	"	1,00
Kognak, Rum-, Arak-Verschnitt	"	1,00
Berliner Doppelkummel	"	0,70
Nordhäuser und gemischt	"	0,60
Aromatique	"	1,10
Thorner Lebenstropfen	"	0,90
Meyers feiner Magenbitter	"	1,00
Kluckerflaschen-Liköre	"	0,35
Liköressenzen zur Selbstbereitung	"	0,55
Reiseflaschen	"	0,10

#### Punsch-Extrakte

1/2 Extrakt, 2/3 heißes Wasser geben einen vortrefflichen Punsch.

Glühwein-Extrakt	a Fl. M.	0,90
Rum, Grogk, Rotwein, Schlummerpunsch	"	1,25
Alkoholfreier Punsch	"	1,20

**Feinste Liköre, Punsche und Spirituosen**  
in unübertroffener Qualität entsprechend preiswert.  
Käuflich in allen Geschäften, welche unsere Fabrikate führen.  
11/18\*

### Pelz-Spezial!!!

119 Dresdener Str. 119  
Eckhaus Oranienplatz, Berlin S.

#### Eigene Kürschnererei.

Nur prima Felle in allen Arten stets am Lager.

Echt Nerz-Stola von	40 M. an.
zirka 150 cm lang.	
Echt Skunks-Stola von	25 M. an.
zirka 200 cm lang.	
Echt Tibet-Stola von	7,50 an.
zirka 140 cm lang, schwarz.	

#### Fell-Vorleger.

Ziegenfelle 3 <sup>50</sup>	Katzenfelle 2
4 <sup>50</sup>	Rehfelle 4 <sup>50</sup>

#### Reparaturen

schnell, gut, billig.

Eile zu Weile, 119 Dresdener Str. 119  
Eckhaus Oranienplatz.

# Problem



## „Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185  
Ter u. Invalidenstr. Ter u. Invalidenstr.

Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlen wir allen Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

### Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Pant.-Westen

in allen Größen und Preislagen

sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des Berliner und Charlottenburger Konsum-Vereins und des Arbeiter-Radfahrerbandes.

### An die arbeitende Bevölkerung.

Tausende von Kindern erhalten kein warmes Mittagessen, weil die Mutter außer dem Hause arbeitet, oder weil die Garmahlzeit erst abends gekocht wird, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Die Kinder erhalten mittags meist Kaffee und Brot u. w.

Eine solche Ernährung ist für die Kinder gesundheits-schädlich. Wir verabreichen in unseren

Kinder-Brotkrumen für Kinder im Alter von 2-6 Jahren ein Mittagessen für 5 Pf., sowie für schulpflichtige Kinder ein Mittagessen für 10 Pf.; auch kann das Essen nach Hause geholt werden. Die Anstalten befinden sich: Freilichtstr. 7, Breitenstraße 22, Antonstr. 35, Grünthaler Str. 17, Zwinnmünder Straße 26, Senefelderstr. 3, Wulackstr. 35, Wilhelm-Str. 10, Straße 10, Gubener Str. 13, Forster Str. 51, Wahnmannstraße 11, Gleimstr. 13, Turiner Straße 3, Gubenerstr. 5, Stralauer Platz 7, Grohdörferstr. 23, Markens a 5 Pf. und 10 Pf. sind in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen zu haben, welche auch in den Kinder-Brotkrumen zu erfahren sind. 1899.\*

P. S. Die Kuchen sind, außer an Sonn- und Feiertagen, von 11 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Der Vorstand des Vereins für Kinder-Brotkrumen.  
Hermann Abraham, Vorsitzender.

### Jeder

sich vor Uebervorstellung schützende Übersause sich Unübertroffen elegant aus besten Materialien abse gearbeitet, findet jeder

### Herr

hochvornehm gefertigte Herren-Anzüge für 18-20 M., Herren-Paletots für 18-20 M., Herren-Mäntel für 7-12 M., Herren-Hosen für 7-12 M. Jeder Herr jeden Standes

### lese

unser Angebot ist einzig!! Täglich u. Sonntag geöffnet. Deutsches Versandhaus, 3a-Oranienplatz 23, 1. Truppe

Bausstellen und Landparzellen

R. von 4 Mark an

nahe Bahnh. Fredersdorf

Auskunft täglich im Pavillon am Bahnhof und bei 34912

Nieschalke & Nitsche  
Berlin, Neue Königstr. 16.

Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.  
Ter. Eig. Grund. Gesamt  
1,50, Hofe 1,00, Seite 50 Pf.

Für alle Gewinne bar Geld!

den 23. Novbr. Montag, Ziehung der

Quedlinburger Pferde-

Lotterie

1441 Gew. i. W. v. Mark

26000

Hauptgew. u. 10 Pferde i. W. v. M.

17000

1430 Silbergewinne, W. M.

9000

Lose à 50 Pf. Porto u. Liste 11 St. 5 M. 20 Pf. extra.

in all. Lotterien- u. Zig.-Gesch. sowie  
H. Kulke & Co.  
Berlin C., Münzstr. 1.

### Feinste Kugelgelenkpuppe „Luise“



Eigene, der Firma geschützte Marke. Reizende, liebliche Kindergesichtchen, Perrücken zum kämmen und in natürlichen Haarfarben; formvollendet, haltbar, preiswert, nach jeder Richtung hervorragend!

Einfachere, aber gute Gelenk-Täuflinge in verschiedenen Ausführungen; ebenso Lederhölge zu ausserordentlich niedrigen Preisen.

Im eigenen Atelier besonders gut gearbeitete Wäsche, Kostüme, Hüte in überaus reicher Auswahl zu soliden Preisen.

### Bernhard Keilich

Grösstes Spielwarengeschäft der Welt

Spielwaren- und Puppen-Fabrik

19 Schaufenster

Gr. Hamburgerstr. 21/23, Ecke Oranienburgerstrasse  
beim Mondjougplatz, Bahnhof Börse.





Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Les- und Diskutierabende für die weiblichen Mitglieder der Wahlvereine finden am

Freitag, den 20. November,

in den bekannten Lokalen statt. Wir erwarten zahlreiche Teilnahme der Genossinnen.

Am

Sonntag, den 22. November, von 8 Uhr früh an,

findet die

Flugblattverbreitung zur Gewerbegerichtswahl

in Berlin und den bestimmten Vororten statt.

Da ein großer Teil der Arbeiter, welche in den Vororten wohnen, das Wahlrecht in Berlin ausüben, so ist allseitige Teilnahme der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern an der Verbreitung unbedingte Notwendigkeit!

Als Legitimation gilt Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder des Wahlvereins.

Schöneberg. Am Sonntag, den 22. d. M., mittags 1 Uhr, veranstaltet der Wahlverein in der Urania, Tauentzienstr. 49, eine Sondervorstellung. Zur Aufführung gelangt: „Heber den Brenner bis Benedig“. Billets pro Stück zum Preise von 70 Pf. sind bei dem Genossen L. Hertel, Brunnenstr. 42, und in der Parteidirektion Martin-Luther-Str. 51 zu haben. Die Genossinnen und Genossen wollen sich rechtzeitig damit versehen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute, Mittwoch, den 18. November, nachmittags 3 Uhr, im Saale der Witwe Verage, Friedrichstraße 112: Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Oskar Cohn über: „Die gegenwärtige politische Lage“. Diskussion. Es ist Pflicht der Parteigenossen, zu erscheinen.

Erkner. Die Genossen werden auf die heute (Dienstag) früh stattfindende Stalenderverbreitung aufmerksam gemacht.

Brix-Buckow. Sonnabend, den 21. November, findet bei Koster, Chausseestr. 89, ein Lichtbildervortrag: „Die Freiheitskämpfe in Ostpreußen“ statt. Billets a 30 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Weißensee. Die Genossen werden hiermit auf die heutige Kalenderverbreitung über Land aufmerksam gemacht. Treffpunkt früh 7 Uhr beim Genossen Koglopf, Königshaussee 38.

Tempelhof. Der 3. und 4. Bezirk des Wahlvereins veranstaltet heute (Dienstag), nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Genossen Müller, Berlinstr. 41/42, einen Familien-Unterhaltungsabend. Die Genossen des 1. und 2. Bezirkes machen wir hierauf besonders aufmerksam. Ebenfalls sind alle Berliner Genossen, die heute Tempelhof besuchen, freundlichst eingeladen.

Alt-Glienitz. Am Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Habrecht, Friedrichstr. 2, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kurt Helmig über Arbeiterkassen und Kirche. 2. Diskussion. Am Donnerstag, den 19. November 1908, abends 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt. Zu diesem Zweck haben sich die Parteigenossen bei ihren Bezirksführern einzufinden. Der Vorstand.

Hohen-Schönhausen. Sonnabend, den 21. November, findet der vom Wahlverein veranstaltete Kunstabend unter Leitung der Frau Margarete Ballotte im Lokal von Robert Schulze, Hauptstraße 8 statt. Nach Beendigung des Programms bis 8 Uhr Tanz.

Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, die wenigen Tage noch zu recht reger Agitation für den Kunstabend anzusetzen, um so an dem Gelingen dieser erstmaligen Veranstaltung mit beizutragen.

Nieder-Schönhausen. Am Sonnabend, den 28. November, findet im Lokal Neu-Karlshof ein Lichtbildervortrag des Genossen Roth über „Im Reiche der schwarzen Diamanten“ statt. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein mit Tanz. Billets a 20 Pf. sind in den an Plakaten kenntlichen Stellen und bei den Bezirksführern erhältlich. Der Vorstand.

Potsdam. Der 3. und 4. Bezirk des Wahlvereins findet am heutigen (Dienstag) abends um 7 Uhr in allen Bezirken in den bekannten Lokalen statt.

Spandau. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet Havelstr. 20 eine Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Hirsch über „100 Jahre Reaktion“ referieren wird. Die Sitzung des Gewerkschaftsrates fällt infolge dieser Versammlung aus.

Berliner Nachrichten.

Zusammenstoß auf der Stadtbahn.

In der siebensten Morgenstunde erfolgte gestern auf dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke ein Zusammenstoß zweier Stadtbahnzüge. Fünf Personen erlitten dabei Verletzungen und wurden in die Hilfe der Unfallstation in Anspruch genommen. Auf dem Sädgleis der Stadtbahn trat durch den Unfall eine mehrstündige Betriebsstörung ein. Wir erhalten über den Zusammenstoß die folgenden Mitteilungen:

Auf dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke hielt 6.55 Uhr der Zug 2211 (Alexanderplatz-Nieder-Schöneweide). Als der Zug freie Ausfahrt erhielt, ließ der Lokomotivführer die Maschine anziehen. Raum hatten aber die ersten Wagen die Bahnhofshalle verlassen, als plötzlich das Ausfahrtsignal wieder auf „Halt“ herunterfiel. Die Folge hiervon war, daß der Lokomotivführer sofort wieder bremste und den Zug zum Stehen brachte. In demselben Augenblick näherte von hinten der Zug 1521, der nach Lichtenberg fahren wollte. Ehe der Führer dieses Zuges energisch bremfen konnte, kam es zu einem Zusammenstoß. Durch den Anprall wurden mehrere Wagen aus den Gleisen geworfen. Unter den Passagieren entstand eine Panik. Aus allen Abteilen stürzten Fahrgäste heraus. Die Bahnhofsverwaltung alarmierte sofort einen Rettungszug, da sich nicht vorzusehen ließ, ob viele Personen verletzt waren. Auch die Feuerwehr erhielt unverzüglich Meldung, und bald rückten neun Löschzüge unter Führung des Branddirektors Reichel heran. Wie sich ergab, hatten glücklicherweise nur fünf Personen Verletzungen davongetragen. Vier von ihnen konnten gleich auf dem Bahnhof verbunden werden, während der fünfte Verletzte nach der Unfallstation am Grünen Weg geschafft werden mußte. Die Namen der Verunglückten sind: Johannes Hebbe, Gustav Wolter, Max Pfehler, Richard Streit und Georg Kleinshmidt, der am schwersten verletzt ist, da bei ihm Rippenbrüche festgestellt wurden. Der angerichtete Materialschaden ist nicht allzu bedeutend, da nur wenige Wagen und die Lokomotive des zweiten Zuges beschädigt sind. Die Aufräumungs-

arbeiten nahmen fast drei Stunden in Anspruch. Auf dem Sädgleis konnte erst um 10 Uhr der Verkehr wieder aufgenommen werden. Auf dem Nordgleis verkehrten die Züge unregelmäßig. Durch Anschläge wurde die Störung auf allen Stadtbahnhöfen bekannt gegeben. Der Zusammenstoß ist auf eine Störung im Blocksystem zurückzuführen. Das Ausfahrtsignal ist selbsttätig auf „Halt“ heruntergefallen.

Am 11. d. wird gemeldet: Infolge vorzeitiger Auf-Halt-Stellung des Blocksignals für das Stadtleid auf Jannowitzbrücke fuhr heute vormittags 6 Uhr 55 Min. der von Charlottenburg nach Lichtenberg fahrende Stadtbahnzug 1521 auf den in der Ausfahrt begriffenen Stadtbahnzug 2721. Hierbei entgleisten vom Zuge 2721 der letzte, vom Zuge 1521 drei Wagen mit je einer Achse. Sieben Personen sind leicht verletzt. Die Verletzten sind: Paul Lempert, Postschaffner, Prenzlauer Str. 13; Richard Streit, Schwarzkopffstr. 5; Max Pfehler, Fennstr. 41; Gustav Wolter, Adlerstr. 135; Johann Hebbe, Spandau, Schäferstraße 31; Georg Kleinshmidt, Köpenicker Str. 115; Franz Jakob, Michaelisstr. 17. Der Betrieb wurde um 8 Uhr 20 Minuten in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Von anderer Seite wird uns noch gemeldet: Die Vorgänge, die zu dem Unfall führten, wurden bald unter Mitwirkung des Eisenbahnpräsidenten Schrenck und des Leiters der Eisenbahninspektion I festgestellt. Hiernach ereignete sich der Zusammenstoß kurz vor 7 Uhr. Um 6 Uhr 55 Minuten fuhr ein Zug nach Nieder-Schöneweide - Jannowitzbrücke vom Bahnhof Jannowitzbrücke mit einer leeren Verpätung ab. Das Ausfahrtsignal stand richtig. Die letzte Achse des ausfahrenden Zuges sollte wieder das Signal zum Umlegen geben. Ein Kontrollfahrer jedoch bewirkte, daß nicht die letzte, sondern schon die erste Achse es umlegte. Der Zugführer sah das, wußte jedoch nicht, was geschehen war, und hielt, weil sein Zug jetzt dem Signal nach keine Ausfahrt mehr hatte. So kam es, daß der Zug noch nicht ganz vom Bahnhof weg war, als schon der folgende, ein Zug nach Lichtenberg, um 6 Uhr 55 Minuten vom Alexanderplatz her eintraf. In der starken Einlaufbiegung konnte der Führer des Lichtenberger Zuges nicht sehen, daß der Nieder-Schöneweider Zug noch hielt. Bei der bedeutenden Geschwindigkeit, mit der die Züge in den langen Hallen einfahren, hätte deshalb ein großes Unglück geschehen können, wenn nicht der Blockwärtler scharf aufgepaßt hätte. Dieser sah zum Glück den Fehler am Signal und das Halten des ausfahrenden Zuges, lief aus der Blockhütte dem einfahrenden Zuge entgegen und warnte ihn. Der Führer des Lichtenberger Zuges überließ sofort die Lage und ihre Gefahr, bremste was er konnte, gab Gegen Dampf und verminderte auf diese Weise die Geschwindigkeit des Zuges ganz erheblich. Ganz vermeiden konnte er den Zusammenstoß nicht mehr. Der Anprall war aber so geschwächt, daß der letzte Wagen des auslaufenden und die Maschine des einfahrenden Zuges nur die Puffer verloren. Der letzte Wagen wurde außerdem mit einer Achse aus dem Gleis gedrückt und rief aus dem Bahnsteig eine Gelagplatte heraus. Die Fahrgäste waren zum großen Teil aufgestanden, um hinauszusehen. Sie wurden durcheinander geworfen und gegen die Wände oder das obere Regwerk geschleudert und zum Teil auch von den Scherben der Fenster scheiben, die in Trümmer gingen, getroffen. — Der Materialschaden ist unbedeutend. Der Betrieb erlitt eine Störung, die unter Zuhilfenahme des Fernverkehrs nach Möglichkeit gemildert wurde und um 9 Uhr im wesentlichen beseitigt war.

Rusterhäuser sollen die Mietlosarmen sein, die ein sogenannter Verein für die „Armen“ in Berlin bewirtschaftet. Gegenwärtig besitzt dieser Verein außer den älteren Häusern Adlerstr. 139-142 und Bernauer Straße 111-114c noch die neueren Häuser Türkenstr. 1-5. In seinen Häusern will er unbemittelten Familien gesunde Wohnungen zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen und den Mietern auch sonstige Fürsorge zuteil werden lassen. Unter anderem verspricht er, gegen Mietesckuldner nicht sofort in echter Hausagrariermanier rücksichtslos vorzugehen, sondern ihnen die geschuldete Miete längere Zeit zu sünden. Das kommt sogar in seinen Mietverträgen zum Ausdruck. Diese gleichen zwar nahezu vollständig den in Berlin allgemein üblichen Mietverträgen und enthalten daher in § 2 auch die folgende Bestimmung, die man in jedem Vertrag findet: „Die verabsäumte oder nicht vollständige Bezahlung der Miete am ersten Tage jedes Monats gibt dem Vermieter das Recht, vom Mieter die sofortige Räumung der gemieteten Räume zu verlangen; Mieter haftet in diesem Fall für den Ausfall an Miete und Nebenabgaben, welche dem Vermieter bis zum Ablauf der Vertragsdauer durch Leerstehen oder durch anderweitige Vermietung oder Benutzung der Räume gegenüber den durch diesen Vertrag festgesetzten Einnahmen entstehen.“ Sie machen aber, abweichend von anderen Verträgen, den folgenden Zusatz: „Der Vermieter hat dagegen das Recht, unbeschadet der Bestimmungen in § 11 dieses Vertrages, dem Mieter Stundung der Mietzahlungen zu gewähren und Teil- und Abschlagszahlungen auf Mietraten zu jeder Zeit, selbst wenn bereits wegen nicht pünktlich oder nicht vollständig erfolgter Mietzahlung die Ermittlungsfrage dem Gericht überreicht ist, nachträglich anzunehmen.“ Damit indes der Mieter über den tatsächlichen Umfang der Hausbesitzerrechte des Vereins nicht im Zweifel sei, wird folgende dahinter noch gesagt: „Alle diese Umstände heben das vom Vermieter ein- für allemal vorbehaltene Recht, dennoch Räumung der gemieteten Lokaltäten zu verlangen, nicht auf, sofern Vermieter bei Annahme des verpätet geleisteten Mietes infolge seinem Ermittlungsrecht nicht schriftlich entläßt hat.“ Und der § 11, auf dessen Bestimmungen oben hingewiesen wurde, droht in der üblichen Weise: „Brid dieser Vertrag, mit Inbegriff der in § 8 unter 1-10 festzeseinen Dienstboten, Arbeitern, Schloßburschen oder Kitermietern, für welche er verantwortlich ist, nicht in allen Teilen erfüllt, so kann der Vermieter die sofortige Räumung der Wohnung ohne vorangegangene Kündigung verlangen und auf Ermittlung antragen (jede mündliche Vereinbarung ist bei Anstellung einer Klage null und nichtig), der Mieter haftet in diesem Fall für die Miete während der ganzen Vertragsdauer.“ Es läßt sich aber denken, daß solche Drohungen, angesichts des wohlwollenden klingenden Zusatzes über die eventuelle Stundung der Miete, von den meisten Mietern nicht sehr ernst genommen werden, zumal da ja auch private Hausbesitzer gegen Mietesckuldner nicht immer sogleich von ihren kontraktlich festgelegten Rechten Gebrauch machen.

In einem der Häuser dieses „Vereins für arme“, in der Türkenstraße, mietete ein Arbeiter S., der die Tendenzen des Vereins nicht recht kannte, 20 Mark monatlich für eine Stube und Küche nebst Korridor und Kellerraum war für diese Stadt- gegend nicht gerade billig, aber viel billiger hätte er's anderswo vielleicht auch nicht haben können, und im übrigen zog er ja in ein Musterhaus. Als S. mehrere Monate darin gewohnt hatte, gelangte zu seiner Kenntnis, daß der Herr Haus- verwalter Jahnke ihm seine besondere Aufmerksamkeit widmete. Jahnke hatte nämlich inzwischen heraus- gefriegt, daß S. auf den „Vorwärts“ abonniert war. „Vorwärts“-Leser scheinen in den Rusterhäusern des Vereins für die Armen nicht geduldet zu werden. Es klingt zwar ungläublich, ist aber wahr, daß die „Fürsorge“, die der Verein seinen Mietern zuteil werden läßt, im Reich des Herrn Jahnke sich auch auf die Zeitungslektüre er- haltenen Hausordnung von Seiten des Mieters resp. seiner Familie, streckt. Als der Verwalter die schnelle Entscheidung gemacht hatte, daß ein Wolf unter seine Schafe gerolen war, gab er der Frau

dieses gefährlichen Mieters alsbald zu verstehen, der „Vorwärts“ dürfe hier nicht gehalten werden, anderenfalls müsse er kündigen. Einige Tage später fragte er Herrn S. selber, ob er „die Sache schon geregelt“ habe. Ihm antwortete S., über seine Lesüre habe doch nur er zu bestimmen. Etwa eine Woche darauf kam ein Brief, unterzeichnet von dem Kaufmann Hofemann (Adlerstraße 140), der den Vereinsvorstand vertritt. Was stand darin? S. wurde nur aufgefordert, sein Händchen abzuschaffen. Die Hausordnung verbietet den Mietern, Tiere irgendwelcher Art zu halten. S. ließ diese Aufforderung unbeachtet, weil er nicht glaubte, daß sie ernst zu nehmen sei. Da er ein ruhiger Mieter war, so meinte er des Wohlwollens der Herren Jahnke, Hofemann usw. in dem Grade sicher zu sein, daß er sogar kurz danach die Bitte vortrug, man möchte ihm am nächsten Monatsersten die Miete sünden, er werde sie diesmal nicht pünktlich zahlen können, weil er augenblicklich infolge Arbeitslosigkeit in Geldverlegenheit sei. Auf diese im Vertrag versprochene Rücksichtnahme rechnete S. um so mehr, da er sonst noch keine Miete schuldig geblieben war. Herr Jahnke aber erwiderte kühl, nach dem Vorgefallenen dürfe er nichts hoffen. Der Monatserste kam dann heran, und S. konnte nicht zahlen. Er dachte, man werde sich gedulden, aber noch vor Mitte desselben Monats wurde ihm Klage auf Zahlung der Miete und zugleich auf Räumung des Logis gestellt. S. beschaffte jetzt schleunigst 20 Mark und zahlte noch vor dem Termin, doch die Klage auf Räumung wurde aufrechterhalten, weil ja die Miete nicht sofort am Monatsersten bezahlt worden war, wie der Vertrag es forderte. Im Termin machte S. geltend, den Mietern der Vereinshäuser werde doch Stundung versprochen. Auch hob der Richter hervor, S. sei doch arbeitslos. Das half aber alles nichts: Der Vereins- vertreter Herr Jahnke, der früher so oft sein Christentum betont hatte, blieb fest — und S. mußte bezurteilt werden, die Wohnung zu räumen. Nebenbei bemerkt: daß er vertragswidrig einen Hund hielt, wurde in der Klage gar nicht vorgebracht, und auch von etwelchen anderen Vertragsverletzungen war nicht die Rede. Als er hinterher die Gerichtsosten nicht pünktlich zahlen konnte, wurde bei ihm auch noch eine Pfändung vorgenommen, die neue Kosten brachte. So erging es dem „Vorwärts“- Leser S. in dem Musterhaus des Vereins für arme, in das er aus Unkenntnis der Tendenzen des Vereins hineingeraten war.

Aus Anlaß der hundertjährigen Feier der Städteordnung werden am Donnerstag Schulfeiern stattfinden. In den meisten werden Reden gehalten, in denen auf die Bedeutung des Tages und der Städteordnung, auf die Ideen des Herrn v. Stein und seiner Mitarbeiter hingewiesen werden wird. Deklamationen und Ausführungen in Gestalt von Zwiegesprächen zwischen Veroltna und der Freiheit sind ebenfalls vorgesehen worden.

Die Wärmehallen am Alexanderplatz sind eröffnet. Der Zubrang war schon jetzt, wohl infolge der Kälte, größer wie er je gewesen ist. Frierend und ausgehungert erscheinen dort Hunderte von Männern, oft nur dürrig bedeckt. Vielen fehlt besonders Schuhzeug. Die Verwaltung ist auf einen harten Winter und dadurch veranlaßten großen Zuspruch schon gefaßt.

Redefreiheit. Vor wenigen Tagen sprach im kaufmännischen Hilfsverein im Bürgerlaale des Reichsanf der Abgeordnete Potthoff über „Die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten“. Neben recht Brauchbarem zeigte der Vortrag auch arge Mäden, die von unseren Freunden belächelt werden sollten. Die Christlichen, die immer gelb vor Wut beim Anblick eines roten werden, wollten von einer Diskussion nichts wissen, und auch der Vorstand tat nichts, um diese zu ermöglichen! Herr Potthoff mißfahte sich nicht ein. Morgen Donnerstag, wenn Herr Potthoff nicht da ist und das Bild der Versammlung ein wesentlich anderes sein wird, kann über den Vortrag diskutiert werden, meint der Vorstand des auch in diesem Jahre erheblich zurückgegangenen Hilfsvereins. Die Abnahme der Mitgliederzahl ist noch immer der einzige Lichtblick bei diesen Dunkelwärmern.

Ueber den Artikel „Kirchenregiment im Herrenhause“ in Nr. 239 des „Vorwärts“ regt sich der katholische Pfarrer von Reinickendorf — Bruno Scheidtwiler ist sein Name — ganz unzufrieden auf. Oder hat er die Absicht gemerkt und ist verstimmt geworden? Der geistliche Feuilletonschreiber spricht vom „Vorwärts“ als von dem roten modernen Pariser als getreues Abbild des alten“ und gibt mit dieser Schimpferei deutlich zu erkennen, wie sehr ihn unsere berechtigten Ausführungen getroffen haben. Redhaft wurde der hochwürdige Herr, wie er überaus geistreich färbelt, beim Lesen des obigen Artikels an die Worte über jene Fremdarzte erinnert, die wohl sagen können, der oder jener ist verrückt, von sich selbst aber es nicht einsehen wollen. Recht so, Herr Pfarrer! Wir sind ganz Ihrer Meinung, daß mancher, der sich über das Stroh im Kopfe anderer lustig macht, noch nicht mal Stroh im eigenen Schädel hat.

Wie die Faust aufs Auge stimmt dazu, wenn Sie dem gottlosen Feuilletonschreiber den christlichen Rat geben: „Man muß das eine tun und darf das andere nicht lassen“, nämlich beten und — lieben! Und weiter schreibt der Herr Pfarrer ein sozialdemokratisches Stammbuch: „Sollten selbst Genossen“, nachdem sie in guten Tagen uns herzlich zurückgewiesen, in weniger guten Tagen die Ehefrau und ihre Kinder mit um Unterhaltung anzusprechen lassen, ja sogar in schlechten Tagen selbst den Weg ins Pfarrhaus gefunden haben, so sind wir diejenigen, welche immer wahre Brüderlichkeit beweisen werden.“ Na na, Herr Pfarrer, sollte das nicht ein christliches Glatteis sein? Solche Ausnahmen von der katholischen Regel sind sehr selten. Der geschmähte Verfasser möchte es, wenn ihm mal die Tinte eingefroren ist, doch nicht wagen, sich an der Pfarrhandtür von Reinickendorf statt Brot kleine reichen zu lassen. Der Herr Pfarrer braucht ja selber so nötig. Denn auch dieses zweite Reinickendorfer Stimmgebild in der „Germania“ schießt mit dem alten Refrain der katholischen Kirche: „Dreht euch herum, der Klingelbeutel geht um!“

Die Zeitung der Eisenbahzüge bringt ein Erlass des Minister's Breitenbach in Erinnerung, in welchem es heißt: Wiederholt Beschwerden über ungenügende Erwärmung der Personenzüge geben mir Veranlassung, die k. k. Eisenbahndirektionen zu beauftragen, auf die genaueste Befolgung der Vorschriften für die Heizung der Züge mit Rücksicht einzuwirken und namentlich bei Eintritt stärkeren Frostes und bei Beförderung längerer Züge für die rechtzeitige Einstellung von Heizkesselwagen Sorge zu tragen.

Wenn sich die Leute, die das angeht, nur auch danach richten wollten.

Die königliche Eisenbahndirektion schreibt uns zu dem Artikel „Die Pünktlichkeit des Eisenbahnbetriebes“ in Nr. 208 unserer Zeitung vom 11. d. M. folgendes: „Die Verpätungen des fahrplanmäßig 7.50 Uhr vormittags auf dem Bahnhofe Pankowstr. eintraffenden Zuges Nr. 805 sind durch den seit dem 1. Oktober dieses Jahres neu eingelegten Wilminger-Schneidung, der infolge des unregelmäßigen Seebetriebes sehr häufig Verpätungen erleidet, verursacht worden. Wie haben bereits vor einiger Zeit Maßnahmen getroffen, daß die Verpätungen des Schneidzuges auf den Zug Nr. 805 ohne Einfluß bleiben.“

Die pünktliche Abfahrt der vom Lehrter Hauptbahnhof abfahrenden Züge ist aus Betriebsrücksichten unbedingt geboten, eine Parteilichkeit auf die Stadtbahnzüge kann ihnen nicht gegeben werden. Erfreuen aufgefunden wurde gestern früh am Weißenseer Weg ein Handwerksbursche, der dort anscheinend ermüdet hatte. Ein



Kollkutscher, der den Unglücklichen fand, brachte ihn nach der Unfallstation in Wittenberg, wo die ärztlichen Bemühungen um den Erstarren glücklicherweise zum Erfolg waren. Der Erkrankte wurde später nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

**Jerusalem** ist der Charakterbild der jehygen Stadt und Umgebung, lautet der neue Vortrag in der Urania in der Laubenstraße, der gestern zum ersten Male vor einem geladenen Publikum aufgeführt wurde. Es scheint uns für ein Institut, wie es die „Urania“ ist, in dem nur die wissenschaftliche Fortschrittsgeltung hat, eine schier unlösbare Aufgabe, das Publikum mit einem Lande vertraut zu machen, in welchem auf jeden Schritt und Tritt auf die biblische Sage zurückgegriffen werden muß. Und so sehr sich der Herr Vortragende, Herr Dolar Wagner, auch bemühte, möglichst objektiv zu sein, gelangen ist ihm sein Vorhaben nicht, konnte ihm auch bei der Materie nicht gelingen. Der neue Vortrag, der mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet ist, führt in das Land Jerusalem, das schon im Jertalter des alten Judentums das Ziel zahlreicher Pilgerfahrten war, und veranschaulicht uns eingehend Land und Leute. Im Fluge schauen wir den Tempelplatz der Vergangenheit und der Gegenwart; die Tempel des Salomo und des Herodes, die Moshes-Akka, das goldene Tor. Und dann alle die Stätten, die Vertreter des Christentums als die „heiligen“ bezeichnen, an denen nach der biblischen Sage angeblich Christus gelebt und gewirkt haben soll, die via dolorosa, den angeblichen Leidensweg Christi, die Grabeskirche mit ihren Kapellen, Golgatha, das Grab Christi und vieles andere mehr. So sehr auch wir lebhaftes Interesse nehmen, Land und Leute und speziell Stätten der alten Geschichte kennen zu lernen, so meinen wir doch, daß ein Vortrag über Jerusalem nur in Verbindung mit der ganzen biblischen Geschichte gehalten werden kann, daß aber dieser Gegenstand nicht in die Urania gehört, sollen nicht bestimmte Kreise vor den Kopf gestoßen werden. Der Redner schien das selbst zu fühlen, denn am Schluß seines Vortrages versuchte er sich gewissermaßen selbst zu referieren.

**Berliner Volkshor.** In der heute in der „Neuen Welt“, Hasenheide, stattfindenden Aufführung der „Jahreszeiten“ von Haydn werden an der um 8 Uhr eröffneten Abendklasse noch eine Anzahl Einloskarten zu haben sein, die in geringer Zahl aus den Verkaufsstellen zurückgeholt wurden.

**Im Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene (Schwachsinnige) Kinder** (Vorsitzender: Stadtschulrat Dr. V. S. Fischer) spricht Herr Hilfschulleiter S. Martini am Mittwoch, den 25. November 1908, abends 8 Uhr, im Vortragssaal 109 des Rathhauses über das Thema: „Ist es notwendig, eine besondere Fürsorge für geistig schwache Kinder auszuüben und wie ist dieselbe zweckentsprechend einzurichten?“

**Der Gesangverein „Nordwacht“** (M. d. A. S. B.) veranstaltet heute, am Freitag, einen Kunstabend, worauf ganz besonders hingewiesen sei. Dem Verein ist es gelungen, für diesen Abend Herrn Professor Franz Krüger-Köster, einen außerordentlich hervorragenden Pianovirtuosen, zu verpflichten. Herr Professor Krüger wird neben Solis für Piano noch Duette für Gesang und Violine, sowie Gesang und Piano in Gemeinschaft mit seiner Gattin, der bekannten Konzertpianistin Frau Lily Krüger zum Vortrag bringen. Den orchestralen Teil des Programms übernimmt das Berliner Sinfonie-Orchester (Direktion M. Fischer). Allen Freunden guter Musik sei der Besuch des Konzertes bei dem billigen Eintritt von 50 Pf. auf das Beste empfohlen.

**Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes** tritt jetzt in ein neues Stadium ihrer agitatorischen Tätigkeit. Durch die wohlthätige Unterstützung eines mit der proletarischen Abstinenzbewegung sympathisierenden Genossen ist es gelungen, für jeden 1. und 3. Freitag des Monats einen Saal des Gewerkschaftshauses zu mieten. Es ist dadurch ein schon lange gehegter Wunsch der Berliner abstinenz Genossen in Erfüllung gegangen, den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen durch Beispiel Veranlassung ohne jeden Ausschau praktisch vorzuführen. Die erste Versammlung mit Vortrag findet an diesem Freitag abends 8 1/2 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses statt. Das Thema wird am Freitag durch Inseter im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

**Auf der Treptom-Sternwarte** (Restaurant Jenner, Treptom-Chaussee 21/22) spricht am Freitag nachmittags um 5 Uhr Direktor Dr. Archenhold über: „Die Wohnbarkeit der Welten“. Sofort nach Aufhören der Dämmerung wird der neue Komet 1908c mit dem Kometensucher gezeigt. Der Kopf ist kleiner aber heller geworden; der Schweif unterliegt schnellen Veränderungen. Mit dem großen Fernrohr wird der Saturn und ein interessantes Doppelsternsystem beobachtet.

**Feuerwehrbericht.** In der vorletzten Nacht von 1 Uhr bis um 8 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nicht weniger als viermal in höchstwilliger Weise alarmiert. Der Täter, jedenfalls ein mit den Verhältnissen der Feuerwehr vertrauter Mann, ist von der Gegend des Kreuzberges gekommen und hat zunächst die Wehr nach der Teltower Straße 1 alarmiert. Dann hat er sich nach dem Werderischen Markt 4 begeben und dort den öffentlichen Feuerwehler gerufen. Kirgends war eine Wehr zu entdecken. Gleich darauf lief ein dritter Alarm aus der Klosterstr. 79 und um 3 Uhr ein vierter aus der Matthäusstraße an der Landsberger Allee ein. Vor dem Hause Alexanderstr. 69/70 brannte nachts die Karosserie eines Benzinautomobils. Der 16. Zug wurde nach dem Leopoldplatz gerufen, wo junge Mädchen das trodene Laub in den Anlagen in Brand gesteckt hatten. In der Brenzlauer Allee nahe Weigenhof mußte die Feuerwehr das durch Funken aus einer Lokomotive in Brand geratene Gras ablöschen. Der Brand hatte bei Ankunft der Feuerwehr schon eine große Ausdehnung erlangt. Stallbergstraße 9 brannte ein Stallgebäude und in der Kniebrotstraße eine Laube usw. in der dortigen Laubenkolonie. Betten, Möbel und so weiter wurden in der Stolpische Straße 35 ein Haub der Klammern, und Wäsche, Badier usw. verbrannten in der Strelitzer Straße 30. In der Brunnerstr. 99 hatte die Wehr eine über Schimmeln Keller auszugumpfen. Am Reichstagsufer 16 brannte die Balkenlage und andere. Wegen einer Gasvergiftung lief ein Alarm aus der Prinz Eugenstr. 21 ein. Die Wehr entstand: Samariter mit Sauerstoff, konnte den Mann aber nicht mehr retten. Der Tod war schon eingetreten. Ferner liefen noch Alarme aus der Fontanepromenade und verschiedenen anderen Stellen ein.

**Arbeiter-Samariterkolonne.** Donnerstag abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Brunenwaldstr. 110 und 4. Abteilung in Lichtberg bei Beckmann, Samariterstr. 10. Vortrag über: „Knochenbrüche, Verrenkungen und Verstauchungen“. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können noch in allen Abteilungen eintreten.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

#### Stadtvorordnetenversammlung.

Der Versammlung lag zunächst ein dringlicher Antrag der liberalen Fraktion vor, den Hinterbliebenen der in Kadobd verunglückten Bergleute 2000 Mark zu bewilligen. Stadtv. Kuhnigk (lib. Frakt.) forderte in seiner Begründung des Antrages, daß mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen die Schuldigen an dem Unglück vorgegangen werden muß.

Stadtv. Hoyer (unabh. Vereinig.) ist gegen die sofortige Bewilligung. Nach der Geschäftsordnung müssen derartige Anträge zunächst einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen werden.

Stadtv. Küter (Soz.) tritt für die sofortige Annahme des Antrages ein und wendet sich gegen den stellvertretenden Stadtvorordnetenvorsitzer Hoyer, der die Überweisung des Antrages an einen Ausschuss fordere. Als es sich vor ganz kurzer Zeit darum handelte, dem Pevpektsfonds 5000 M. zu bewilligen, sei von Herrn Hoyer auf die Geschäftsordnung nicht hingewiesen worden, sondern man habe mit Hurrastimme die 5000 M. sofort bewilligt. Damals

war wirklich eine so große Eile nicht notwendig. In diesem Falle ist aber schnelle Hilfe unbedingt am Tage.

Nachdem noch mehrere andere Redner sich für die sofortige Bewilligung ausgesprochen haben, sah sich der Stadtvorordnete Hoyer veranlaßt, seinen Widerstand zurückzuziehen. Die Bewilligung wurde darauf einstimmig befaßt.

Ein Antrag des Magistrats verlangt die Bewilligung von 1200 M. für die Arbeitslosenzählung einschließlich der Kosten für die Bearbeitung und Drucklegung der Berichte. Stadtv. Reich (liberale Fraktion) vermißt eine genaue Spezialisierung der Kosten; ihm wird zur Antwort, daß diese sich genau noch nicht geben lasse.

Stadtv. Maguan (Soz.) bemängelt das System, nach welcher die Zählung erfolgt. Es fehle auch an genügender Bekanntmachung der Zählung. Eine ganze Anzahl von Arbeitslosen werden über die Zählung nicht informiert sein. Es lasse sich ja jetzt nichts mehr ändern, aber bei späteren Zählungen muß eben zu einem anderen System gegriffen werden. Das einzig Richtige sei eben eine Zählung von Haus zu Haus. Ein großer Teil der Arbeitslosen kenne eben die Wichtigkeit der Zählungen nicht.

Stadtv. Walger tritt den Ausführungen des Vorredners voll und ganz bei. Die Art der jetzigen Zählung gibt kein richtiges Bild. Bei der Verteilung der Zählkarten im hiesigen Arbeitsnachweis hat sich eine ganze Anzahl von Arbeitslosen gefunden, die für Ausfüllung der Karten nicht zu haben waren, die erklärten: sie brauchen Arbeit oder Geld. Dem jetzigen System habe man in Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion nur zugestimmt, um einheitlich mit Groß-Berlin zu zählen. Für die nächste Zählung sind bereits die nötigen Schritte eingeleitet, um nach einem anderen System zu zählen.

Die 1200 M. werden darauf bewilligt.

Für die Verlegung von Entwässerungskanälen anfänglich des Baues der Untergrundbahn werden 100.000 M. bewilligt.

Sobald kommt ein von allen Fraktionen unterzeichneter Antrag zur Verhandlung, in welchem verlangt wird, den städtischen Arbeitsnachweis derartig zu organisieren, daß alle Städte von Groß-Berlin in Bezirke eingeteilt und nach ähnlichem Muster wie der Stuttgarter städtische Arbeitsnachweis unter Berücksichtigung aller örtlichen Verhältnisse eingerichtet werden. Der Magistrat wird ersucht, mit den in Frage kommenden Städten in Verbindung zu treten. Die Unterzeichner des Antrages sind der seltenen Ueberzeugung, daß ein guter, sachgemäher, leicht zu erreichender amtlicher Arbeitsnachweis sehr segensreiche Wirkungen haben wird. Stadtv. Lufah (liberale Vereinigung) gab eine kurze Begründung des Antrages.

Stadtv. Däumig (Soz.) tritt ebenfalls für den Antrag ein. Trotzdem in Schöneberg der städtische Arbeitsnachweis bereits über zehn Jahre besteht, sei derselbe doch sehr wenig bekannt. Einen Hauptteil der Schuld tragen hieran die einzelnen Magistrats-Beamten, die bei Bedarf von Arbeitskräften den städtischen Nachweis völlig übersehen. Trotzdem die Deputation des städtischen Nachweises an den Magistrat das Ersuchen gerichtet hat, bei Einstellung von Arbeitern den Nachweis zu berücksichtigen, machen die einzelnen Beamten doch was sie wollen. Auch bei der Straßenreinigung beziehe man keine Kräfte vom Arbeitsnachweis. Bei den Einstellungen scheint eben noch die Bettlerwirtschaft vorherrschend zu sein. Auf dem städtischen Nachweis sind zurzeit über 1000 Arbeiter eingestellt, deshalb hat man alle Veranlassung, denselben zu berücksichtigen. Redner glaubt, daß es nicht so leicht sein wird, die städtischen Arbeitsnachweise nach dem Stuttgarter System auszubauen. Er richtet an die liberalen Stadtvorordneten die Aufforderung, zu nächst dafür zu wirken, daß ihre Berliner Kollegen der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Berlin zustimmen.

Stadtv. Walger begründet die Debatte, die gezeigt habe, daß sich die Anschauungen über den Arbeitsnachweis geändert haben. Der hiesige Arbeitsnachweis ist lange das Stiefkind der städtischen Verwaltung gewesen. Er ist nicht so verwaltert worden, wie es hätte sein müssen. Redner bedauert, daß in Berlin noch kein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden ist. Ein Verein ist nicht so leistungsfähig, wie die Gemeinde selbst. Seiner Meinung nach wird es jedoch eher möglich sein, eine Einigung unter den Großstädten zur Abschaffung der stehenden Heere zu erzielen, als die Gemeinden Groß-Berlins zu einem Zusammengehen in derartigen Fragen zu bewegen.

In der weiteren Debatte wird von unseren Genossen in scharfen Worten berührt, daß der hiesige Arbeitsnachweis von den städtischen Behörden übersehen wird. Derselben hätten in erster Linie die Pflicht, bei Einstellungen den Nachweis zu berücksichtigen. — Der Antrag wird darauf einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, recht bald eine Vorlage betreffend Errichtung von Zeitungskiosken einzubringen.

Darauf nimmt die Versammlung den Bericht des Ausschusses entgegen, den die sozialdemokratischen Anträge, betreffend Vorkahrungen gegen die Arbeitslosigkeit überwiegen waren. Stadtv. Küter (Soz.) berichtet namens des Ausschusses und empfiehlt der Versammlung folgende Vorschläge:

Der Magistrat wird ersucht, die für Verlegung der Stadtgärtnerei, des Straßenreinigungsdarfs, der Desinfektionsanstalt und Vorseilung der auf diesen Grundstücken befindlichen Gebäude sowie für die Herstellung des Stadtparks notwendigen Arbeiten soweit als möglich in eigener Regie auszuführen zu lassen und schleunigt damit zu beginnen. Den dabei beschäftigten Arbeitern sind die zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten Löhne zu zahlen. Weiter wird der Magistrat ersucht, das Projekt für den Erweiterungsbau des Kranenbaues zu beschleunigen und so schnell wie möglich eine Vorlage zu machen.

Die Versammlung stimmte diesem Antrage nach den Ausführungen des Referenten ohne Debatte zu.

Ebenfalls ohne Debatte angenommen wird ein Antrag des Stadtv. Rheinbender (lib. Frakt.), worin der Magistrat ersucht wird, der nächsten Stadtvorordnetenversammlung einen Nachweis darüber zu geben, wie die Stadt Schöneberg hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungen zu stehen kommen würde, falls die Errichtung der von der freikonservativen Fraktion beim preussischen Abgeordnetenhaus beantragten Lehrerbildungsklasse gesetzlich eingeführt werden würde.

### Wilmerdorf.

#### Stagnation im Gemeindefiskalwesen.

Während die Stadtvorordnetenversammlung von Wilmerdorf eifrig dafür sorgt, daß es auf keinen Fall an Schulen für die bemittelten Schichten der Bevölkerung fehlt, geschieht für das Gemeindefiskalwesen nicht mehr als nach den Regularien des reichsständigen preussischen Staates gerade für erforderlich erachtet wird. Man errichtet fast alljährlich Prachtbauten für Gymnasien oder höhere Mädchenschulen und bietet hier den Kindern alles Mögliche; jedoch wird im Gegensatz zu anderen Gemeinden in Wilmerdorf streng darauf gehalten, daß die Kinder der Volksschule sich über die untergeordnete Stellung, die ihnen eine reaktionäre Schulverwaltung zumutet, auf keinen Fall erheben. Vor fünf Jahren wies bei der Staatsberatung die damaligen sozialdemokratischen Gemeindevorordneten darauf hin, daß es an der Zeit sei, nach dem Muster von Charlottenburg im Gemeindefiskalwesen für Erteilung von Unterricht in fremden Sprachen Mittel bereit zu stellen. Die Antragsteller gingen von der Ansicht aus, daß Wilmerdorf wenigstens in Schulangelegenheiten mit den Nachbargemeinden gleichen Schritt halten müsse, wenn es auch sonst zumeist hinter ihnen zurück ist. Was gab damals zwar, wenn auch in unverständlicher Form, die Zustimmung, daß zur Förderung dieser Angelegenheit etwas geschehen solle; jedoch ist es bei dem Versprechen geblieben. Wie in allen anderen Angelegenheiten, die nicht den unmittelbaren, sondern den unmittelbaren Schichten der Bevölkerung zum Nutzen gereichen sollen, so ist auch in der Schulfrage seitdem kein Schritt vorwärts getan worden. Im Gegensatz zu Berlin, Charlottenburg und Schöneberg ist Wilmerdorf finanziell so gut gestellt, daß es mit 80 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer auskommt, und daher konnte man mit Recht von

dieser Stadt erwarten, daß sie wenigstens in dem wichtigen Zweige des Unterrichts dem Beispiel minderbemittelter Gemeinden folgen und dafür sorgen werde, daß der Volksschüler ein Fremdwort richtig aussprechen lerne. Aber auch hier bewährt sich die Stadtvorordnetenversammlung in ihrer sprichwörtlichen Rückständigkeit, und es wird auch für die Ausbildung der Jugend nicht eher ein überiges getan werden als bis einige Sozialdemokraten den nötigen Ansporn zum Fortschritt geben. Wenn jemals, das ist ohne Anstrengung der Beweis dafür erbracht worden, daß es ohne Anstrengung keinen Fortschritt im Kommunalwesen gibt, und wenn die Bevölkerung diesen beschränkten Zustand ändern will, so hat sie bei den Wahlen am kommenden Donnerstag Gelegenheit hierzu.

**Dieserigen Genossen und Genossinnen, die am Donnerstag, den 19. November, bei der Stadtvorordnetenwahl tätig sein wollen, haben sich morgens 8 Uhr im Zentralwahlbureau, Louisepark, Wilhelmstraße 112, einzufinden.**

Alle weiteren Hilfskräfte, die erst im Laufe des Tages oder am Nachmittage Wahlhilfe leisten können, melden sich im Louisepark oder in folgenden Schlepplöcher: Mon, Uhländstr. 106; Selke, Brandenburgische Straße 100; Ratu's, Uhländstr. 71; Hoffmann, Proger Str. 12; Arndt, Berliner Str. 160; Fischer, Durlacher Straße 8; Hebestrom, Hildebrandstr. 17a; Reiche, Dinger Str. 9; für Polenice bei Wegner, Johann-Georg-Str. 13.

Genossen und Genossinnen! Die bürgerlichen Parteien werden nichts unterlassen, um ihre Kandidaten durchzuführen. Es gilt daher alle Kraft einzusetzen, wenn wir einen Sieg für unsere Kandidaten erringen wollen. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Anhänger. Jeder, der ein Interesse daran hat, daß Arbeitervertreter ins Stadtparlament kommen, stelle sich deshalb frühzeitig in den Dienst der Sache.

Die Verkündung des Wahlergebnisses findet am Donnerstag, abends 9 Uhr, im Louisepark statt.

### Nigdorf.

Der Nigdorfer Männerchor veranstaltet am nächsten Sonntag, den 22. November, im Deutschen Bierhaus, Bergstr. 137, sein 13. populäres Konzert. Mitwirkende sind u. a. Violinvirtuosin Fr. Hilba Jordan und Opernsängerin Fr. Käthe Radoloff (Soprano). Wie sonst, so ist auch diesmal für einen genussreichen Abend Sorge getragen. Kaffeeöffnung abends 5 1/2 Uhr, Anfang pünktlich 7 Uhr. Programm und Liedertege 50 Pf.

Jungen gesucht. Sonntag, den 15. d. M., abends gegen 11 Uhr, wurde der Arbeiter Gustav Huf von einer Automobildroste Ede Berliner- und Münchener Straße überfahren. Augenzeugen, die den Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, sich an Emil Jahn, Nigdorf, Zulastr. 12 II, zu wenden.

### Köpenick.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern früh auf dem hiesigen Wochenmarkt ab. Der Schlächter Schnome, der einen Verkaufsstand inne hat, bemerkte, als der Polizeigewalt Kretow bei ihm vorüberkam, aus einem Revolver eine Kugel auf ihn ab. K. hielt sofort die Hand vor die Brust und bewachte sich dadurch vor einer tödlichen Verletzung. Das Geschöß zerschmetterte den Handrücken des Beamten und drang durch die Kleidung hindurch in den Leib. Als Sch. noch weitere Schüsse auf K. abgeben wollte, sprangen andere Händler und Männer aus dem Publikum hinzu und schlangen ihn zu Boden. Man nahm dem Attentäter die Waffe ab und brachte ihn gefesselt nach der Polizeispektion. Sch. soll die Tat aus Rache vollführt haben, weil in letzter Zeit eine häufigere polizeiliche Revision auf die von den Händlern feilgebotenen Waren erfolgt.

### Pankow.

Durch die unglückliche Tat eines Knaben ist hier ein Menschenleben vom Tode des Ertrinkens gerettet worden. Der starke Frost der letzten Tage hat auf allen stehenden Gewässern eine Eisdicke geschaffen. Natürlich tummeln sich auf diesen Eisbahnen Kinder und Erwachsene. Die Eisdicke muß jedoch an einzelnen Stellen nicht stark genug gewesen sein, denn gestern nachmittags 4 Uhr brach hier der siebenjährige Walter Braun, Einstr. 12 wohnhaft, in einem Teil des verhängten schwarzen Fisches ein. Auf das Geschrei des Kleinen kam der zwölfjährige Paul Hauke, hier, Nützenstr. 67 wohnhaft, hinzu und konnte mit Hilfe eines Stodes den Knaben aus dem Wasser herausziehen. Der Kleine wurde sofort zu seinen Eltern gebracht; er befindet sich wieder ganz wohl.

### Spandau.

Das „Spandauer Tageblatt“, zu dessen näherer Charakteristik es angebracht erscheint, daran zu erinnern, daß ein Mitglied des Spandauer Magistrats es als eines der Blätter bezeichnete, die man nur vorichtig mit zwei Fingern anfasse, bemerkt einen Vorfall in der Stadtvorordnetenversammlung dazu, um zu zeigen, wie es bei ihm in bezug auf Anstand und Ehrenhaftigkeit bestellt ist. Der Stadtvorordnete Genosse Vief hatte auf Grund von Informationen, die er aus Kreisen erhielt, denen zu misstrauen er keine Veranlassung hatte, Bedenken gegen die Qualifikation des städtischen Straßeninspektors erhoben. Später wurde Vief von derselben Seite darauf hingewiesen, daß er falsch unterrichtet sei, und als ehrlicher Mann hielt er es für seine Pflicht, seine Behauptung an derselben Stelle zurückzunehmen, an der er sie erhoben hatte. In den Augen jedes anständigen Menschen ehrte er sich durch diesen freiwilligen Widerruf selbst. Das „Spandauer Tageblatt“ ist selbstredend darüber anderer Meinung. Es behauptet dreist, der Widerruf Viefs sei nur erfolgt, weil er sich vor einer Verurteilung fürchte, er habe den zuständigen Deputierten des Magistrats gebeten, eine Klage des Straßeninspektors gegen ihn durch seine Vermittlung zu beseitigen usw. Natürlich ist an dem ganzen Gerücht kein wahres Wort. Vief hat gar keine Ursache eine Klage zu scheuen, lediglich sein eigenes Pflichtbewußtsein veranlaßt ihn zum Widerruf, und der betreffende Deputierte war es, der Vief durch seine Zustimmung dazu Veranlassung gab. Dafür bezeugt ihn das „Blatt“ als „Ehrabschneider“, als ob es selbst die Qualifikation hätte über Ehrenhaftigkeit zu urteilen. Betreffs des Urteils der Spandauer Bevölkerung über das „Spandauer Tageblatt“ dürfte dessen Redaktion sich ja wohl selber klar sein. Wir wollen nur sagen, daß das unrichtige damit übereinstimmt. Nach Leistungen wie der obigen ist solche einseitige Ansicht auch kein Wunder.

## Vermischtes.

**Lufmord an einem 6 1/2-jährigen Mädchen.** Aus Worzheim in Baden wird gemeldet: Ein furchtbarer Lufmord ist an einem 6 1/2-jährigen Mädchen verübt worden. Das Mädchen, namens Elise Bauer, wurde nachmittags gegen 5 Uhr von der elterlichen Wohnung weggeschleift, um etwa 50 Meter oberhalb des Hauses bei einem Nachbar Wäld zu holen. Das Kind lebte von dem Gange nicht zurück. Vorgehens früh wurde auf dem Wege nach dem etwa 1/2 Stunde nördlich der Stadt gelegenen Hochbergwald zuerst das Wäldchen und dann die Wähe des Mädchens gefunden. Wegen Abend erst gelang es im Dichte der Schomung die scharflich zugeriebte Leiche des Kindes zu finden. Dem Mädchen war der Leib von unten bis zum Halse aufgerissen. Die Lunge wurde nahezu 100 Meter von dem Fundorte der Leiche entdeckt. Von dem Mörder hat man bis zur Stunde keine Spur.

**Vier Kinder in den Flammen umgekommen.** Gestern früh ist das Rittergut Langhelwigdorf bei Jauer (Reg.-Bez. Magdeburg) ein Raub der Flammen geworden. Wie das Feuerliche „Stadtblatt“ meldet, sind vier Kinder eines Arbeiters hierbei verbrannt und zwei Frauen schwer verletzt.



# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung in Köln.
  2. Die Gestaltung des nächsten Tarifvertrages.
  3. Diskussion.
  4. Verhandlungsangelegenheit.
- Du in dieser Versammlung die Gestaltung unseres nächsten Lohnvertrages besprochen werden soll, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

130/15

## Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin. Bureau: Blankenfeldestr. 10. Telefon: Amt 7, Nr. 6930.

Donnerstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung

in Voelkers Festsälen, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassendbericht pro 3. Quartal 1908.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung. Wir machen darauf aufmerksam, daß am 20. November die Gewerkschaftswahlen stattfinden. Die Mitgliedsbücher sind bis zum 15. Dezember zwecks Kontrolle auf dem Bureau abzuliefern. 170/2

## Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschl. Ortsverein d. Isolierer Berlins.

Mittwoch, den 18. November, nachm. 3 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

bei Freiheit, Dragonerstr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Die Beendigung der Streiks in Hannover und Hamburg.
  2. Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen.
  3. Verhandlungsangelegenheiten.
- Es ist Pflicht jedes Kollegen, dort zu erscheinen.

292/15

Der Vorstand. H. Beckmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 19. November 1908, abends 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung

in Freyers Festsälen, Kopenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Kassendbericht.
2. Bericht des Vorstandes, der Arbeitsvermittler und des Bibliothekars.
3. Wahl eines Schriftführers.
4. Verhandlungsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

93/15

Die Ortsverwaltung.

## Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Filiale Berlin 8.

Sonntag, den 21. November, abends 8 Uhr, bei Franke, Badstr. 10:

## Anßerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung über Erweiterung der Kranken-Sterbekasse. 2. Kassendbericht. 3. Verschiedenes. 124/9

Nachdem: Gemütliches Beisammensein. 124/9

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

## Stukkateure!

Donnerstag, den 19. November 1908, abends 8 1/2 Uhr, bei Eisner, Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Stellung zum neuen System und die jetzige Krise.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches, darunter: Hauptkassenabrechnung vom zweiten Quartal 1908.

Kollegen! Erscheint zahlreich in dieser

Versammlung. Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure. 3. U.: P. Krebs.

## Orts-Krankenkasse

für das

Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Donnerstag, 26. November cr., abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 7):

## General-Versammlung

der Vertreter der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber.
3. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.
4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 270/2
5. Beschlusfassung über den Antrag der letzten Generalversammlung betreffend Erhöhung der Leistungen und die Herabsetzung der Beiträge nach Lohnklassen. 270/2

Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse

der Gelb- u. Zinngießer zu Berlin.

Am Donnerstag, den 26. November cr., abends 8 Uhr, findet im

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal V), die

## General-Versammlung

statt, wozu die Vertreter für das Jahr 1908 hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Berlesung der Protokolle.
2. Kassensangelegenheiten.
3. In getrennter Versammlung: Renzähl von 4 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.
4. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 270/2

Berlin, den 17. November 1908. Der Vorstand.

## Ordentl. General-Versammlung der Orts-Krankenkasse

d. Hutmacher, Hutfurnituren- und Filzwaren-Verfertiger in Berlin

am Freitag, 27. November 1908, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. In getrennter Versammlung der Arbeitgeber abends 7 Uhr:

a) Wahl von vier Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber.

In getrennter Versammlung der Arbeitnehmer abends 7 1/2 Uhr:

b) Wahl von acht Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.

Die getrennten Versammlungen anschließend findet in demselben Saal abends 8 Uhr eine

gemeinschaftliche Versammlung statt.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1908 (§ 47 Abs. 1 des Statuts.)
2. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der §§ 11, 12, 15, 18, 23, 26, 27, 40, 41, 46, 50, 51, 52 und 54 des Statuts.
3. Bericht über die im Jahre 1908 abgehaltenen Krankenkassen-Kongresse.
4. Verschiedenes. 270/2

Der Eintritt nur gegen Vorweisung der Einladung gestattet.

Der Vorstand.

S. Dammheiser, Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.

Donnerstag, 26. November 08, im Restaurant Hahn, Rosenfahler Straße 57:

Wahl-Versammlung.

Abends 9 Uhr Arbeitgeber zur Wahl von 24 Delegierten zu den Generalversammlungen pro 1909/10.

Abends 10 Uhr: Kassensmitglieder zur Wahl von 53 Delegierten zu den Generalversammlungen pro 1909/10. 279/13

Kassendbuch legitimiert. Der Vorstand.

H. K.: Paul Schroll, Vorsitzender.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenzstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Billigste Bezugsquelle für gediegener Trauergarderobe in Westmanns Trauermagazin Berlin W., Mohrenstr. 37a Berlin NO., Gr. Frankf. Str. 115

## Gänse, Enten

gar. led. Unt., 8 Mon. alt, vollkommen ausgewachsen, vollfedrig, fleischig, schlachtfr., 10 St. ca. 8 Pf., schwere Gänse 24 St.; 18 schwere Enten 20 St. Preisband, Orzelsitz, Schloesen, 45.

Lieb' Vaterland, magst ruhig sein! Solange der Salamander-Stiefel erzeugt wird, wird Deutschland unter den Grossmächten der Schuh-Industrie seinen Ehrenplatz behaupten. Der Salamander-Stiefel ist elegant, haltbar und preiswert, seine Formen entsprechen der neuesten Mode. fordern Sie neues Musterbuch V

Einheitspreis für Herren u. Damen M. 12,50 Luxus-Ausführung M. 15,50

# SALAMANDER

Schuhges. m. b. H.



Berlin

- Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 152
- C. Königstr. 47
- SW. Friedrichstr. 221
- C. Rosenthalerstr. 1
- W. Potsdamerstr. 5
- NW. Wilsnackerstr. Ecke Turmstr. 9
- W. Tauentzienstr. 15

## Sie kaufen zu teuer



anderswo?

Man achte genau auf meine Firma und Hausnummer.

## Das sehen Sie sofort

## meine Damen, wenn Sie den großen Inventur- und Räumungs-Ausverkauf in Westmanns Spezial-Konfektionshaus

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jernalemer Straße, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.

besuchen und sich von den niedrigen Preisen, den ausgesucht guten Qualitäten und der ungeheuren Auswahl überzeugen!!! Ganz besonders billig gebe ich ab:

Plüsch- und Astrachan-Konfektion sowie Abend- und Theater-Mäntel in hocheleganten Fassons, prachtvollen Stoffen und gediegenen Ausführungen!

Originalwert bis M. 60.— bis M. 75.— bis M. 100.— bis M. 130.— bis M. 160.— bis M. 275.— jetzt . . . nur M. 14 1/2.— nur M. 15 1/2.— nur M. 20.— nur M. 31 1/2.— nur M. 45.— nur M. 60 1/2.

Verkaufszeit nur 10 1/2-5 1/2, Geschäftsschluss 8 Uhr.

Die letzten Moderechnungen in:

Frauenmänteln □ Übergangsmänteln □ Paletots □ Capes □ Kindermänteln □ Kostümen □ Kleidern □ Röcken □ Blusen.

pelz-Jacketts und Stolen (nur feine Pelzarten) in jeder Größe, auch für die stärksten Figuren passend am Lager

verkauft ich zu 1/4 des realen Wertes! Cirka 300 Stück gediegene Jacketts verteuere ich in dieser Woche gratis an meine verehrte Kundschaft! X Bußtag geöffnet 8-10, 12-3 Uhr.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. d. Mts. unser Mitglied, der Lagerarbeiter

Otto Luchte

im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 19. d. Mts., vormittags 10 Uhr, auf dem Sankt Nikolaus-Kirchhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht 57/16 Die Verwaltung 2.

Am Freitagabend 8 1/2 Uhr ent- schied nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Bruder, Groß- und Schwagererster

Christian Duckwitz

im 70. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung fand am Dienstag statt.

Stettin, Gobenkolnstr. 11.

## Ranchklub „Verzagt nie“.

Mitgl. d. Arbeiter-Raucherbundes.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 15. November, verstarb nach langem, schwerem Leiden die Frau unseres Ranch- klubers

Klara Niendorf

geb. Biersack.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch (Bußtag), den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des neuen Schöneberger Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 292/16 Der Vorstand.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert am Donnerstag der Lagervermeister Gustav Adrian mit seiner Ehefrau Marie, geborenen Barthelt, Brannenstr. 185.

## Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Köpenicker Viertel, Bezirk 200, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Mitgl. Sauer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in

Reinickendorf aus statt. 292/13

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichen- halle des Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in

Reinickendorf aus statt. 292/13

Um re



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

## Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

### Phänomen Cigaretten

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Saal für 300-500 Personen

Sonntag, d. 27. Dezember 1908 (3. Weihnachtsfeiertag) frei geworden.

Neue Armin-Hallen, Kommandantenstr. 59/59, (Amt IV. 10155.)

Sale von 50-1000 Personen an Sonnabenden und Sonntagen in diesem und nächstem Jahre noch frei. 5093L\*

Erprobt und bewährt!

## Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

Wir verkaufen

jezt noch billigt

R 4 Mark an

in Petershagen, Dthbf.,

R 10 Mark an

Zerzefeld, am Bahnh.,

R 12 Mark an

Kaulsdorf, am Bahnh.,

R 10 Mark

Bahnhof Zadowa, Viehdorf-

Kaulsdorf-Züd.,

R 30 Mark an

Viehdorf, Stadtbahn, a. Bahnh.,

Vertaufstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nische

Berlin, Neue Königstr. 18.

### 9. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1908, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beifügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
23 114 56 207 [500] 58 494 [500] 802 908 35 1041 153  
94 431 24 [500] 553 755 95 995 2066 129 [1000] 325 301  
679 [1000] 3000 78 315 969 82 923 4200 411 536 700  
5214 411 [1000] 575 6023 56 182 244 523 523 643 847 67  
[500] 87 7063 456 544 83 618 27 69 712 8117 46 904 805  
9001 1 41 79 158 329 305 34 747 920 64

10023 256 423 71 874 932 87 11114 44 30 287 542 86  
403 28 870 [500] 89 12069 89 309 55 14009 324 450 733  
883 15020 30 371 [500] 632 949 16728 402 304 87 17139  
815 [1000] 18117 53 623 888 19072 366 359 720 325

20070 230 448 70 549 676 [500] 71 [1000] 746 960  
21016 [500] 223 271 [1000] 67 73 502 835 [3000] 88 966  
22157 201 [500] 5 [1000] 357 561 [1000] 88 604 31 [500]  
23016 108 61 78 [3000] 252 [1000] 618 773 826 87 24076  
271 283 658 814 921 [1000] 25002 175 [3000] 820 90 703  
14 907 26012 212 646 732 66 960 900 27003 247 476 32  
649 [1000] 747 80 845 902 28239 85 142 436 734 [1000] 824  
969 29021 24 244 [500] 509 783

30074 187 241 [500] 73 647 96 788 892 373 31054 85  
[300] 123 [500] 54 [1000] 315 52 [1000] 73 [1000] 546 913  
32109 29 89 703 19 15 [500] 55 78 [500] 853 713 33074  
326 253 85 405 29 29 34046 178 [1000] 450 555 56 828 769  
87 35007 122 541 829 63 36009 175 [1000] 283 267 443  
[1000] 617 35 963 37016 91 257 557 673 680 733 71 77  
681 65 76 518 23 92 38600 129 356 443 512 [3000] 81 828  
90 772 93 [1000] 39155 98 230 23 317 [1000] 423 57 832  
69 271 40

40069 915 41020 213 433 [300] 83 563 [500] 764  
42219 27 85 477 719 [3000] 95 93 329 43013 44 172 211  
43 489 532 614 834 44007 192 209 265 957 45500  
[1000] 870 951 46387 321 [300] 516 658 73 732 829 47244  
70 529 874 824 24 [500] 921 [1000] 48015 482 787 49090  
[500] 143 250 74 426 72 854 710 61 [1000] 848

50174 213 944 483 796 51868 82 428 700 48 [3000]  
850 52025 212 99 817 23 [500] 80 547 58 53017 87 77  
370 230 [500] 722 326 54009 36 490 [1000] 89 79 817 818  
49 55187 214 [500] 82 605 [500] 8 30 709 43 56181 212  
717 29 961 57064 [500] 71 619 975 58214 54 287 426 561  
37 740 59430 [500]

60165 210 614 78 738 332 61000 314 [500] 35 64 788  
62293 509 430 [1000] 420 94 526 768 85 812 63023 241  
63 292 566 81 638 884 64069 506 55 654 741 [1000] 944  
65601 132 817 [1000] 817 71 430 718 43 [1000] 741 869  
66003 201 247 419 639 865 67503 749 63 913 51 68075  
209 [1000] 493 518 69047 [500] 82 706 [500] 829 30  
41 [1000]

70130 870 914 29 71174 [1000] 221 83 [500] 236  
83 79 [500] 800 344 549 292 72501 619 85 747 [500] 84  
[1000] 73945 324 187 74 74054 64 629 63 [500] 75136  
464 339 784 911 92 76069 167 237 478 512 809 11 972 77150  
72 240 490 [500] 556 78063 327 415 79092 198 227 689  
731 873

80075 125 51 210 78 80 423 63 781 85 908 40 [1000]  
81372 5015 430 [1000] 835 912 82200 [500] 433 50 554  
873 832 219 95 83243 43 471 74 [1000] 541 807 19 53  
84000 94 134 [3000] 256 406 521 619 78 94 [1000] 944  
85115 226 401 [3000] 301 623 [1000] 292 [1000] 813 86033  
87 186 15 404 14 76 583 711 71 885 946 87046 103 22 43  
272 82 435 [500] 587 540 88048 228 233 439 74 704 94  
89089 297 329 403 526 [500] 766

90225 226 73 333 40 30 [500] 408 578 95 91054 96  
760 [1000] 880 982 92040 114 226 451 708 815 [500] 93028  
412 94050 82 324 380 429 [3000] 37 905 398 95088 270  
60 693 700 836 918 40 86 96146 64 615 729 26 816 97107  
988 355 497 43 98105 11 [3000] 250 273 263 [500] 706  
99223 408 602 40 793 948

100222 83 114 290 383 540 637 741 80 101130 87  
876 434 56 [500] 709 [3000] 102860 803 29 [500] 709 29  
[3000] 984 103001 17 82 248 78 96 36 242 820 [500]  
859 32 964 104053 [500] 329 418 381 846 49 85 877 978  
100520 230 88 421 748 37 [1000] 84 106236 217 48 886  
[1000] 107027 54 [500] 137 561 [3000] 926 732 42 812  
108194 239 436 61 [1000] 689 [500] 89 [500] 705 29 825  
109283 404 6 76 282

110228 319 615 702 900 111068 23 218 324 [500] 84  
297 612 112083 702 74 223 58 74 99 113131 583 744  
608 114023 612 795 933 115045 611 [1000] 49 [500]  
738 897 812 64 116105 204 71 277 91 429 89 [500] 65 330  
686 723 42 561 538 117067 78 865 918 73 118288 [1000]  
478 582 [500] 790 282 [1000] 64 119276 89 [500] 361 421  
63 843 731

120123 [1000] 27 575 [1000] 78 95 630 122693 735 809  
804 494 797 99 123962 329 228 72 876 124194 427 577  
637 45 [1000] 729 95 874 [1000] 125087 104 877 420  
[1000] 631 82 919 [3000] 126338 429 9 303 71 98 625  
712 847 48 924 127149 48 54 [500] 759 316 548 [1000] 704  
28 518 29 128093 73 [500] 224 [3000] 93 492 729 23  
129218 49 77 472 542 710 97

130121 131003 84 [3000] 404 83 576 87 [500] 748  
[500] 62 132960 219 71 95 411 58 518 22 35 366 824 [500]  
885 133522 62 500 29 799 [500] 930 908 [1000] 134092  
800 [3000] 290 524 612 29 50 51 817 97 135208 354 29 441  
87 [500] 728 898 136167 71 317 415 600 721 899 958  
137049 90 279 81 482 383 [500] 921 138087 713 139028  
270 269 347 481 870

140120 222 505 82 633 65 924 [500] 141150 68 72  
623 83 731 [500] 142062 [500] 542 620 87 735 817 83  
911 143000 78 253 827 676 744 805 144025 [1000] 80  
212 89 [500] 229 382 60 412 617 145005 [1000] 127 253  
626 107 640 908 146002 51 66 [1000] 429 94 [500]  
147164 274 431 711 822 148102 853 149037 [500] 146  
873 621

### 150087 154 303 414 745 951 817 151000 483 [1000]

63 [1000] 649 783 945 152169 [500] 413 56 87 256 26 605  
39 775 81 989 153017 50 169 318 58 [500] 896 865 84 20  
[1000] 812 [3000] 41 [500] 77 82 154095 123 201 [3000]  
88 305 60 644 82 845 [1000] 30 [500] 92 155089 208 347  
504 925 156172 85 342 [500] 63 481 845 157 822 73  
157125 273 78 841 77 453 [1000] 70 [500] 570 76 703  
23 89 [1000] 82 807 43 966 158005 136 247 81 [500] 678  
891 159038 137 81 89 275 [1000] 413 [500] 84 83 [500]  
628 732

160106 27 255 304 288 689 714 872 800 161179  
448 938 162177 215 433 868 803 163817 [500] 68 110  
828 841 164000 [500] 254 [500] 812 [1000] 83 481 769  
[500] 535 213 66 165048 375 302 573 806 9 18 21 648  
166094 412 656 [3000] 708 227 92 912 [500] 167017 40  
725 917 168006 126 329 689 774 848 978 96 169079 126  
721 50 328 446 84 562 748

170058 549 870 84 171192 340 351 488 600 949  
172190 327 402 4 57 85 602 712 13 25 30 889 974 173088  
182 245 458 684 [500] 733 174 618 158 [1000] 241 [1000]  
64 832 [500] 420 531 29 175118 82 322 [3000] 857 863  
89 184248 426 518 672 [1000] 156 596 185429 245 42  
866 187290 428 542 [1000] 49 [500] 188984 87 20 533  
851 189003 132 47 287 528 610 712 935

190001 285 315 704 818 79 [1000] 191074 76 103 218  
80 305 609 890 192029 187 580 89 766 74 547 183118 65  
69 713 744 900 [500] 194005 258 270 [1000] 452 19 5828  
89 78 287 701 81 22 196011 128 456 811 926 [1000]  
197028 35 282 82 279 [1000] 418 333 686 [500] 892  
198029 128 128 255 [3000] 464 511 45 47 673 730 68  
[500] 81 870 904 [1000] 199054 429 [1000] 782 79 862 211  
80 725 822 949 200085 400 518 17 [1000] 684 737 951

200071 [500] 225 97 [1000] 422 527 768 854 923  
201043 [500] 801 [1000] 202172 470 81 625 55 767  
851 76 203011 277 387 489 76 [3000] 909 854 919 204137  
87 [1000] 235 88 618 787 874 [500] 205000 245 247 624 45  
[500] 724 912 206087 481 586 706 16 207170 375 504  
680 83 908 208011 200 308 28 77 418 84 856 614 [500]  
68 725 822 949 209085 400 518 17 [1000] 684 737 951

210244 213 401 827 732 211090 93 195 [1000] 219  
871 429 [500] 224 212019 110 [500] 44 241 355 499 [500]  
772 [1000] 911 213067 112 210 504 688 727 222 74 214065  
182 48 337 711 51 63 78 821 55 215029 [1000] 85 106 96  
76 84 85 219000 182 218 457 [1000] 599 87 769 808 74 [500]

220049 200 209 [1000] 412 73 531 607 89 849 824  
80 221112 387 544 69 642 738 50 87 [1000] 94 887 609  
222201 [3000] 47 668 701 223164 217 431 256 649  
224128 215 [1000] 251 [500] 959 709 43 225286 306 473  
719 226071 [500] 89 141 [500] 824 [1000] 911 22714 230  
81 491 613 85 730 73 527 [500] 89 78 [500] 228285 381  
500 28 601 828 74 258 77 229138 26 71 384 302 [500]  
17 [1000] 856 [1000] 71 [1000] 971

230014 234 370 618 941 231069 97 227 208 469 500  
613 68 700 940 232021 139 61 277 95 422 642 701  
[500] 233030 [1000] 34 158 83 234 421 28 802 865  
234130 208 72 444 208 67 608 [500] 83 235025 101 207  
448 321 722 29 225 236254 480 573 614 91 [1000] 701  
325 237904 90 238180 587 [3000] 700 32 228 239243  
467 673 895 923 74 [500]

240248 86 89 580 501 739 841 87 844 50 241091  
89 242017 141 68 290 545 649 765 243 61 204 325 761  
883 906 244090 732 245074 139 54 [500] 665 [500]  
246097 435 [1000] 44 821 25 73 [3000] 247019 [500]  
250 304 19 600 815 31 248011 122 333 365 85 225 249119  
487 788 890

250027 229 549 733 858 [500] 67 251007 588 738  
822 55 252029 54 [500] 132 78 484 525 612 855 253010  
127 73 231 301 430 [1000] 348 [3000] 683 717 47 826 20  
56 [1000] 254060 117 25 298 300 515 17 255435 50 81  
972 256149 79 [500] 215 794 84 981 257088 179 433  
[500] 421 247 704 62 967 258170 [3000] 219 [1000] 358  
258 54 [1000] 825 259056 [1000] 128 213 428 756 881 908

260153 84 [1000] 901 40 825 24 95 920 [500] 38  
261153 347 381 445 371 607 15 77 735 879 262098 98  
[1000] 253 85 208 18 607 892 263104 844 690 976 264 79  
34 164 59 237 690 849 900 [1000] 265001 243 201 671  
718 [1000] 846 266084 240 72 526 [1000] 76 925 34  
267019 152 603 62 [500] 823 986 268185 [3000] 94 465  
745 849 269020 248 [500] 219 54 664

270067 178 208 68 72 313 533 658 898 270101  
60 158 240 319 228 [500] 82 [1000] 781 840 228 272014  
191 222 28 78 96 327 415 [1000] 249 61 65 788 805 29  
[1000] 27 68 919 273205 955 [3000] 274004 291 215  
411 [500] 21 673 275062 125 [1000] 276072 163 294  
287 267 27175 323 65 485 626 [500] 823 983 278190  
282 282 279044 181 422 [1000] 871 814 903

280001 247 264 511 887 281063 112 [1000] 285 312  
629 51 282112 16 506 800 283024 [500] 493 430 586 874  
921 [3000] 284013 24 63 219 27 221 77 249 893 250 896  
72 [1000] 285107 229 793 655 70 286003 64 107 29 282 72  
[1000] 988 409 83 756 848 86 [500] 93 287047 131 748 816

Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämie zu 200.000 M.,  
1 Gewinn zu 200.000, 1 zu 150.000, 2 zu 100.000, 1 zu 75.000,  
2 zu 40.000, 3 zu 20.000, 5 zu 10.000, 14 zu 5.000, 18 zu  
2.000, 35 zu 1.000, 104 zu 500, 1187 zu 200, 2217 zu 100,  
2469 zu 50.

### 9. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Pre



Die Arbeitslosenzählung.

Neuerungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik bieten demjenigen, der im öffentlichen Leben steht, immer interessante Momente, und wer am gestrigen Tage bei der erstmaligen Durchführung einer planmäßig und systematisch arrangierten Arbeitslosenzählung innerhalb und außerhalb der Zähllokale weilte, brauchte um wertvolle Studien nicht verlegen zu sein.

Um die achte Morgenstunde, zu Beginn der Zählung, kamen spärlich und vereinzelt die ersten der von der Arbeitslosigkeit Heimgeludten und lenkten, etwas unchlüßig, ihre Schritte nach den wüßig geheizten Zähllokalen, wozu man in vielen Fällen die Turnhallen der Schulgebäude eingerichtet hatte.

Das Zustandekommen dieser Arbeitslosenzählung ist vornehmlich zu danken den immer wiederholten Anregungen, die in der Stadtverordnetenversammlung Berlins von der sozialdemokratischen Fraktion gegeben worden sind.

der Folgen der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit die Gemeinde Mahregeln treffen sollte, wurde lange als unberechtigt und überflüssig zurückgewiesen. Schließlich konnte wenigstens das erreicht werden, daß man sich entschloß, zunächst mal die statistischen Grundlagen für die Prüfung der Arbeitslosenfrage zu beschaffen.

Das Ergebnis

ist vom Statistischen Amt der Stadt Berlin mit einer Beschleunigung, die alle Anerkennung verdient, herbeigeschafft und zusammengestellt worden.

Table with columns: Gemeinden, Zahl der Arbeitslosen (überhaupt, darunter insbesondere Rentempfänger), and rows for various districts like Berlin, Charlottenburg, etc.

Diese Zählungsergebnisse werden den Gegnern der Forderung, daß die Gemeinden Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun sollen, vielleicht als „betriedigend“ erscheinen. Besonders die freisinnigen „Sozialpolitiker“ der Gemeindeverwaltung Berlins werden zufrieden sein, daß es nicht so schlimm gekommen ist, wie sie selber es im stillen befürchtet hatten.

Zimmerhin sind auch die Ergebnisse dieser nach einem unvollkommenen Verfahren vorgenommenen Arbeitslosenzählungen noch schlimm genug. Sie verdienen die Beachtung der beteiligten Gemeinden, vor allem der Stadt Berlin.

Eingegangene Druckschriften.

Briefwechsel eines bayerischen Landtagsabgeordneten. Von P. Thoma. Geb. 2 R., geb. 3 R. — Campfleber, Romelle von P. Bessler. Geb. 1.50 R., geb. 2.50 R. — August Nebel. Ein biographischer Essay von P. v. Gerlach. Geb. 60 Pf. — Neue Gedanken. Romellen von P. Buffon. Geb. 2 R., Geb. 3 R. — Die junge Frau. Von Marcel Brovok. Geb. 4 R., geb. 5 R. — Illustrierte Sittengeschichte. Lieferung 2-5. Von Eduard Fuchs. 20 Lieferungen a 1 R. — Verlag H. Langen in München.

Ulster u. Paletots

Geschmackvollste neueste Moden!

Tausende Exemplare nur eigener Erzeugnisse

Bestsitzende Passformen Schönste Ausmusterungen Erstklassige Fabrikate

70.- 65.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.-

15 Mark

Feine Maß-Arbeit

zu niedrigen Preisen.

Echt englische hochmoderne Haarhüte 3.75 Mark

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20

Der Hauptkatalog No. 35 (Wintermoden 1908-09) auf Wunsch kostenlos und portofrei



Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzücken der Hausfrauen hervorruft.

Wäsche

schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schont.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf

soth der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Reichel's echter Wacholder-Extrakt Marke „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Nöthias, Hämorrhoiden, Magen-schwäche, Frauenleiden, Nieren- und Nierentleiden, Gichtleiden, Nöthias etc. gebraucht.

Otto Reichel, Berlin 50. 43. P. Anichstraße Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753. So in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.

Advertisement for shoes (Schuh-) by Bollack, featuring various styles like Herren-Boxkalf-Schnür and Damenschuhstiefel.

46 eigene Dampfer.

„Nordsee“

- List of fish products and prices: II. Schellfisch z. Brat. p. Pl. 25 Pf., II. Schellfisch in Heigol. Portions- 20 Pf., etc.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse. Verkaufsstellen: Prinzenstr. 94, an der Ritterstr., Schloss Bahnhof, Bogen 8-9, etc.

Billige Rohlabake. Max Jacoby, Straßtorstr. 52.



